TheKla 3

KARLSRUHER STADTZEITUNG

THEORIE
Sommer 80

Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff seit dem Nationalsozialismus

aus: Karl-Heinz Roth / Elisabeth Behrens
Die 'andere' Arbeiterbewegung

mit Text aus Thekla1:
Mario Moniano: Bemerkungen zur Int.K.

V. Statt einer Zusammenfassung: Kapitalistische Repression und Arbeiterkampf

Die bundesrepublikanische Klassengesellschaft lebt in einem permanenten Belagerungszustand. Schwerpunkt des Belagerungszustands ist die Fabrik. Der Ausnahmezustand wird wirksam, sobald du irgendwo zu arbeiten anfangen willst. Du muß einen lückenlosen Lebenslauf vorlegen, damit die Personalabteilung gleich katalogisieren kann: gehörst du zu den Dauer-Fluktuierern, bist du irgendwo fristlos entlassen worden, hast du in den letzten Monaten oft krank gefeiert, gehörst du etwa sogar einer linken Gruppe an? Die Personalabteilung hat ihre Kanäle, um das in Erfahrung zu bringen. Wenn du Glück hast, gibt es nur eine Routine-Recherche bei "nahestehenden" Institutionen wie der AOK, der Berufsgenossenschaft, beim Arbeitsamt, beim Wirtschaftsverband - eine Angelegenheit, die noch nicht überall lückenlos funktioniert. Wenn deine Akte über die Ermittlungsabteilung des Werkschutzes geht, hast du dagegen kaum Chancen, daß etwas verborgen bleibt. Dann gehen die Unterlagen über deinen Fall an eine der regionalen Werkschutzkoordinierungsstellen, und dort wird sie mühelos mit dem angereichert, was über dich bei der politischen Polizei bekannt ist. Denn die Übergänge sind fließend, eine Hand wäscht die andere, auch die politische Polizei greift gern einmal auf die Personalakten der größeren Unternehmen zurück. Nehmen wir an, du hast trotzdem Glück gehabt, oder die Personalabteilung drückt ein Auge zu, weil sie auf deine Arbeitskraft angewiesen ist. Sie wird auf jeden Fall bei deiner Einstellung vermerken, für welche Abteilung du geeignet bist und für welche nicht. Bist du ein Dauer-Fluktuierer, "Sozialschutt" im Jargon der Personalabteilung, kommst du in die Abteilungen mit den höchsten Fluktuationsraten - etwa in die Endmontage. Bist du auch noch "politisch", wird man dich dahin stecken, wo du keine Kommunikationschancen mit anderen Arbeitern hast, wo die Arbeitsorganisation und der Maschinenrhythmus jede Zigarettenpause unterbinden. Bist du hingegen nicht aufgefallen und irgendwie qualifiziert, wird man aus dir etwas machen wollen. Du gehörst dann zu denen, von denen man sich erhofft, daß sie sich irgendwie am Ausnahmezustand beteiligen, vom Ausnahmezustand profitieren: der Meister wird dich aufklären, wie nützlich eine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist, er wird dich beobachten, und, wenn du nicht ganz auf den Kopf gefallen bist, vor Monatsfrist zum Springer und bald darauf zum Arbeitsvorbereiter usw. machen. Denn der Ausnahmezustand ist nicht plump gegen alle gerichtet, sondern darauf aus, ein bestimmtes Kontingent schwarzer Schafe an der Basis der Betriebspyramide zu disziplinieren.

Du fängst also zu arbeiten an. Du schaust nach und nach den Arbeitergenossen die Tricks ab, mit denen sie sich ein paar Poren gegen die Arbeitsorganisation offen halten. Große Möglichkeiten hast du dabei nicht. Nach und nach bekommst du mit, wie die Bosse über die untere Hierarchie hinaus die Produktion überwachen. Wenn du clever bist, hast du bald die Werkschutzleute von der Ermittlungsabteilung identifiziert, die in Arbeitskluft in den Abteilungen herumstreunen, und dir ist dann sofort klar, daß da, wo sie öfter auftauchen, etwas in der Luft liegt: eine linke Zelle hat sich in einer Werkhalle eingenistet, oder es wurden vor ein paar Tagen Flugblätter neben die Stempeluhren gelegt, oder eine Stechuhr ist zu Bruch gegangen, oder der Ausschuß hat sich zu stark erhöht. Du identifizierst sie, weil du sie in einer Ecke ein kleines Sprechfunkgerät bedienen siehst, oder weil sie gerade in einen PKW steigen, um in die Zentrale zurückzufahren. Auf jeden Fall sind die Ermittlungsleute gefährlich, gefährlicher als die Uniformierten

von Streifen- und Ordnungsdienst oder die Torkontrollen - die richten kaum Schaden an. Freilich: die Ermittlungs-Werkschützer haben da auch noch ihre Kontaktleute. Die "V-Personen" sind am gefährlichsten. Sie gehören meistens der SPD-Betriebsgruppe oder dem gewerkschaftlichen Vertrauenskörper an. Sie reden meistens nicht viel, aber sie kennen ihre Pappenheimer, und sie sind immer, wenn etwas los ist, dabei. Vielleicht siehst du sie, wenn es wirklich einmal geknallt hat, unverhofft wieder: zusammen mit den Meistern und deinem Abteilungsleiter in der Schlägertruppe des Notdienstes, oder am nächsten Tag zusammen mit der Spitze von Werkschutz und Personalabteilung, wenn sie durch die Hallen gehen, um die "Rädelsführer" herauszugreifen. Hinzu kommen noch die "stillen" V-Leute, die auch einmal auf links machen, die Flugblattverteiler ansprechen, hin und wieder die Minox zücken: das sind Profis, die dreifachen Lohn kriegen und mit dem Werkschutz und dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten. Bei größeren Auseinandersetzungen reichern die Manager die Werkshallen beängstigend schnell mit solchen Typen an.

Aber das alles ist noch nicht besonders schlimm. Du lernst, wenn du gut aufpaßt, ziemlich schnell, dich an den Belagerungszustand faktisch anzupassen. Du lernst zu kalkulieren, was es bedeutet, wenn du über die informellen Widerstandsformen hinausgehst, wenn du mehr machst, als am Akkord zu drehen oder im Rahmen des üblichen krank zu feiern oder dich hin und wieder gehen zu lassen gegen die beschissene Arbeitsorganisation und Schrott zu machen. Du wirst vorsichtig. An deinem Widerstand ist meistens nur ein Kumpel beteiligt, schon eine kleine Gruppe von drei oder vier Leuten, die wirklich kämpft, die ihre Militanz im Rahmen des Möglichen organisiert und sich stillschweigend auf den Tag X vorbereitet, gehört zu den ausgesprochenen Seltenheiten.

Schlimmer ist, daß die Unternehmer in der letzten Zeit die fast ausschließliche Überwachung durch die bekannten Kontrollinstrumente - von Akkordzettel, Stempel- und Stechuhr bis zum Vorarbeiter und Meister- und die V-Leute sowie den Werkschutz weiter vorangetrieben haben. Daß sie es sich inzwischen leisten können, "Sozialbetreuerinnen" anzuheuern, die nichts anderes machen, als beispielsweise den Akkordarbeiterinnen in der Transistormontage beim Verlassen des Werks in den BH und in den Schlüpfer zu fassen. (1) Daß Unternehmen der NE-Metallindustrie dazu übergegangen sind, an den Werksgrenzen Scheinwerfer und Beobachtungstürme aufzubauen, um Leute, die ihren kärglichen Lohn durch ein bißchen Buntmetall aufzubessern suchen, abzuknallen. (2) Daß der Bayer-Werkschutz Angestellte des Werks in Sachen "Rote-Armee-Fraktion" verhört. (3) Daß beispielsweise in den Druckereien von Springer an allen wichtigen Punkten Fernsehanlagen angebracht worden sind, mit deren Hilfe die Werksschnüffler in ihrer Zentrale den Weg der Platten von der Stereotypie zu den Rotationsmaschinen überwachen; demnächst gibt es auch in den Setzereien über den Arbeitsplätzen Fernsehkameras. (4) Daß es Mode wird, überall dort, wo man bislang noch ungestört miteinander reden konnte, Abhöranlagen zu installieren - selbst in den WC's. Daß die Aufpasser in den Ausländerwohnheimen der Konzerne inzwischen über Sprechfunkverbindungen mit den Einsatzzentralen der Werkssicherheitsdienste verfügen und innerhalb weniger Minuten die Greifer alarmieren können. Der Ausnahmezustand gegen die Arbeiteraufsässigkeit wird in ungeheurem Tempo perfektioniert. Praktisch jeder Wirtschaftsverband hat heute Alarmpläne für den Fall größerer Arbeiteraktionen in den Schublagen liegen. (5) Die Unternehmer machen riesige Abzüge vom Profit, um ihre Spitzelsysteme und die neuesten Technologien (6) effektiver denn je miteinander zu kombinieren, und dies "1984" wird zum Bestandteil des Arbeiteralltags heute. Das Ziel ist klar: alle Ansätze, die darauf aus sind, mit der Fabrikdespotie, die aufgrund der Reife der Produktivkräfte anachronistisch geworden ist, aufzuräumen, im Keim zu ersticken. Die Unternehmer haben das qualitativ Neue an deinen Kampfformen, die, so informell sie sein mögen, sich unmittelbar gegen den kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie und eine zynische Arbeitsorganisation richten, genau kapiert. Sie wissen, daß dein feindliches Verhalten gegen die Arbeit in allen seinen keimhaften Erscheinungsformen zur Alternative gegen den gewerkschaftsreformistischen Zirkus um Lohnzahlen und abgestumpfte Streiks geworden ist. Und weil sie sich über die Tragweite deines bewußten Widerstands gegen eine sinnlos gewordene Arbeitsmoral klargeworden sind, sind sie schon jetzt mit allen Mitteln gegen dich zum Endkampf angetreten:

- sie versuchen, einen Teil deiner Klassengenossen so umzustrukturieren, daß er sich erneut mit der Arbeit identifiziert, daß er bereit ist, einen gesellschaftlichen Wandel, der auf Selbstbeteiligung an der Ausbeutung hinausgeht (Mitbestimmung), als unausweichlich hinzunehmen;

(1) So berichtet D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, op. cit. S. 160, daß einzelne Elektrokonzerne ausschließlich zu diesem Zweck sogenannte Betriebsfürsorgerinnen eingestellt hätten!

(2) Vor allem die Kupferhütten wirken wie Fabrik-Zuchthäuser, die vor den Ausgebeuteten noch extra "geschützt" werden müssen. Vgl. beispielsweise den Bericht über die Norddeutsche Affinerie: "Die 28 Meter hohen Wachtürme rund um das 'Affi'-Gelände sind mit Werkschutzleuten besetzt und mit taghellen Scheinwerfern ausgerüstet. Ungebetene Gäste haben keine Chance." "Glühendes Kupfer und dicke Panzertüren", in: Die Welt v. 27.7.1973, S. 18.

(3) Vgl. Anm. 289 im vorhergehenden Kapitel.

(4) Mitteilung eines Druckereiarbeiters an d. Verf.

(5) Vgl. beispielsweise: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V., Richtlinien für das Verhalten der Firmen bei wilden Streiks, Juli 1970.

(6) Vgl. dazu den Artikel: H. Stohr, Was bietet die Technik für die Betriebssicherheit?, in: BddW v. 8.3.1973.

- sie versuchen, dadurch all jene Arbeiterschichten der mechanisierten Produktion, mit denen es keinen status quo geben kann, weil sie als Lückenbüßer für fallende Mehrwertmassen unersetzbar sind, von der gesamten Klasse zu isolieren;
- und sie versuchen, diese isolierte Schicht der Klasse einem verschärften inneren Belagerungszustand auszusetzen, einem Belagerungszustand, der aus ihnen, die sie die Arbeit abgrundtief hassen, hilflose Arbeitssklaven macht. Darüber vermag das ganze aktuelle Gerede vom "job enlargement" auch des Massenarbeiters nicht hinwegzutäuschen. Das "job enlargement" wird bleiben, was es schon immer war: ein Instrument der Klassenspaltung. Übrigens ist dieses "1984" der Fabrik alles andere als ein spezifisch bundesrepublikanisches Ereignis. Überall in Europa, wo der Arbeiterkampf mit seinen antagonistischen neuen Inhalten das Kapital überhaupt in Frage stellt, haben die Unternehmer auf eine Unterdrückungsstrategie zurückgegriffen, die unmittelbar in der Fabrik ansetzt und darauf aus ist, die Kämpfe auf ihrer gegenwärtigen individuellen Vorstufe zu fixieren. Diesbezüglich haben die europäischen Kapitalisten in den letzten Jahren viel von den BRD-Unternehmern gelernt. Die belgische Werkschutzorganisation "Intergarde" beispielsweise wurde unmittelbar durch deutsche Unterdrückungsspezialisten aufgebaut. (7) Der FIAT-Chef Agnelli hat mit seinem Spitzelsystem in Turin die deutschen Vorbilder längst in den Schatten gestellt. (8) Vom Renault-Werkschutz wurde vor eineinhalb Jahren ein Arbeitermilitanter vor dem Werkstor in Billancourt erschossen. (9) 30 Jahre nach dem nationalsozialistischen Europa hat sich in Antwort auf den revolutionären Kampfzyklus der europäischen Massenarbeiter der späten sechziger Jahre der europäische Gesamtkapitalist zu einem modifizierten Rückgriff auf die ehemaligen Unterdrückungsmethoden entschlossen. Damals wie heute ist die europäische Arbeiterklasse aus Gründen der Spaltungsstrategie multinational zusammengesetzt - im Gegensatz zu damals allerdings nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Zentren der EWG. Damals wie heute wird sie unmittelbar auf Fabrikebene angegriffen und gewaltsam in das Korsett einer ihr fremd gegenüberstehenden Arbeitsorganisation hineingezwängt. Das Ausmaß der Gewalt seitens der Unternehmer zeigt freilich klare Unterschiede: die Ermordung von Arbeitern macht heute noch Schlagzeilen, während im NS-Deutschland die Erhängung von ausländischen Zwangsarbeitern vor angetretener Belegschaft ohne Aufsehen über die Bühne ging. Aber das darf uns nicht täuschen. Damals gab es eine starke, antagonistische und bewaffnete Arbeiterklasse - den europäischen Maquis, eine europäische Partisanenbewegung. Heute gibt es bislang nur sporadisch zugespitzte Arbeiteraktionen in den Ausbeutungszentren. Trotzdem hat das vergesellschaftete Kapital den Weg der Klassenkämpfe vorgezeichnet; ein Weg, der zur bewaffneten Klassengewalt seitens der Arbeiter oder aber zu einem langfristigen Rückschlag führen wird. Die Fabrik ist heute zu einer waffenstarrenden Unternehmerfestung geworden, die die antagonistischen Bedürfnisse der Arbeiter mit Füßen tritt. Die Antwort kann nur sein, die Fabrik zur Arbeiterfestung zu machen, zum Ausgangspunkt, von dem aus die Arbeiter die gesamte vergesellschaftete Maschinerie des Systems aus den Angeln heben werden. Der Ausnahmezustand des Arbeiteralltags wird zur antagonistischen und nicht weniger alltäglichen Arbeiter-Guerilla führen. Dabei glauben wir, "daß die bewaffnete Aktion nur das kulminierende Moment einer breitgestreuten politischen Arbeit sein kann, über die sich die proletarische Avantgarde organisiert, die Widerstandsbewegung in direkter Beziehung zu ihren realen unmittelbaren Bedürfnissen" (10), zu Bedürfnissen, die in der ersten Phase des Kampfs vor allem vom multinational zusammengesetzten Arbeiter der Massenproduktion artikuliert werden, so, wie er seit August 1973 auf die historische Bühne getreten ist.

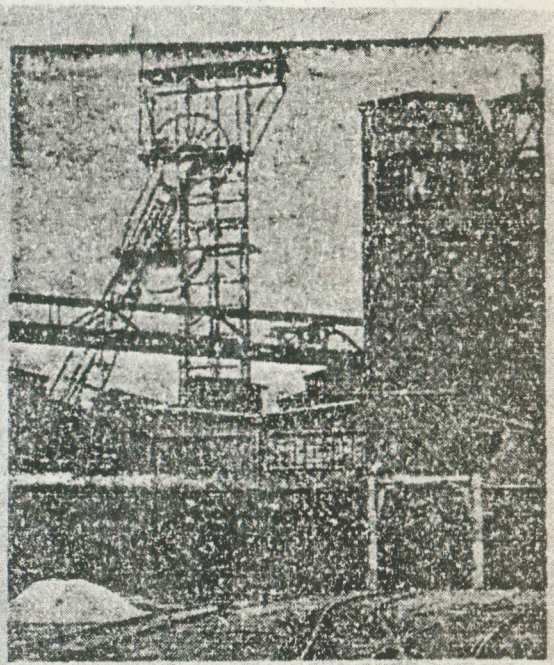
(7) Dazu: Un Scandale! "Intergarde", Une veritable milice privée fasciste, in: La Voix du Peuple, Bruxelles, v. 10.3.1967, S. 20.

(8) Vgl. dazu die von der italienischen Gruppe "Lotta Continua" hrsg. Dokumentation: Agnelli ha paura e paga la Questura. I documenti dello spionaggio e della corruzione FIAT, Milano 1972.

(9) Vgl. dazu: La cause du peuple No. 29, 15 octobre 1972; sowie die entsprechenden Artikel in: Le Monde Hebdomadaire, No. 1218, 24.2.-1.3.1972.

(10) Zit. nach: Interview mit den Brigate Rosse. Drei Jahre nach ihrer Gründung bekräftigen sie ihre politische Entscheidung, dt. Übersetzung aus: Potere

DER HUNGER TREIBT die Menschen auf die Straße. Protestkundgebungen und Demonstrationsmärsche in allen deutschen Städten. Im Februar 1947 verkünden die Gewerkschaften in Bayern den Generalstreik. Für 24 Stunden ruht im ganzen Lande die Arbeit, der Verkehr und die Versorgung. Besatzungsposten sichern die lebensnotwendigen Betriebe.



Die Gruben in Volkes Hand

Auf weiteren Schachtanlagen des Ruhrgebiets fanden Probeabstimmungen für die entschädigungslose Enteignung der Gruben statt, die folgendes Resultat hatten:

Schachtanlage „Westfalen" Ahlen:
2520 Stimmen für die Enteignung, 63 gegen und 67 Stimmen waren ungültig.

Schachtanlage „Rosenblumdelle" Mülheim:
835 mit Ja
83 mit Nein
53 waren ungültig.

Schachtanlage „Friderika" Bochum:
Von 361 Wahlberechtigten stimmten 325 für die Enteignung, 16 dagegen, während die übrigen Stimmen ungültig waren.

Die Jugendfunktionäre des Ortsausschusses der Gewerkschaften von Gelsenkirchen fordern in einer Entschließung die sofortige Ueberführung der Grundstoffindustrien in die Hand des Volkes. Die gleiche Forderung erheben die Gewerkschaftler der Schachtanlage „Radbod".

1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der 50er Jahre

Im April/Mai 1945 wurde die NS-Ära durch die Schlußoffensive der alliierten Truppen auf deutschem Boden beendet. Dieser lapidare Tatbestand artikuliert hinsichtlich der Klassenkonstellation in Deutschland nach 1945 einen Prozeß von immenser historischer Tragweite. Es besagt, daß die Arbeiterklasse gegen Kriegsende in Deutschland als historisches Subjekt nicht existierte - und aufgrund dessen auch für lange Zeit nicht existenzfähig war. Im Innern wie auch in der internationalen strategischen Planung der Antihitlerkoalition war alles darauf orientiert, eine Entwicklung à la 1918 um jeden Preis zu vermeiden - wobei keiner der triumphierenden Siegermächte auch nur an einer Farce auf 1918/19 gelegen war. (1) Deutschland wurde programmgemäß - sogar vor dem geplanten Termin - von den Truppen der Antihitlerkoalition, nicht aber durch einen Aufstand der geschundenen multinationalen Arbeiterklasse vom Nationalsozialismus befreit.
Natürlich hat es Ereignisse gegeben, die vom Versuch revolutionärer Arbeiterkader zeugen, sich wenigstens unmittelbar vor dem Einmarsch der alliierten Truppen durch die bewaffnete Befreiungsaktion Ausgangspositionen zu erobern, um dem Anspruch auf die aktive Zerschlagung des NS-Systems und auf proletarische Macht gegenüber den entstehenden Besatzungsregimes in den vier Zonen eine materielle Basis zu verschaffen. Die Konzentrationslager Buchenwald und Mauthausen wurden durch den militärischen Aufstand überlebender Arbeiteravantgarden kurz vor dem Einmarsch der Truppen der Antihitlerkoalition befreit. (2) In Berlin hatte der "Kampfverband Freies Deutschland" unter der Führung von Erich Gumbert den bewaffneten Kampf gegen die SS und die letzten Aufgebote der NSDAP aufgenommen und kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Straßenkämpfen in Charlottenburg mehrere SS-Soldaten getötet. (3) In Leipzig hatte das lokale "Nationalkomitee Freies Deutschland" wenige Tage vor der Besetzung der Stadt durch US-Truppen den offenen Kampf gegen die NS-Institutionen aufgenommen und sofort nach dem Einmarsch der Eisenhower-Truppen umfangreiche Verhaftungen aktiver Nazis vorgenommen; es wurde denn auch schon am 26. April 1945 vom US-Kommandanten verboten. (4) Von verschiedenen Betriebsausschüssen sind Aktionen gegen die Unternehmensleitungen und die Meister-Hierarchie in den Stunden der Agonie des verhaßten Terrorsystems bezeugt; genauso steht fest, daß sie sich nicht in allen Fällen durch die Auseinandersetzungen zwischen dem Unternehmerwerkschutz und der SS im Zusammenhang mit dem Zerstörungsbefehl Hitlers in die Irre führen ließen (5): so wurde bei Continental in Hannover der "Werkschutz" durch den Betriebsausschuß aufgelöst. (6) Zweifellos waren hier und da bei den "Volkskomitees" und den "Betriebsausschüssen" der ersten Stunde Ansätze zur bewaffneten Arbeitermacht vorhanden. (7)
Aber alles das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liquidierung des NS-Systems durch die alliierten Truppen nicht von einem revolutionären Massenaufstand begleitet war. Der Mechanismus der Klassenspaltung in ausländische Zwangsarbeiter und deutsche Antreiberschicht funktionierte bis in die letzten Kriegstage; die sozialistischen deutschen Arbeiterkader waren infolge des forcierten Terrors und ihrer systematischen Militarisierung gerade während der letzten Kriegsmonate - "Volkssturm", "erweiterter Werkschutz" usw. (8) - in die letzten Zuckungen des Systems einbezogen und jeglicher Solidarisierungsmöglichkeit mit den Zwangsarbeitern beraubt worden. (9) Genauso war die Revolutionierung der Armee so gut wie vollständig ausgeblieben. Auch hier hatte sich die Kombination von "psychologischer Kriegsführung" nach innen (10) und gnadenlosem Terror bis zuletzt als überaus effektiv erwiesen. (11) Und schließlich hatte sich auch der politische Widerstand der Arbeiterbewegung, soweit er überhaupt jemals bereit gewesen war, über die zirkelmäßige Selbsterhaltung seiner Traditionen hin-

Dieser Tatbestand geht eindeutig aus den Verhandlungsdokumenten der Antihitlerkoalition über ihre Besatzungsstrategie hervor. Es ging allen beteiligten Mächten um eine Neubestimmung des status quo und um die Festlegung der europäischen Einflußsphären nach der Zerstörung des NS-Regimes. Die sowjetische Politik stand dabei mit ihrer Strategie, die Klassenkonstellation zu neutralisieren, hinter den Westmächten in nichts zurück. Zur Potsdam) 1945, Washington DC 1960: Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR and the Presidents of the USA and the Prime Minister of Great Britain During the Great Patriotic War 1941-1945, Moskau 1957.

(1) Dazu B. Baum, Die letzten Tage von Mauthausen, Berlin 1965; H. Laschitza: Die Errichtung von Konzentrationslagern und die Ausbeutung und Vernichtung von KZ-Häftlingen als Wesenszug des menschenfeindlichen faschistischen deutschen Imperialismus (dargestellt am Beispiel des KZ Buchenwald), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 4, Berlin 1961, S. 139 ff.; zur Bedeutung dieser Befreiungsaktionen auch U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48, Berlin 1971, S. 51.

(2) Vgl. Landesarchiv Berlin, Standort-Nr. 3772, Dokumentensammlung der Forschungsgruppe für Berliner Nachkriegsgeschichte: "Kampfverband Freies Deutschland".

(3) Vgl. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig (1945-1948), Diss. phil. Leipzig 1958 (Ms.), S. 63 f.; F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955, S. 53 f.

(4) Dazu F. Köhler, op. cit., passim; Zu den Ereignissen in Kiel, wo die Arbeiter bis zum Einrücken der britischen Truppen die Betriebe besetzt hielten, vgl. DGB-Archiv Düsseldorf, Plettl-Nachlaß, IV., Bruno Verdieck, Leiter der Kieler Gewerkschaften nach 1945, an Martin Plettl v. 29.12.1946.

auszugehen und praktisch aktiv zu werden (12), in Reaktion auf den Massenterror der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 buchstäblich in die letzten Schlupfwinkel verkrochen. Ihm ging es nur noch um Eines: um das passive Warten auf die Befreiung von außen, ums nackte Überleben. (13)

Die derart vollständige Nichtexistenz der Klasse in den letzten Tagen und Stunden der NS-Ära hatte weitreichende Folgen. Auf Massenebene verschafften sich die Arbeiter keinerlei politische Macht, die sie legitimiert hätte, unter bewußter Mißachtung der unterschiedlichen Direktiven der Okkupationstruppen (14) mit dem Ausbeutersystem abzurechnen. Sie wurde von Anfang an zum Objekt der Besatzungspolitik mit allen daraus ableitbaren Konsequenzen für die weitere historische Entwicklung. Daß hier der springende Punkt liegt, wird durch die Ereignisse in den ersten Tagen nach der Befreiung bewiesen: nur da, wo es seitens der Arbeiter praktische Ansätze zur Insurrektion gegeben hatte, vermochten diese überhaupt eine bescheidene Rolle zu spielen. So etwa der "Kampfverband Freies Deutschland" in Berlin, dem es gelang, zumindest zeitweilig auf das Verhalten der mit den sowjetischen Truppen zurückgekehrten Aktive der KPD Einfluß zu nehmen. (15) So auch die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gruppe um Albin Karl in Hannover (16), die wenigstens fähig gewesen war, den Verlauf der Kämpfe in der Stadt genau zu verfolgen und sich unmittelbar nach dem Abschluß der Kampfhandlungen im Stadtzentrum dem US-Kommandeur als handlungsfähige Organisation vorzustellen. (17) So, wie schon erwähnt, die NKFD-Gruppe in Leipzig, die es aufgrund ihres Verhaltens in den letzten Kriegstagen gar nicht erst nötig hatte, sich vom Befehlshaber der US-Truppen legitimieren zu lassen und ohne viel Federlesens zum Ausheben geheimer nazistischer Waffenlager schritt. (18)

Im allgemeinen kam es freilich nur dazu, daß sich, sobald die alliierten Truppen die letzten nazistischen Widerstandsnester niedergekämpft hatten, deren Kommandeuren alsbald Abgeordnete diverser Antifa-Ausschüsse, Volkskomitees usw. präsentierten und in wohlgesetzten Petitionen für eine angemessene Beteiligung am Wiederaufbau und an der Entnazifizierung plädierten. (19) Exemplarisch hierfür waren die Ereignisse in Aachen, der ersten befreiten deutschen Stadt, die sich seither in unzähligen Varianten wiederholen sollten. Im Oktober 1944, kurz nach der Eroberung Aachens durch US-Truppeneinheiten, sprachen drei Aachener Gewerkschafter bei der gerade etablierten Militärverwaltung vor, um die Legalisierung der relativ intakt gebliebenen "freien" Aachener Gewerkschaftsgruppe zu erbitten. Dies wurde zurückgewiesen mit der Begründung, dafür sei es noch zu früh, die Sache könne erst diskutiert werden, wenn die alliierten Truppen am Rhein stünden. (20) Dabei blieb es denn auch, sodaß erst am 8. Februar 1945 "mit offizieller Genehmigung der Militärregierung" eine "erste gewerkschaftliche Zusammenkunft" abgehalten werden konnte. (21) Aus den Diskussionen der folgenden Monate ging dann eine für die ganze spätere Gewerkschaftsbewegung typische Konzeption, basierend auf den "13 Aachener Punkten", hervor. Ihr Kernpunkt war, daß so schnell wie möglich eine Einheitsgewerkschaft ("Freier Deutscher Gewerkschaftsbund - FDGB") aus der Taufe gehoben wurde, lokaler Vorgriff auf eine Zentralorganisation in ganz Deutschland, die die traditionelle Gliederung nach Berufsgruppen und vor allem die als besonders verhängnisvoll eingeschätzte politische Zersplitterung der Weimarer Zeit (22) überwinden sollte. So machte die Passivität der Arbeiterbasis das Wiederaufleben des Reformismus wieder möglich, als ob die Umwälzung der Klasse während des Nationalsozialismus nie geschehen wäre: während die Arbeiter in ihren Betriebsausschüssen um das nackte Überleben und um die Wiederherstellung der demontagebedrohten Arbeitsplätze kämpften, kehrten ihre Funktionäre die Strategiedebatten von 1932/33 wieder hervor. Die Diskussionen, die sich von vornherein aller "parteipolitischen Tendenzen" enthielten, wurde nur in Einzelpunkten um Aspekte der harten Realität bereichert: so wurden "Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus", "Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung", "Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens", "Wiedereinführung des Achtstundentags evtl. der Vierzigstunden-Woche", "Wiedereinführung des Streikrechts", "Unterdrückung der Werkschutzvereine", und "Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher" gefordert. (23) Alles in allem hatten die Ereignisse in Aachen Signalcharakter: eine fragmentarische Arbeiterautonomie, die sich in den entscheidenden Nachkriegsmonaten damit erschöpfte, die wichtigsten Existenzprobleme der Klasse zu lösen; und in weiter Distenz dazu ein ohnmächtiger Arbeiterreformismus, der allenfalls stark genug war, um im richtigen Augenblick alle trotzdem aufkommenden Ansätze zur antagonistischen Arbeitermacht wieder unter Kontrolle zu bringen. Es gab keine Anzeichen dafür, daß sich gegen die Strategie der Antihitler-Koalition eine reale proletarische Alternative manifestieren würde.

(6) Vgl. K. Brumlop, H. S. Grontzki, Conti dementiert Selbstschutzübungen, in: Gewerkschaftspost, Hrsg. IG Chemie, Juli 1967, Nr. 4, S. 15.

(7) Vgl. die Hinweise zu Berlin und Leipzig, Anm. 3 und 4; zur Rolle der "Volkskomitees" und "Betriebsausschüsse" allgemein U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 47 ff.; Befreiung und Neubeginn, ausgew. und überarb. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. und 30. April 1966, Berlin 1966; K. Greese, Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden Mitte 1945 bis Ende 1946, Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1961.

(8) Zum "erweiterten Werkschutz I und II" vgl. Bd. 1, III 5.
Zum "Volkssturm" vgl. H. Kissel, Der Deutsche Volkssturm 1944/45. Eine territoriale Miliz im Rahmen der Landesverteidigung, Beiheft 16/17 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, Frankfurt 1962, eine durch und durch apologetische Arbeit. Anschaulich formuliert der alte Arbeiterfunktionär C. Kraienhorst die Disziplinierung und Militarisierung selbst alter und oppositioneller Arbeiterkader in: E. Runge, Bottroper Protokolle, Frankfurt 1968, S. 11 ff.: "Betriebsratsvorsitzender Clemens K.".

(9) Vgl. Kraienhorst in: Runge, op. cit., S. 18 f.

(10) Entfällt.

(11) Vgl. dazu I. Rösler, Die faschistische Gesetzgebung und Rechtssprechung gegen "Wehrkraftzersetzung" als Mittel der zwangsweisen Erhaltung der Kampfmoral von Truppe und Bevölkerung im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 1971, H. 5, S. 561 ff.; K. Scheel, Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945, Berlin 1970; sowie als Beispiel nachträglicher Apologetik H. v. Wedel, Die Propagandatruppen der deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962.

(12) Dabei war die aus der KPD-Tradition stammende Widerstandsbewegung zweifellos noch am aktivsten. Vgl. die zusammenfassende Einschätzung bei J. Klein, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung der Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972, S. 68 f.

(13) So hat beispielsweise Jakob Kaiser in Berlin von Ende September 1944 bis zum Einmarsch der Sowjetarmee Ende April 1945 völlig isoliert in einem Keller gelebt. Vgl. E. Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967. Wie die Durchsicht der Widerstandsliteratur zeigt, war dies kein Einzelphänomen.

Die Arbeiterkalsse war passiv geblieben - eine Einschätzung, die wahrscheinlich auch in einer künftigen Geschichte der proletarischen Betriebsausschüsse in den ersten Nachkriegsmonaten kaum korrigiert werden dürfte. (24) Genauso steht die enorme Distanziertheit der reformistischen Arbeiterorganisationen von den realen Bewegungen der Klasse fest - es wäre illusionär, von ihnen in dieser Frage gerade im Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus eine Korrektur des bisherigen Verhaltens zu erwarten. Welcher politischen Richtung auch immer: die überlebenden Organisationskader taten sich von Anfang an vor allem bei der Abwiegelung "unsinniger", tendenziell zur Machtfrage drängender Arbeiteraktionen hervor. Stolz weisen beispielsweise DDR-Historiker darauf hin, daß der KPD-Funktionär Hans Schiwon "im April 1945 einen völlig unsinnigen Streik auf der Zeche 'Nordstern' (Gelsenkirchen-Horst) verhindern" konnte. "Auf der ersten größeren Zusammenkunft der Betriebsräte aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklinghausen, Wattenscheid und Wanne-Eickel, die illegal am 19. April 1945 stattfand, berichteten fast alle Vertreter über ähnliche Erscheinungen wie auf 'Nordstern'. Auf Grund der Haltung, die Hans Schiwon einnahm, beschlossen die anwesenden Delegierten, in der gegenwärtigen Situation keine Streiks auszulösen und die Produktion in Gang zu bringen." (25) Dieses Verhalten gegenüber den Bergbauarbeitern war keine Ausnahmeerscheinung. Die Klasse hatte zu schweigen: die "Betriebsausschüsse" wurden darauf beschränkt, unter strenger Berücksichtigung eingefrorener Eigentumsverhältnisse (26) eine minimale Produktion zu reorganisieren. Wo sie darüber hinaus gingen, riefen sie nicht nur den geschlossenen Widerstand der westalliierten Unternehmerstatthalter, sondern auch des "antifaschistischen" Reformismus hervor, der sich jeden Versuch verbat, durch konkrete Aktionen die illusionären Bündnishoffnungen der traditionellen Arbeiterbewegung gegenüber den Militärkommandanturen zu stören.

Nicht nur hinsichtlich der Niederhaltung jeglicher Ansätze von proletarischer Autonomie waren sich die aus einer zwölfjährigen Passivität und Zirkeltätigkeit erwachten Arbeiterorganisationen einig. Mehr noch als dies verblüfft die Tatsache, daß die überlebenden Kerne der Arbeiterbewegung genauso wie die meisten Emigrationsverbände trotz jahrelanger Isolierung voneinander eine völlig homogene Nachkriegskonzeption entwickelt hatten, bei der nur sekundäre taktische Differenzen zu beobachten waren. Die gemeinsame Basis war klar: sie war gegeben durch die systematische Mißachtung all jener Kampfformen, die die Arbeiter trotz des immensen Drucks der Klassenspaltung gegen die nazifizierte Mehrwertmaschinerie entwickelt hatten. Gerade der Reformismus benötigte damals - und selbst heute noch - jene widerliche Legende, daß es unter dem Nationalsozialismus keine konkret artikulierte Klassenkonfrontation gegeben habe; ja, es war ein nicht ungeschickter Vorgriff auf kommende Zeiten, die Zersplitterung der Klasse in "Vorarbeiter Europas" und Zwangsarbeitssklaven fremder Nationalität aus der politischen Analyse zu streichen. Statt eines bewußten Verhaltens zur Klassenrealität herrschte auch bei jenen immer wieder geschlagenen Veteranen von vor 1932/33, die sich nicht als bedingungslose Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Siegermächte verstanden, die autistische Vorstellung von einer alle Lohnabhängigen umfassenden gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Genau da, wo die brutale Realität den Arbeiterreformismus widerstandslos aus den Angeln gehoben hatte, wurde wieder angesetzt: ihre bisherige Zersplitterung überwindend, sollten die Gewerkschaften zu stabilen Garanten des Staats der Arbeit werden und im Wiederaufbau den Reallohn zum Stachel einer gewerkschaftlich mitbestimmten plankapitalistischen Entwicklung machen. Die einen - z.B. Tarnow in Schweden und der im Bergischen Land untergetauchte Böckler - plädierten in Übereinstimmung mit dem Leuschner-Kreis für eine an die Probleme von 1932/33 angepaßte "Übernahme" der „Deutschen Arbeitsfront. (27) Andere Auslandsverbände der Emigration und viele Aktivisten der ersten Stunde - und zwar sowohl die KPD-Aktive wie auch die im Mai/Juni in Hamburg, Braunschweig und Bremen entstandenen einheitsgewerkschaftlichen Organisationen (28) - hingegen machten sich stark für eine zentralisierte Gewerkschaftsstruktur nach dem Industrieverbandsprinzip. (29) Im historischen Kontext eines turbulenten halben Jahrhunderts betrachtet, war diese Entschlossenheit zur ex-post-Korrektur vergangener Versäumnisse von großer Bedeutung: sie signalisierte eine geschlossene Abkehr aller Strömungen des Arbeiterreformismus vom Facharbeiter, die Hinwendung zur Wirtschaftsdemokratie, zum Staat der allgemeinen Arbeit, basierend auf der gewerkschaftlichen Kontrolle des Massenarbeiters durch das Industrieverbandsprinzip. Es ist wahrhaft eine Ironie der Geschichte, daß dieses sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Projekt von 1918, 1932 und 1945 trotzdem nur in Ostdeutschland unter der Führung von KPD-Kadern verwirklicht worden ist.

(14) Zu den Besatzungsdirektiven der Truppen der Antihitlerkoalition vgl. vor allem M. Bistram, Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941-1945, unveröff. Staatsexamensarbeit Universität Bonn, Duisburg 1967; M. Balfour, Viermächtekontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959; W. L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1958 H. 1, S. 60 ff.; J. Klein, op. cit. S. 125 ff.

(15) Vgl. Kampfverband Freies Deutschland, op. cit.

(16) Dazu die erste zusammenfassende Darstellung über die Widerstandsbewegung in Hannover, die auf den Akten des DGB-Archivs basiert, bei J. Klein, op. cit.

(17) DGB-Archiv Düsseldorf, Material Gottfurcht, Deutschlandberichte 1944 bis Ende 1945 I. und II.: "Von der Untergrundbewegung" von A. Karl, Juni 1945, erstmals ausgewertet bei J. Klein, op. cit.

(18) Vgl. F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, op. cit. S. 54; G. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig, op. cit. S. 64.

(19) Dieses Wohlverhalten erbrachte nichts. In den Westzonen wurden die "Volkskomitees" schon am 6. 6. 1945 verboten, in der Sowjetischen Zone wurden sie von der Sowjetischen Militär-Administration zugunsten neugeschaffener und von ihr abhängiger "antifaschistischer" Parteien und Gewerkschaften aufgelöst. Damit war einer wirklichen und autonomen Massenbewegung überall in Deutschland die Basis entzogen. Für die SBZ sah Ulbricht die Sache so (in einem Brief an Dimitroff): "Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung 'Freies Deutschland' und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben all diese Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen konzentriert werden müssen." W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, 1933 bis 1946, Reden und Aufsätze, Berlin 1963, S. 458 f.

(20) DGB-Archiv Düsseldorf, Ordner Aachen 1945-1949, Auszug aus der US-Army Zeitung Yank 1945; nach J. Klein, op. cit. S. 165.

(21) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des IGB der britischen Zone 1947-1949, Köln 1949, S. 22.

(22) Das war ein sehr vager, aber allgemein verbreiteter Rückgriff auf die Bemühungen zwischen 1930 und 1932/33, für eine antizyklische Einkommensrevolution ein breites einheitsgewerkschaftliches Rückgrat zu schmieden!

(23) Die "13 Aachener Punkte" sind abgedruckt in den Aachener Nachrichten v. 21. 3. 1945; wiederabgedruckt bei: J. Klein, op. cit. S. 166 f.

(24) Mitteilung von J. Klein an den Verf.; Klein hat bei seiner Untersuchung über die Rekonstruktion der Gewerkschaftsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren auch umfangreiche Materialien über die proletarische Basisbewegung gesichtet.

(25) Zit. nach Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945 bis 1947, Berlin 1962, S. 27.

(26) Über den Zusammenhang von blockierter Kapitalbildung und Eigentumsverhältnissen bis 1948/49 vgl. vor allem H. Heininger, Die Erhaltung des Industriepotentials der deutschen Monopole durch die imperialistischen Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 5, Berlin 1962, S. 207 ff.; G. Mannschatz, Das Entflechtungsmanöver der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, ein spezifisches, neues Mittel zur Restaurierung der Macht des deutschen Monopolkapitals unter Beihilfe der britischen Besatzungsmacht, ebd. S. 187 ff.; Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München-Berlin 1954.

(27) So sehr die Pläne dieser Gewerkschaftsgruppen im einzelnen divergierten, hatten sie doch eine grundsätzliche gemeinsame Basis: im Ziel nämlich, die materiellen Potenzen der DAF mit den Utopien von 1932/33 zu kombinieren und endlich eine breite reformkapitalistische Entwicklung im Sinn der Wissell-Naphtalischen Konzeption zu stimulieren. Immerhin eine beträchtliche Kontinuität in den Köpfen der Gewerkschaftsbosse, die mit der Ohnmacht der von ihnen kommandierten Institutionen merkwürdig kontrastiert. Auf die Bedeutung der DAF-Nachfolgekonzeption hat erstmals J. Klein in seiner schon mehrfach zitierten Dissertation aufmerksam gemacht.

(28) Zu den Gewerkschaftsverbänden in der Emigration vgl. J. Klein, op. cit. S. 95 S. 95 ff.; in Hamburg war die "Sozialistische Freie Gewerkschaft" aktiv, deren Tätigkeit alsbald von einem reaktionären Funktionärsflügel um Spliedt desavouiert wurde; in Bremen und Bremerhaven war eine "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" aktiv; in Braunschweig wurde die Gründung eines "Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds" versucht. Alle darüber verfügbaren unpublizierten und publizierten Materialien verarbeitete erstmals J. Klein in seiner Untersuchung über die Einheitsgewerkschaftsbewegung bis 1946/47.

(29) Diese konzeptionelle Position hat große historische Bedeutung, stellt sie doch nichts anderes als den Versuch dar, ein für allemal eine reformistische Antwort auf die im Nationalsozialismus vollendete Herausbildung des Massenarbeiters zu finden. Aufgrund der deutschen Variante des "New Deal" hatte der Arbeiterreformismus eine Menge nachzuholen, aber er blieb auch jetzt reaktiv, im Schlepptau der Rekonstruktionsstrategie der Unternehmer und ihrer westalliierten Schutzmächte, welche ihn für unvereinbar mit ihrer containment-Politik hielten.

(30) Es gibt noch keine Arbeit, in der es gelungen ist, den Zusammenhang zwischen blockierter wirtschaftlicher Entwicklung und Stagnation im Klassenantagonismus genau zu rekonstruieren. Auch die alte stalinistische Theorie, die Westalliierten hätten versucht, ein reifes kapitalistisches Land in eine Art Halbkolonie zu verwandeln (letzter Exponent dieser Auffassung ist gegenwärtig noch J. Kuczynski), vermag hier wenig zu bieten. Vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 7 a), S. 33 ff.

(31) Vgl. J. Klein, op. cit. S. 163 ff.; die ersten Gewerkschaftsgründungen während der ersten Besatzungsphase in Deutschland.

(32) Spliedt in Hamburg, Reuter in Württemberg-Baden. Vgl. dazu in den Details J. Klein, op. cit. S. 186 f., 195 f., 214 ff., 313 f.; sowie ein amüsantes Detail: die "Rehabilitation" des Nationalsozialisten Dr. Karl Schmid (jetzt: Carlo Schmid) durch den Gewerkschaftsführer Fleck in Südwürttemberg, S. 216.

(33) Zur Entstehung der globalen Containment-Strategie vgl. vor allem Alperovitz, Atomare Diplomatie-Hiroshima und Potsdam, München 1966; D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. I/II, Berlin 1969.

(34) Natürlich war dies keine glatt getroffene Entscheidung - auch nicht auf der Seite der US-Amerikaner, wo ja gerade der Morgenthau-Plan als radikalisierte Neuauflage von Versailles sogar eine Zeitlang Regierungsdoktrin war. Vgl. vor allem J. M. Blum, Deutschland - ein Ackerland. Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941-1945, Düsseldorf 1968; J. L. Chase, The Development of the Morgenthau Plan Through the Quebec Conference, in: The Journal of Politics, 16. Jg. 1954, S. 324-359.

(35) Wie früh die diversen Flügel der Bourgeoisie in den Westzonen auf diese Strategie reflektierten, ist selbst in einer so apologetischen und methodisch schwachen Arbeit wie der von H. P. Schwarz nachzulesen: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied-Berlin 1966.

(36) Vgl. dazu H. Claude, Der Marshallplan, Berlin 1949; Horowitz, Kalter Krieg, op. cit., Bd. 1, S. 43 ff.; W. Millis (ed.), The Forrestal Diaries. The Inner History of the Cold War, London 1952.

(37) Vgl. die Darstellung im letzten Teil des voraufgegangenen Abschnitts (Bd. 1, III 6.).

In den Westzonen wurden derlei Illusionen indes von den Besatzungsverwaltungen rasch in ihre Schranken verwiesen. Auf Arbeiterseite gab es praktisch nichts, was einen derart weitgehenden Integrationsschritt erforderlich gemacht hätte, und die internationale Konstellation hatte schon im Sommer 1945 die Statthalterfunktion der Westalliierten für die Unternehmer verbrieft. Getrennt von den verelendeten Massen, die von den westlichen Besatzungsmächten auch schon vor 1947/48 im Bündnis mit den Unternehmern durch eine bewußt blockierte wirtschaftliche Entwicklung auf defensive Revolten gegen die Demontagen, gegen den Hunger und gegen die spekulative Profitmacherei der Kapitalisten auf dem Schwarzmarkt fixiert wurden, war das Schicksal der reformistischen Rekonstruktionsinitiative in Westdeutschland rasch besiegelt. (30) Wie der Historiker J. Klein seit neuestem detailliert nachweist (31), bedurfte es nur einiger skrupellos gegen die - in jeder Beziehung mit der wirtschaftsdemokratischen Perspektive identifizierten - KPD-Gruppen amoklaufender Arbeiterfunktionäre à la Spliedt, Reuter und Fleck (32), damit die westalliierten Kommandanturen diese nicht in die sich anbahnende containment-Strategie (33) passenden Ansätze bis Ende 1946/Anfang 1947 völlig desavouierten. Daß es ihnen darum ging, mit allen erdenklichen Mitteln die materielle Basis der NS-Klassenkonstellation zu konservieren und den NS-Planstaat als "soziale Marktwirtschaft" wieder Urständ feiern zu lassen, verdankt sich der 1944/45 längst getroffenen Entscheidung der westlichen Partner der Antihitlerkoalition, Versailles endgültig zu revidieren (34) und den im Notfall auf die drei Westzonen beschränkten deutschen Kapitalismus in ein international rekonstruiertes Weltwirtschaftssystem einzubeziehen. (35) Aber das alles ist inzwischen hinreichend bekannt und braucht hier nicht weiter erörtert zu werden; erforderlich ist allenfalls eine Korrektur dahingehend, daß dieser Prozeß nicht erst 1947/48 im Zusammenhang mit Truman-Doktrin und Marshall-Plan (36), sondern unmittelbar nach der Liquidierung des Nationalsozialismus einsetzte, daß er sich also in der langfristigen Perspektive exakt mit den Nachkriegsplänen der deutschen Kapitalisten deckte. (37) Während sich der im Vergleich zu 1918/19

extrem abgehalfterte Arbeiterreformismus in Organisationskontroversen erschöpfte und Tagespolitik nur insoweit machte, als erforderlich war, um die hin und wieder aufbegehrenden Massen (38) unter Kontrolle zu halten, wurden von den Westalliierten-Unternehmern die alten Weichen neu gestellt. Die Militärbehörden etablierten "Treuhandverwaltungen" des Kapitals im wörtlichen Sinn - solange, wie die Unternehmer brauchten, um das supermoderne und durchrationalisierte Produktionspotential der Speer-Ära auf die Bedingungen einer international rekonstruierten Weltwirtschaft, die gleichzeitig zum "containment" gegenüber der Sowjetunion ansetzte (39), hin zu orientieren und darüberhinaus dessen planstaatliche Rahmenbedingungen wieder in Gang zu bringen. (40) Hans Böckler, als ehemaliger Sekretär der "Zentralarbeitsgemeinschaft" von 1918 (41) durchaus zu einem qualifizierten Beitrag für eine neue reformistische Entwicklungsoffensive befähigt, wurde dabei nicht benötigt. Dem - im Sinn der Kapitalstrategie auch jetzt keinesfalls rückständigen - Arbeiterreformismus wurde allenfalls bei der Modernisierung der Montanindustrie eine Warteposition zugewiesen. Das geschah zweifellos deshalb, weil die Europaplanung von Bretton-Woods und den Welthandelskonferenzen (42) wegen der selektiven Steigerung der Kohlenförderung eine weniger riskante Kontrolle der Arbeitskraft der Ruhrbergleute für angemessen hielt. (43) Aber abgesehen von der "Montanmitbestimmung" (44) hat der Arbeiterreformismus weder bei der "Entflechtung" der IG Farben noch bei der schrittweise vollzogenen Reorganisation der übrigen Industriezweige mehr als eine manipulierte Statistenrolle gespielt (45). Er saß in keiner der wirklich wichtigen Schaltstellen des Restaurationsprozesses, noch nicht einmal in den Arbeitsämtern. Das gewerkschaftliche Industrieverbandsprinzip sollte erst um 1950/51 als wirtschaftspolitischer Faktor zu Ehren kommen, und das auch nur wegen seiner erhofften produktivitätsstimulierenden Potenzen. (46)

Wie entwickelte sich bei alldem der Antagonismus der Arbeiterklasse auf Fabrikebene, nachdem in den entscheidenden Tagen des "Zusammenbruchs" jeder Anflug von antagonistischer Arbeitermacht ausgeblieben war? In ungeheuren sozialen Umwälzungen und Wanderungsbewegungen (47) begriffen, wurde er im Nachkriegsprozeß erstickt. Die zaghaften Ansätze von Klassensolidarität zwischen ausländischen Zwangsarbeitern und deutschen Arbeitergruppen gegen Kriegsende hatten nicht ausgereicht, um in den jetzt ablaufenden Massenwanderungen und innerhalb der blockierten wirtschaftlichen Entwicklung irgendwelche Kristallisationspunkte aufrechtzuerhalten. Die Erinnerung an die unglaubliche Brutalität des Fabrikkommandos und an die Spaltung der Klasse in "europäische Vorarbeiter" und Arbeitersklaven war nach dem fast geräuschlosen Verschwinden der Zwangsarbeiter aus den industriellen Ballungszentren innerhalb weniger Monate wie weggewischt. Detaillierte Kleinarbeit ist nötig, um wenigstens heute den Zusammenbruch des barbarischen Vorgriffs auf die aktuelle Klassenkonstellation zu rekonstruieren (48). Es ist erschütternd, wie schnell und scheinbar vollständig die Klassenzusammensetzung der Jahre 1944/45 zur Ungeschichte geworden ist, während sie sich mit der Geschichte der Reproduktionszyklen des Kapitals untrennbar verbindet. Beim zurückgebliebenen "Stammarbeiter"-Teil sind allenfalls ein paar Erinnerungen an einige kurzlebige Racheaktionen seitens der ausländischen Arbeiter zurückgeblieben. Und deren Vorgeschichte: die öffentlichen Hinrichtungen von ausländischen Parias vor versammelter Gesamtbelegschaft, die tagtäglichen Prügelorgien der Werkschutzkommandos, die Qual der "Arbeitserziehungslager", aber auch das letzte Aufgebot von Gestapo und Werkschutz gegen deutsche Arbeiterkader, sind wirklich alles andere als Einzelfälle gewesen. Eine Klasse, politisch in ihren Avantgarden derart weitgehend vernichtet und durch die auf ihre Wohnviertel konzentrierten westalliierten Bombenangriffe so weitgehend demoralisiert, daß sie sich in den ersten Stunden der Befreiung nicht gegen ihre Peiniger erhob, braucht in der Tat Jahrzehnte, um ihre Apathie und Geschichtslosigkeit zu überwinden, den rekonstruierten Mechanismus der Klassenspaltung anzugreifen, und von sich aus neue antagonistische Kampfformen zu entwickeln.

Natürlich wurde in den ersten Nachkriegstagen hier und da - beispielsweise, wie schon erwähnt, bei Continental in Hannover und in den VW-Werken in Wolfsburg (49) - der Werkschutz und dessen "erweiterte" Hilfstruppen durch Arbeiteraktionen beseitigt. Aber das geschah fast immer nur da, wo auch größere deutsche Arbeitergruppen dessen alltäglichen Antreibereien und Brutalitäten ausgesetzt gewesen waren. Wahrscheinlich ereignete sich gerade in solchen Ballungsgebieten, die gegen Kriegsende mit Zwangsarbeitern buchstäblich vollgestopft waren, so gut wie nichts dergleichen. In Essen beispielsweise, wo sich der Krupp-Werkschutz zusammen mit der Gestapo gerade in den letzten Kriegsmonaten mit viehischer Grausamkeit an den Zwangsarbeitern ausgelassen und entflohene Arbeitssklaven dutzendweise massakriert hat-

(38) Die bedeutendste Rolle spielten dabei die Volkskämpfe zwischen Januar und April 1947. Über sie gibt es noch keine Analyse, die vom Standpunkt der Massen geschrieben wäre. Andeutungen oft reformistisch-apologetischen Charakters gibt es bei R. Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945 bis 1949, Berlin 1965, S. 129 f.; J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7 a, S. 148 f.; G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 207 ff.; U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 23 ff., mit einer Kritik [illegible] Volksparteilinie der KPD S. 62 ff.

(39) Hier sei erneut verwiesen auf die Arbeiten von Alperovitz, Atomare Diplomatie, München 1966; W. Millis, op. cit.; sowie bezüglich der Übergänge gegen Ende des zweiten Weltkriegs auf J. Ragguley, The World War and the Cold War, in: D. Horowitz (ed.), Containment and Revolution, London 1967, S. 76 ff.

(40) Eine genaue Untersuchung der Rekonstruktion des Staatsapparats nach der Stabilisierung der Bizonen-Wirtschaft als Instrument der Wirtschaftspolitik gibt es noch nicht. Über die Rolle des Staats in der Frühphase der BRD vgl. vor allem Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin 1962, Reprint Hamburg 1972, S. 123 ff.; Die Rolle der Staatsmacht bei der Umverteilung des Nationaleinkommens.

(41) Diese Information steht in allen wichtigen Biographien, wie ja überhaupt der westdeutsche Gewerkschaftsreformismus sich immer wieder aus der "Zentralarbeitsgemeinschaft" offen-propagandistisch herleitet. Vgl. beispielsweise E. Klein-Viehöfer, Hans Böckler. Das Lebensbild eines Arbeiterführers, Düsseldorf o. J.; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Hans Böckler. Leben und Wirken, Düsseldorf o. J.

(42) Zur Strategiedebatte des internationalen Kapitals von Bretton-Woods und Havanna, die zur Rekonstruktion der Weltwirtschaft in ihren jetzigen Strukturen führte, vgl. vor allem P. Einzig, The Euro-Dollar System, 2. Aufl. London 1965; G. Hinkel, Die Bretton-Woods-Institute im Dienste des US-Imperialismus, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin 1968, H. 12, S. 1584 ff.; K. Kock, International Trade Policy and the GATT 1947-1967, Stockholm 1969; F. K. Liebich, Grundriß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), 2. neubear. Aufl., Baden-Baden 1967; G. Schomburg, Von Bretton-Woods bis heute, in: Deutsche Außenpolitik, 1969, H. 8, S. 935 ff.

(43) Das zeigte sich spätestens in dem Augenblick, als die Montanunion zum ersten Objekt eines ersten westeuropäischen Wirtschaftsbündnisses wurde. Vgl. dazu W. Diebold jr., The Schumann plan - a study in economic cooperation 1950-1959, New York 1959; EGKS 1952-1962. Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven, Luxemburg 1963.

te, hatten sich die besonders exponierten Werkschutz-Sadisten rechtzeitig abgesetzt. (50) Während einige freigelassene Arbeiter noch nach ihnen suchten, um mit ihnen abzurechnen, wurde zur selben Zeit eben dieser Werkschutz noch während der letzten Kampfhandlungen in aller Form von den US-Kommandeuren als Polizeischutztruppe gegen proletarische Aneignungsaktionen bestätigt! (51) Er blieb praktisch völlig unangetastet, während der "Krupp Case" genauso wie die übrigen Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen deutsche Großindustrielle (52) "verhandelt" wurde (53). Wie der damalige Hauptankläger der Nürnberger Prozesse, Taylor, nach gebührendem zeitlichem Abstand zugab, waren die Festnahmen von Krupp-Managern und -Angestellten ohnedies von den Besatzern vor allem als Schutzmaßnahme vor Racheakten seitens der freigelassenen Zwangsarbeiter verstanden worden (54) - aber zur großen Überraschung aller Betroffenen sind diese Aktionen ausgeblieben. (55) Die Klassenspaltung war mit einer unglaublichen physischen Vereiendung kombiniert gewesen. Der physische Verfall der - überlebenden - Zwangsarbeiter war so weit fortgeschritten, daß die befürchtete Revolte unterblieb: von Ansätzen zu einer antagonistischen Klassensolidarität konnte demzufolge noch weniger gesprochen werden. (56) Darüberhinaus unternahmen die Besatzungsverwaltungen alles, um auch nach den ersten turbulenten Tagen des Zusammenbruchs jede kämpferische Artikulation seitens der Arbeiter im Keim zu ersticken. So sehr auch danach wirkliche Kampfaktionen der proletarischen "Betriebsausschüsse" gegen die nazifizierte Betriebshierarchie und die bald einsetzenden wirtschaftspolitischen Eingriffe der "Treuhandverwaltungen" Ausnahmen blieben: für die alliierten Kommandanturen war allein schon ihre formale Existenz eine unangenehme Unbekannte in einer ansonsten genau berechenbaren Gleichung. Sie bemerkten, daß sie sich von den - freilich überaus zaghaften - Ansätzen von Arbeiterautonomie hatten völlig überraschen lassen. Umso kompromißloser wurden deshalb die Betriebskomitees von den Besatzern außer Gefecht gesetzt, sobald sie deren Eingriffe in die Produktion auch nur minimal zu behindern drohten. So etwa in Jena, wo Spezialeinheiten der US-Truppen vor ihrem Rückzug hinter die vereinbarte Demarkationslinie den gesamten Forschungs- und Entwicklungskomplex plünderten und aus gutem Grund kommunistische Kader kurzerhand wieder hinter Schloß und Riegel brachten. (57) So aber auch im Ruhrbergbau: als die Bergleute der Schachtanlage "Gerhard Blumental" in Recklinghausen sich gewaltsam gegen die Wiedereinstellung eines berüchtigten Nazi-Zechenbeamten zur Wehr setzten, wurden sechs von ihnen wegen "Aufruhrs" von einem Militärgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. "In anderen Betrieben beschlossen die Bergarbeiter, so lange nicht einzufahren, bis alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden sind. Auf einer Zeche erschien daraufhin britisches Militär mit Panzerwagen. Der Betriebsratsvorsitzende wurde sofort verhaftet." (58) Den Kumpels blieb nichts anderes übrig, als durch gezieltes Langsamarbeiten die Entfernung wenigstens der berüchtigsten Nazisteiger zu erzwingen, und um - dies sollte nicht vergessen werden - auch die reformistischen Agitatoren für eine Wiederankurbelung der Produktion ohne Vorbedingungen seitens der Arbeiter auf Distanz zu halten.

Gleichwohl schienen den alliierten Besatzungsverwaltungen derart drakonische Vorgehensweisen gegen alle Keimformen von Arbeiteraufsässigkeit nicht ausreichend genug, um die Arbeitermassen auf Dauer als Widerstandspotential gegen die Reorganisation und Modernisierung des nazifizierten Gesamtkapitals auszuschalten. In diesem Zusammenhang haben makabrerweise gerade die weiteren Ereignisse bei Krupp Schule gemacht. Als sich nach der Übernahme der Krupp-Anlagen durch die Briten zeigte, daß der personell weitgehend unveränderte Werkschutz als Kontrollinstrument gegenüber den jetzt wieder ausschließlich deutschen Stahlarbeitern versagte, wurde er direkt dem Kommando eines Majors der britischen Armee unterstellt, in britische Uniformen gesteckt und mit automatischen Waffen ausgerüstet.(59) Als "Industriepolizei" mit allen martialischen Insignien des Ausnahmezustands und der Militärgerichtsbarkeit ausgestattet, hatte er die Funktion, jeden Anflug von Aufsässigkeit sofort und mit brutaler Härte zur Räson zu bringen. So hielten die verhaßten Werkschutztruppen der Unternehmer wieder Einzug, nur diesmal nicht nur mit dem Krupp-Emblem am Ärmel, sondern zusätzlich ausgestattet mit den Armbinden der westalliierten Militärpolizei. Für die Arbeiter hatte sich praktisch nichts geändert, mehr noch: jetzt, nach dem sang- und klanglosen Verschwinden der ausländischen Arbeitssklaven, waren sie selbst wieder in das Zentrum betrieblicher Repression hineingeraten, vor der es vorerst kein Entrinnen gab.

Deutsche Geschichte 1945-1966, dargestellt am Leben und Wirken der ehemaligen Häftlinge und der Strafverfolgung der SS-Leute des Konzentrationslagers Dora, Staatsexamensarbeit Institut für Deutsche Geschichte, Humboldt-Universität, Berlin 1966; P. Hochmuth, Der antifaschistische Widerstand im KZ Dora und die Sabotage der V-Waffenproduktion in den Mittelwerken, Diplomarbeit, ebd. 1966; M. Pautz, Ein Arbeitslager der SS. Der Aufbau und die Häftlings- und SS-Organisation des KZ "Dora" und seiner Außenkommandos, Staatsexamensarbeit, ebd. 1966.

(49) Nach einer Mitteilung eines ehemaligen VW-Werkschutzangehörigen während der NS-Zeit, Ribbe.

(50) Vgl. W. Manchester, Krupp, München 1968, S. 561.

(51) So dargestellt bei N. Mühlen, Die Krupps, Frankfurt/M. 1960, S. 185.

(52) Und zwar im Flick-, IG Farben- und Krupp-Prozeß. Vgl. die entsprechenden Dokumentenbände in der Serie "Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law No. 10, Vol. VI, VII-VIII, IX, Washington D.C., 1950-1953.

(53) Vgl. ebd. Vol. IX:The Krupp Case, Washington D.C. 1950, Um den Prozeß rankt sich eine weltschweifige, meist apologetische Literatur, während die Dokumentenbände des Prozesses bis heute immer nur selektiv untersucht worden sind. Vgl. Dokumentarischer Anhang, XII und XIII.

(54) Taylor wörtlich: "Wenn wir führende Nazis auf freiem Fuß gelassen hätten, wären sie zum Ziel privater Racheakte und zum Zündstoff für die Ausbreitung politischer Gewalttaten geworden." T. Taylor in: Columbia Law Review, 1963, Nr. 2, zit. nach: W. Manchester, op. cit. S. 562 f.

(44) Über sie haben sich unzählige Autoren mehr oder weniger kritisch ausgelassen, ohne das zentrale Problem der Hereinnahme der Arbeitskraft in die Produktivitätsstimulierung zu reflektieren. Zu den Fakten im Zusammenhang mit dem Montan-Mitbestimmungsgesetz vom 21.5.1951 vgl. F. Deppe, J.v. Freyberg, Chr. Kievenheim, R. Meyer, F. Werkmeister, Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969. Was 1951 wirklich gespielt wurde, zeigt am deutlichsten ein Artikel von W. Pahl - eben jenem Pahl, der 1933 die Gewerkschaften den Nazis angedient hat: Mitbestimmung in der Montanindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1951, H. 5.

(45) Das gibt selbst das in Anm. 44 zitierte Autorenkollektiv zu, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

(46) Nämlich im Zusammenhang mit der jetzt neuerlich einsetzenden Rationalisierungskampagne. Dazu noch weiter unten.

(47) In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf: Die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 10, S. 303 ff.; G. Reichling, Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik, Berlin 1958.

(48) Welch große Bedeutung diese Arbeit hat, hat ein Diplomandenkollektiv der Berliner Humboldt-Universität bewiesen, das kürzlich das Schicksal der Arbeitssklaven in den SS-V-Waffenfabriken im Harz untersucht hat: G. Dieckmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, Diss. phil. 1968; H. Grabowski,

Nach wenigen Monaten war der Fall Krupp verallgemeinert. Die neuerliche Knebelung der Arbeiterbedürfnisse war unverschleiert erkennbar. Die "Industriepolizei" wurde zum zentralen Hebel für die Durchsetzung des restaurativen Phasenprogramms der westlichen Alliierten, der sich ziemlich schnell als wirksames Einschüchterungsinstrument erwiesen hatte und dem die gedemütigten Arbeiter hilflos gegenüberstanden. Zunächst wurden über die deutschen Polizeistellen seit Herbst 1945 "Wachmänner" zum Schutz der amerikanischen, britischen und französischen Militärstützpunkte rekrutiert und modern ausgerüstet. (60) Aus diesen Wachmannschaften, aber auch aus den bewußt intakt gehaltenen Wehrmachtresten wie den "Dienstgruppen" (61), dem in den "Historischen Abteilungen" der westalliierten Armeen insgeheim zusammengezogenen Generalstab der Wehrmacht sowie der militärischen Abwehr (62), wurden seit Anfang 1946 ständig neue Einheiten der "Industriepolizei" formiert. Sie stellten, bis heute noch von einem fast vollständigen Schleier der Geheimhaltung umgeben (63), zweifellos in allen drei westlichen Zonen das entscheidende Instrument für die Unterdrückung der Arbeiterautonomie und für die schrittweise Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gewaltapparats einer fest ins westliche Bündnis eingekeilten westdeutschen herrschenden Klasse dar. Die "Industriepolizei" war ein gigantischer Pool, in dem sich die großen und die kleinen Werkschutz-, SS-, Gestapo- und Wehrmachtsoldaten einerseits vor der "Entnazifizierung" schützen, andererseits für ihre neuen Aufgaben bewähren konnten. Sie war eine Art Durchlauferhitzer, aus dem die meisten westalliierten Spezialdienste und später die Kader von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Verfassungsschutz und politischer Polizei sowie seit 1954/55 der Bundeswehr hervorgegangen sind. (64) Der Grund ist einfach: die "Industriepolizei" war die einzige Polizeiformation der Westalliierten, die vor 1950 auf den Stützpunkten der US-Truppen eine vollständige Bürgerkriegsausbildung erhielt. Der Übergang zu den "Dienstgruppen" war fließend; feststeht, daß gerade die unmittelbar gegen die Arbeiter eingesetzten Formationen in Straßen- und Häuserkampf, in der Taktik der Besetzung von Industriezonen usw. unterrichtet und mit allen Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet wurden. (65) Die Restauration in den Westzonen vollzog sich also unter einem drakonischen Besatzungsregime, das alle wesentlichen Institutionen der Arbeiterunterdrückung auf unmittelbarer Betriebsebene aufrechterhielt. Die Arbeiter waren buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und in das Korsett einer vom Ausnahmezustand begünstigten und blockierten wirtschaftlichen Entwicklung eingezwängt. Daran änderte sich auch nach 1947/48, als die Einbeziehung der Ökonomie der Westzonen in die internationalisierte containment-Wirtschaft einsetzte, praktisch nichts. Die Hungerrevolten von 1947 (66) und die Ansätze zum Generalstreik gegen die Währungsumstellung 1948 (67) wurden derart systematisch unterdrückt, daß sie allenfalls den Umschlag von der selektiven Wirtschaftsblockade zur separaten westzonalen Rekonstruktion forcierten. Ein umfangreicher Aufmarsch der Besatzungsarmeen war allerdings auch in den kritischen Perioden des Kurswechsels nicht nötig. Das Bollwerk "Industriepolizei" bestand seine Belastungsprobe. Sobald die internationale Konstellation über die wirtschaftspolitische Rekonstruktionsplanung auch die separatstaatliche Rehabilitation der herrschenden Klasse zuließ, hatten die Fabrikkommandos ihre Funktion erfüllt. Die gesellschaftliche Maschinerie des Systems ging zur arbeitsteiligen Modernisierung der Klassenherrschaft über, und die Besatzungsverwaltungen zogen sich in Fabrik und Gesellschaft auf Reservepositionen zurück. Von diesen Positionen aus blieben die westzonalen Unternehmer-Marionetten freilich trotz aller wiedergewonnenen Staatlichkeit tief in die internationale containment-Strategie verstrickt. Auf jeden Fall wurde von keinem der an der Klassenkonfrontation Beteiligten - wenn man vom Arbeiterreformismus absieht - der parlamentarische Institutionenkomplex des Separatstaats sonderlich ernst genommen. Seit 1949/50 hatten die westlichen Alliierten dem Adenauerregime grünes Licht für die endgültige Stabilisierung der inneren Klassenherrschaft gegeben, die Wiederaufstellung eines kontrollierten Armeekontingents für das osteuropäische containment programmiert (68) und gleichzeitig mit der Organisation eines geheimen militärischen Untergrundnetzes für den Fall eines größeren europäischen Kriegs mit der Sowjetunion begonnen. Mit fünfjähriger Verspätung begann sich die Nachkriegsplanung der Unternehmer und der Akteure des späten NS-Planstaats zu verwirklichen, und die Anzeichen mehrten sich, die darauf hindeuteten, es würde doch noch zu einem Affront gegen den hartnäckigen reformistischen Gebrauch des sich langsam einspielenden parlamentarisch-tarifpolitischen Institutionalismus kommen. Unter der Ägide des US-Militärgeheimdienstes und der 1950 etablierten "Bundeszentrale für Heimatdienst", dem Vorläufer

(61)* Zur Rolle der "Dienstgruppen" der westalliierten Besatzungsarmeen vgl. die Darstellung eines Beteiligten: F. Schulz, Dienstgruppe GCLO, GSO. Eine deutsche Nachkriegstrilogie, Bd. I, Bonn 1956; sowie die kritische Analyse von Zboralski, Zur Erhaltung deutscher militaristischer Kader nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 5, Berlin 1962, S. 387 ff.

(62) Zu diesem Komplex liegt jetzt eine geschlossene Untersuchung vor: H. Zolling, H. Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 106 ff.; die Autobiographie von R. Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971, S. 151 ff., ist auch hier apologetisch.

(63) Auch in spezialisierten DDR-Untersuchungen über die politisch-polizeiliche Restauration in den Westzonen wird das Thema "Industriepolizei" nur kursorisch gestreift. Die genauesten Informationen stammen von einem Beteiligten. Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labour Service, op. cit. S. 6 f.

(64) Der typische Werdegang eines Wehrmacht-Berufsoffiziers in westalliierten Diensten zwischen 1945 und 1955/56 durchlief folgende Etappen: Industriepolizei bis 1950, 1950/51 Übernahme in die "Dienstgruppen", von da aus in die neuen westdeutschen Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei/Bundesgrenzschutz oder auch politische Polizei/Geheimdienste) dann Anwerbung durch das "Amt Blank" und schließlich Übernahme in die Bundeswehr. Zur ersten Phase bis 1950/51 vgl. SFC Hermann DEML, op. cit., außerdem - wenn auch zutiefst apologetisch und ins Defensive verfälschend - G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967, bes. S. 225 ff., 276, 300, 306 f.

(55) Vgl. die ausgezeichnete Darstellung über die Verhältnisse in Essen während und unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen bei W. Manchester, op. cit. S. 560 ff.; sowie ergänzend N. Mühlen, op. cit. S. 181 ff.

(56) Manchester (op. cit. S. 563) berichtet allerdings, einige westalliierte Offiziere hätten Aktionen seitens der osteuropäischen Zwangsarbeiter befürchtet, sobald sie wieder zu Kräften gekommen waren. Aber sie konnten beruhigt sein: "Einige alliierte Offiziere äußerten die Befürchtung, daß sie schwer zu bändigen sein würden, wenn sie sich physisch erholt hätten, aber die Eroberer hatten keine Vorstellung von den psychischen Schäden, die eine lange Unterdrückung anrichtet."

(57) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung in: Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, S. 587 ff. Die Begründung für die Verurteilung von 22 Jenaer Kommunisten Pfingsten 1945 durch einen US-Gerichtsoffizier war typisch: "Wir brauchen in Deutschland keine Antifaschisten, keine Kommunisten, wir haben eine starke Armee, wir werden in Deutschland jede Politik ausrotten." Zit. nach ebd. S. 602.

(58) G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 105.

(59) Vgl. C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, Hamburg 1960, S. 12 f.; sowie K.-H. Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.

(60) Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labor Service, Heidelberg 1953, S. 2 f.

des späteren "Amts Blank" (69), schossen SS-Traditionsverbände, Kameradschaften von Elitetruppen der Naziwehrmacht und militaristische Jugendverbände aus dem Boden. Vor allem beim "Bund Deutscher Jugend (BDJ)" war es offensichtlich, daß hier eine außer-institutionelle Massenbasis zur Verschleierung des Übergangs der westalliierten Hilfstruppen in die Dienste des Unterdrückungsapparats des frischgebackenen Unternehmerstaats geschaffen werden sollte. Als die Besatzungsmächte 1950/51 ihre "Industriepolizei" wieder aus den Betrieben abzogen, wandte sich die Bundesleitung des BDJ an die Ruhrindustriellen, um ihnen qualifizierte Kader für die Verstärkung ihrer vorübergehend geschwächten Werkssicherheitsdienste anzudienen; in einem entsprechenden Schreiben war das "Bundesinnenministerium als Bürge für die Zuverlässigkeit des BdJ angeführt worden" (70). Diese Offerte scheint von den Unternehmern prompt angenommen worden zu sein; anders ist die Tatsache, daß der damalige zweite BDJ-Bundesvorsitzende Hammacher heute den Posten eines Werkschutzleiters bei Mannesmann bekleidet (71) und daß ein seinerzeit durch seine BDJ-Kontakte kompromittierter Kriminalbeamter namens Szczesny gegenwärtig als Chef der Frankfurter "Werkschutz GmbH" amtiert (72), wohl kaum zu erklären. Aber der BDJ tat sich nicht nur in dieser Richtung hervor, denn bei der Rekonstruktion des Werkschutzes haben auch andere, mit ihm assoziierte Terrorverbände wie beispielsweise die in der DDR operierende "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (73), deren Sabotagechef Baitz heute den Werkschutz der Chemischen Werke Marl leitet (74), eine bedeutende Rolle gespielt. Im Hintergrund des BDJ operierte gleichzeitig ein "Technischer Dienst", bestehend aus mehreren tausend ehemaligen SS-Offizieren, der sich unter Anleitung des US-amerikanischen CIC insgeheim auf den "Fall X", nämlich die Bekämpfung von großen Arbeiterunruhen und auf Massenliquidierungen von SPD-, Gewerkschafts- und KPD-Funktionären im Fall militärischer Auseinandersetzungen vorbereitete. (75) Anläßlich der Aufdeckung des "Technischen Dienstes" im Herbst 1952 in Hessen wurde bekannt, daß es mindestens 15 weitere solcher Geheimorganisationen gab, deren Mitglieder - fast ausschließlich ehemalige Gestapo- und SS-Leute - sich auf den großen Sprung in die politischen Zentren der von Westalliierten, Unternehmern und Bundesregierung projektierten neuen Unterdrückungsinstitutionen vorbereiteten. Was dabei den Werkschutz betrifft, scheint dessen Übernahme in alleinige Unternehmerregie schon 1951 mit der Gründung der "Gesellschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft (GSW)" abgeschlossen gewesen zu sein. Denn hier brauchten bei den großen Konzernen die alten Kader nur geringfügig verstärkt und modernisiert zu werden, als sie 1950/51 den Status von Hilfstruppen der westalliierten Militärpolizei verloren. So war das Unternehmerkommando voll restauriert, nachdem es sechs Jahre lang mit der Autorität des westzonalen Besatzungsregements über die Klippen der Nachkriegsära gerettet worden war. Auch auf gesellschaftlicher Ebene sollte die große präventiv-konterrevolutionäre Mobilisierung, so wie sie Adenauer anläßlich der Neugründung der "Technischen Nothilfe" - jetzt unter dem Namen "Technisches Hilfswerk" 1951 als Schritt zum "Aufbau der inneren Front" gefeiert hatte, der die äußere Linie des kalten Kriegs wirkungsvoll ergänzte (76), nicht ohne Wirkung sein. Der bankrotte Arbeiterreformismus hatte sich mit seinen Mitbestimmungskampagnen auf eine Defensivbewegung beschränkt, die die Arbeiterbedürfnisse nicht tangierte und deshalb eine ohnmächtige Geste blieb. Und da die Arbeiter auch nicht bereit waren, den grenzenlosen Zynismus der KPD-Wiederaufbauparolen in den alles entscheidenden Nachkriegsmonaten genauso wie die Abwiegelungstaktik der Kommunisten bei den Hungerrevolten von 1947 (77) zu vergessen, blieb auch die KPD bei ihrer verzweifelten Wiedervereinigungskampagne von 1952, bei der sie mit ihrem Programm für den Sturz des Adenauerregimes immerhin die Illegalisierung riskierte (78), ohne Massenbasis. Die Arbeiter waren vollständig eingekreist in das Nachkriegscontainment und sahen keine Möglichkeiten für eine autonome Entwicklung ihrer Bedürfnisse. Und so sahen auch die Unternehmer bald keinen Anlaß mehr, eine zu Beginn der fünfziger Jahre erfolgreich perpetuierte Ausbeutungsorganisation durch überproportional scharfe Angriffe gegen die Arbeiter zu forcieren. Für sie entwickelte sich die Fortsetzung des 1941/42 auf die Spitze getriebenen Mechanismus der Klassenspaltung als wirksamstes Mittel einer reibungslosen Disziplinierung. Die Ersetzung der ausländischen Zwangsarbeiter durch die Millionenmassen der freiwillig aus Osteuropa und Ostdeutschland abgewanderten Arbeiter war längst in Gang gekommen. Der Werkschutz, das "Technische Hilfswerk" und ein hinlänglich funktionierendes System schwarzer Listen reichten vorerst aus, um das, was an proletarischer Aufsässigkeit sich gegen den Rekonstruktionsboom wandte, auf eigene Unternehmerrechnung zu kriminalisieren.

(65) Vgl. dazu: Merkbuch für die Industriepolizei. Verhalten bei Unruhen, Augsburg 1947; auf diese geheime Dienstanweisung wurde erstmals 1948 in einem Zeitungsartikel aufmerksam gemacht: Schwarze Garden und Industriepolizei - gegen wen? in: Tägliche Rundschau v. 14.3.1948.

(66) Vgl. Anm. 37.

(67) Vgl. dazu die Informationen bei A. Behrendt u.a., Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin 1968, S. 65; L.D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 331 f.; sowie Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 91 ff.

(68) Vgl. dazu vor allem die zwei von Autorenkollektiven verfaßten DDR-Standardarbeiten: Bundeswehr-Armee für den Krieg, Berlin 1968; Polizei der BRD - Polizei der Monopole, Berlin 1972, die - abgesehen von ihrem problematischen politisch-methodischen Ansatz - jedoch einige Informationsfehler enthalten; ausführlich, aber gezielt verschleiernd G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, op. cit.; sowie von US-amerikanischer Seite vor allem W. Martin: The American Decision to Rearm Germany, in: H. Stein (ed.), American Civil-Military Decisions, University of Alabama Press 1963; J.L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, bes. S. 17 ff.; sowie besonders F. Willenz, Early Discussions Regarding a Defense Contribution in Germany (1948-1950), RAND-Memo. RM-698, Santa Monica/Cal. 1952.

(69) Vgl. dazu die Angaben bei Wettig, op. cit. S. 300 f.

(70) "Technischer Dienst" und BDJ (Bund Deutscher Jugend), in: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein/Westfalen des DGB, 1953, Nr. 2, S. 7.

(71) In dieser Funktion hat Hammacher seit Beginn der 60er Jahre mehrfach in der Zeitschrift "Ziviler Luftschutz" (später "Zivilschutz") über Werkschutzfragen publiziert. Vgl. auch: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5.

(72) Vgl. beispielsweise den folgenden Artikel, den H. Szczesny der Wirtschaftszeitung "Blick durch die Wirtschaft" geschrieben hat: Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, wiederabgedruckt in dem Sammelband: Wie schütze ich meinen Betrieb, hrsg. v. J. Jeske, Düsseldorf-Wien 1973, S. 15 ff.

(73) Vgl. dazu K.H. Roth, Die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit"; Fünfte Kolonne des Kalten Krieges, in: ders. Invasionsziel DDR, Hamburg 1971, S. 85 ff.

(74) Vgl. dazu U. Sander, Menschenleben spielten keine Rolle. Die seltsame Karriere des Gerd Baitz, in: Tatsachen v. 8.3.1969; Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo! in: elan-express, Dortmund, März 1971 S. 1.

(75) Vgl. dazu ausführlich: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 10 f.

(76) Zit. nach: Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, Hrsg. BDI, Bergisch Gladbach 1954, S. 91.

(77) Über das Zurückweichen der KPD vor der Massenbewegung im Frühjahr 1947 vgl. U. Schmidt, T. Fichter, op. cit. S. 41 f.

(78) Dieses Programm, von dem sich die KPD übrigens nach 1956 öffentlich distanzierte, wurde von der Klassenjustiz tatsächlich als Hauptargument für die Illegalisierung benutzt. Vgl. dazu G. Pfeiffer, H.-G. Strickert, KPD-Prozeß, Bd. 1-3, Karlsruhe 1955-1956, bes. Bd. 2, S. 33 ff., 399 ff.; Bd. 3, S. 51 ff. und 581 ff., Die Entscheidung des Gerichts.

OFFENER BRIEF

AN ALLE EHEMALIGEN

MITGLIEDER DER NSDAP,

OFFIZIERE

UND BERUFSSOLDATEN

IN WESTDEUTSCHLAND

Offener Brief

an alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere und Berufssoldaten in Westdeutschland

Wir Deutsche, was wir sind und was wir waren und wo wir heute auc wohnen mögen, im Westen oder im Osten unserer Heimat, wir sin alle von einer tiefen Sorge erfüllt: Wir sehen Grenzen quer durc unsere Heimat, wir wissen, daß sogar unsere Hauptstadt Berlin i Teile zerrissen ist. Westdeutschland ist zum Gegenstand von Beratu gen und Berechnungen ausländischer Generale und Bankiers gewo den, die uns die Vorbereitung eines neuen Krieges befürchten lasse

Was der Krieg ist, das wissen wir alle. Das wissen wir nur zu gu Das letzte Mal haben es auch unsere Frauen und Kinder erfahrer vor allem gegen die Wohnstätten war der Bombenkrieg gerichte In ihren Ruinen war das Ende.

Wir Deutsche, gleichgültig wo wir wohnen, ersehnen ein Leben i Frieden, wir bangen um den Frieden, wir bangen um das Lebe unserer Frauen und Kinder. Wir wissen, daß ein neuer Krieg die B mühungen unseres Volkes, sich einen neuen Wohlstand zu erwerbe für immer zunichte machen wird.

Wir wissen, wie ein Krieg geführt wird, was er verschlingt und wi er verdirbt. Ein neuer Krieg — er wird keinen Vergleich aushalte mit dem letzten Krieg, er wird schrecklicher sein, er wird unse Heimat völlig zerstören, er wird uns alle ohne Unterschied treffe Euch und uns. Bei allem, was uns lieb ist, wir Deutsche müssen ein neuen Krieg verhindern, und wir können ihn verhindern.

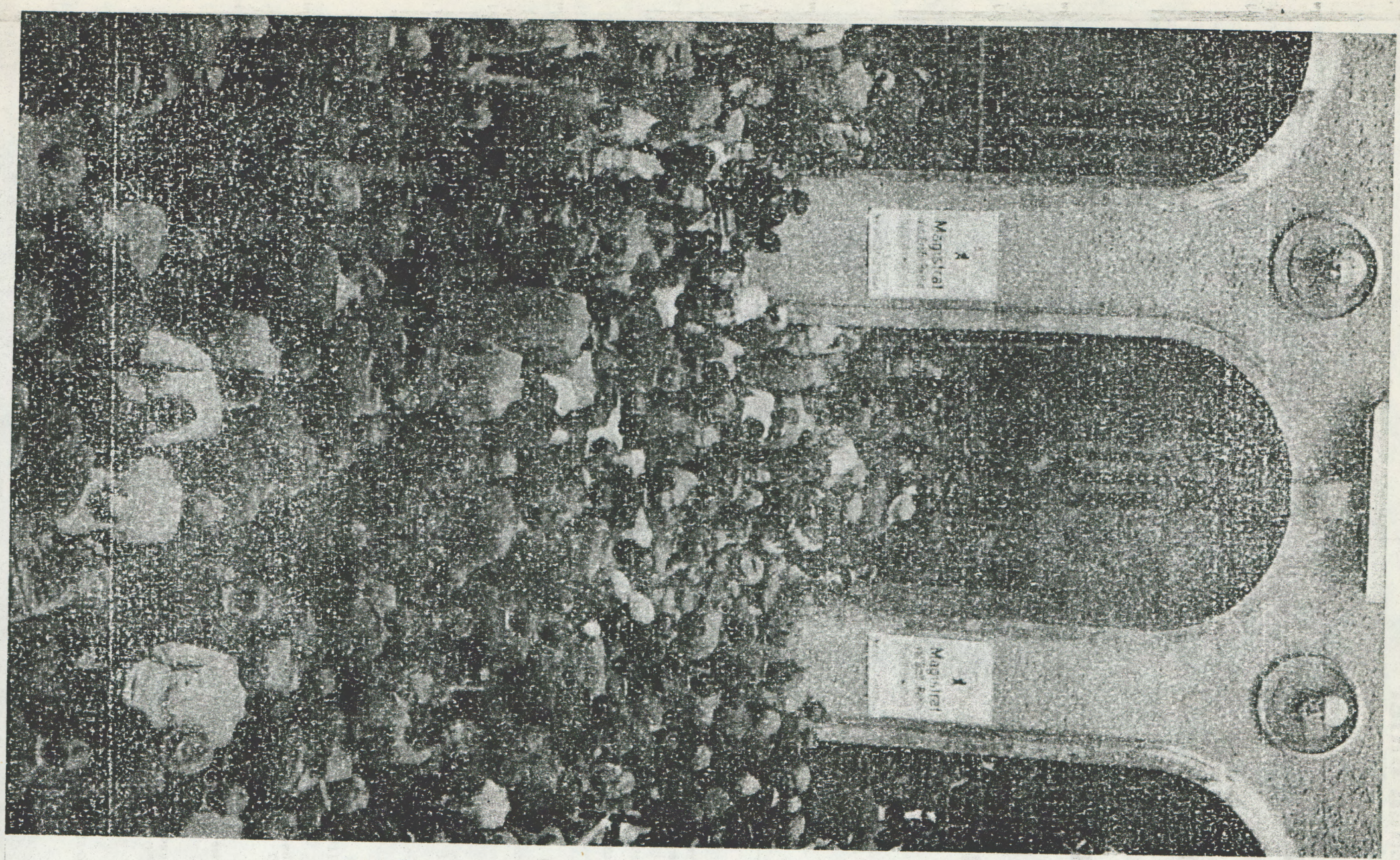
Nach dem ersten Weltkrieg hat die Mehrzahl von uns noch nic begriffen, daß und wie Kriege gemacht werden. Und weil wir es spät begriffen haben, darum hat sich alles wiederholt, noch furch barer, noch folgenschwerer.

---

usammen in der richtigen Front stehen und einer guten Sache dienen: Deutschland und dem Frieden!

Wir reichen Euch die Hand! Schlagt ein!

Wilhelm Adam, Dresden-Weißer Hirsch, Hainweg 5	ehemaliger Oberst und 1. Adjutant der 6. Armee jetzt: Minister der Finanzen in der Landesregierung Sachsen
Günter Aßmann, Dresden-A. 20, Liliensteinstr. 8	ehemaliger Oberst und Oberquartiermeister der deutschen Heeresmission in Rumänien jetzt: Politischer Geschäftsführer des Kreisverbandes Dresden der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Dr. Ernst-Julius Bergfeld, Stralsund, Knieperdamm 1	ehemaliges Mitglied der NSDAP jetzt: Rechtsanwalt und Notar
Theophil Beust, Eisenach, Dittenberger Str. 4	ehemaliger Schulungsleiter der NSDAP jetzt: Politischer Geschäftsführer des Kreisverbandes Mühlhausen der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Siegfried Dallmann, Berlin-Adlershof, Volkswohlstr. 118	ehemaliger Geschäftsführender Gaustudentenführer in Thüringen jetzt: Minister der Finanzen in der Landesregierung Brandenburg
Horst Dreßler-Andress, Berlin-Köpenick, Gehsener Str. 97	ehemaliger Präsident der Reichsrundfunkkammer jetzt: Mitarbeiter im Geschäftsführenden Hauptvorstand der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Otto Eismann, Jena, Neugasse 5	ehemaliger Hauptfeldwebel der Luftnachrichtenabteilung zbV 16 jetzt: Angestellter
Egbert von Frankenberg und Proschlitz, Erfurt, Bechsteinstraße 2	ehemaliger Major und Kommodore des Kampfgeschwaders 51 „Edelweiß" jetzt: Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Dr. Karl Geißler, Berlin NO 55, Greifswalder Str. 207	ehemaliger SA-Mann jetzt: Stadtrat beim Magistrat von Groß-Berlin
Dr. Horst Gössinger, Rudolstadt, Schillingstr. 7	ehemaliger Sozialstellenleiter in der Hitler-Jugend jetzt: Politischer Geschäftsführer d Kreisverbandes Rudolstadt der Nat nal-Demokratischen Partei Deutschlan
Franz Hahn, Cottbus, Hermann-Löns-Straße 10	ehemaliger Blockhelfer der NSDA jetzt: Bahnhofsvorsteher in Cottbus
Claus Werner Jacobs, Berlin NO 55, Carmen-Sylva-Str. 50	ehemaliger Hauptmann, 1. Generalstabsoffizier der Korpsgruppe Bork jetzt: Mitarbeiter im Geschäftsführenden Hauptvorstand der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Dr. Otto Korfes, Potsdam, Persiusstr. 7	ehemaliger Generalmajor und Kommandeur der 295. Infanterie-Division jetzt: Leiter des Zentralarchivs beim Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik
Arno von Lenski, Berlin-Wendenschloß, Ostendorfstraße 57	ehemaliger Generalmajor und Kommandeur der 24. Panzer-Divisi jetzt: Mitarbeiter im Geschäftsführenden Hauptvorstand der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Günther Ludwig, Schwerin, Sebastian-Bach-Str. 13	ehemaliger Oberst und Kommandeur des Panzer-Artillerie-Regiments 4 jetzt: Minister für Handel und Versorgung in der Landesregierung Mecklenburg
Dr. Richard Markert, Berlin-Pankow, Breite Str. 42a	ehemaliger Oberbürgermeister von Bremen jetzt: Magistratsdirektor von Groß-Berlin
Johannes Müller, Dresden-Weißer Hirsch, Sonnenleite 25	ehemaliger Abteilungsleiter in der DAF, Berlin jetzt: Abteilungsleiter im Landesvorstand Sachsen der National-Demokratischen Partei Deutschlands
Vincenz Müller, Berlin-Treptow, Am Treptower Park 1—2	ehemaliger Generalleutnant, zuletzt Führer des XII. Armeekorps jetzt: Stellvertretender Vorsitzender der National-Demokratischen Partei Deutschlands



26. August 1948: Arbeiter stürmen das Ostberliner Rathaus.

2. Der Boom

Zu Beginn der fünfziger Jahre war das Wirtschaftssystem auf allen wichtigen Ebenen des inneren Klassenwiderspruchs endgültig reorganisiert. Es war erstaunlich, mit welcher Flexibilität und Kaltschnäuzigkeit der Unternehmerstaat jetzt den lange vor dem Zusammenbruch des NS-Systems geplanten Kurswechsel auch in der internationalen Strategie vollzog und sich in die neue weltwirtschaftliche Dynamik mit all ihren begrenzten Kriegen und ihren begrenzten kontinentalen Wirtschaftsbündnissen integrierte. (79) Trotz dem war die "soziale Marktwirtschaft", jetzt fest im westlichen Bündnis eingekeilt, in vielen wesentlichen Aspekten der Klassenherrschaft kaum von der voraufgegangenen Periode zu unterscheiden. Die Modifikationen sind klar, etwa, wenn wir bedenken, daß das auf eine neue Expansion umschaltende Wirtschaftssystem mit dem Klassenantagonismus sehr viel differenzierter als vorher umgesprungen ist - und das, obwohl der Arbeiterreformismus zunächst einmal genauso ausgeschaltet blieb wie in der Zeit nach 1933. Wie war es möglich, daß ein um ein Drittel seines Potentials reduziertes Wirtschaftssystem zehn Jahre nach Kriegsschluß über eine politisch-ökonomische Macht verfügen konnte, die es ihm jetzt gestattete, die Träume von 1941 und 1941, die Träume von einer Vormachtstellung in einem Versailles endgültig über den Haufen werfenden und vereinigten europäischen Wirtschaftssystem, Wirklichkeit werden zu lassen? Und wie konnte es dazu kommen, obwohl sich das Unternehmerkommando wohlweislich davor hütete, die düsteren nazistischen Exzesse bei der Mehrwertstimulation zu wiederholen? Tatsächlich konnten viele, für die der NS-Planstaat nur eine Inkarnation von Sadismus und Barbarei gewesen war, die Kontinuität in allen wesentlichen Zusammenhängen der Klassenherrschaft, die sich da kundtat, nicht mehr begreifen. Zentrale Bedingung des Booms war die ungebrochene Handhabung eines gespaltenen Arbeitsmarktes. Bis zu Beginn der fünfziger Jahre waren 9 Millionen Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten jenseits der Elbe und jenseits von Oder und Neiße in den westdeutschen Separatstaat gekommen; sie wurden im Verlauf der fünfziger Jahre um weitere drei Millionen ergänzt. Von diesen 12 Millionen Flüchtlingen waren 7 Millionen Arbeiter. (80) Somit verfügte der westdeutsche Kapitalismus insgesamt über sieben Millionen, teilweise hochqualifizierte, zusätzliche Verkäufer von Arbeitskraft, die durch eine radikale Konfrontationspolitik des Adenauerregimes gegen Osteuropa und nicht zuletzt durch die mehr oder weniger offene Annexionspropaganda vor allem gegenüber der DDR (81) jahrelang von einer Integration in den allgemeinen und "freien" Arbeitsmarkt abgehalten werden konnten. Hierin liegt die materielle Basis für die gesamte Politik des Adenauerregimes; ihr ganzer Zynismus wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, daß der jahrelange Gebrauch der Flüchtlinge als besonders mobiler subproletarischer Teil des Gesamtarbeiters den Verlust der Zwangsarbeitssklaven der späten NS-Ära voll zu kompensieren vermochte. (82) Verglichen mit den Verhältnissen zwischen 1941/42 und 1945 war die systematische Spaltung des Arbeitsmarkts in den fünfziger Jahren sogar noch effektiver; diesmal handelte es sich um freiwillige Arbeitsemigranten, bei denen zumindest in den ersten Emigrationsjahren der Haß auf das sowjetisierte Wirtschaftssystem in Osteuropa mit all seinen kapitalistischen Rückständigkeiten (83) eine hinlängliche Arbeitsmoral zustandebrachte. Die sieben Millionen über den staatlichen Sektor des Arbeitsmarkts den wichtigsten Industriezweigen zugeteilten Flüchtlings-Proletarier sind zum Kristallisationspunkt für die Intensivierung der Ausbeutung über den Stand von 1943/44 hinaus geworden. Sie wurden jahrelang durch weitere subproletarische Randschichten, vor allem durch Frauen und sozial entwurzelte Jungarbeiter (84), ergänzt. Dies war der entscheidende Mechanismus, durch den die westdeutschen Unternehmer, gestützt auf die systematisch betriebene Spaltung Deutschlands und eine ultrakonservative innere Politik, die Fassade des Wirtschaftswunders errichten konnten.

Auch die Produktionsstruktur wurde in den fünfziger Jahren Schritt für Schritt an die optimalen Bedingungen des Potentials an Arbeitskräften angepaßt. Seit der brutalen Liquidierung der im NS-deficitspending gemachten Milliardenschulden gegenüber den Massen im Jahr 1948 (Währungsreform) (85) war ein ungeheuer modernisiertes Produktionssystem wieder angekurbelt worden. Die militärischen Auseinandersetzungen, die alliierten Flächenbombardements und die nachfolgenden Demontagen hatten zwar die materielle Basis für eine antagonistische Klassenidentität bei den Arbeitern zerstört, sie hatten aber die Maschinenaggregate des Kapitals so gut wie ungeschoren gelassen. Der westdeutsche Werkzeugmaschinenpark gehörte zu Beginn der fünfziger Jahre noch zu den modernsten der Welt. (86) Und die 1942 einsetz...

(79) Dazu zusammenfassend A. Piettre, L'économie allemande contemporaine 1945-1952, Paris o.J.; K. W. Roskamp, Capital Formation in West Germany, Detroit 1964; H. C. Wallich, Mainsprings of German Revival, New Haven 1955. Genauere Angaben über die wachstumsstimulierende Rolle des weiter gespaltenen Arbeitsmarkts macht Kindleberger, Europe's Postwar Growth. The Role of Labor Supply, Cambridge/Mass. 1967, S. 30 ff.

(80) Daß diese Propaganda tatsächlich bis tief in die fünfziger Jahre ernstgemeint war, kann heute von niemand mehr bestritten werden. Die Reintegration der DDR-Ökonomie in das westdeutsche Wirtschaftssystem war mutiös vorbereitet. Vgl. beispielsweise K. H. Roth, Der "Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", Planungszentrale für die Annexion der DDR, in: ders., Invasionsziel DDR, op. cit. S. 15 ff., vor allem die Dokumente S. 52 ff.

(81) Über die materiellen Grundlagen der damaligen Klassenspaltung hat J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 224 ff., einige wichtige Daten zusammengetragen. Kindleberger, op. cit. S. 30 ff., kommt zu demselben Ergebnis, wenn auch in einer anderen Terminologie.

(82) Über die Rückständigkeit beispielsweise des sowjetischen Wirtschaftssystems hat Rita di Leo in ihrem Buch "Die Arbeiter und das sowjetische System", Trikont-Verlag, München 1973, eine interessante Erklärungshypothese vorgelegt. Problematisch ist nur, daß die Autorin dabei von der Tatsache abstrahiert, daß die Nazi-Armee bis 1944 zwei Drittel der sowjetischen Wirtschaft zerstört hatte.

(84) Eine systematische Untersuchung über die subproletarischen Schichten der Arbeiterklasse in der BRD der fünfziger Jahre gibt es noch nicht. Dabei ist selbst die Statistik eindeutig: der Anteil der Frauen, die Akkordempfänger sind, ist insgesamt etwa doppelt so hoch wie bei den Männern (September 1949), die Bruttowochenverdienste schwanken pro Wirtschaftszweig zwischen 45 und maximal 76 Prozent bezogen auf die Männerverdienste. Vgl. Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 2, S. 40, H. 6. Bezüglich der Lage der Jugendlichen sei verwiesen auf: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend in Westdeutschland, Hrsg. Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin 1951. Auch die Gewerkschaften waren über die geringe Arbeitsmoral der Nachkriegsjugend beunruhigt und forderten integrationistische Abhilfe. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Hauptabt. Jugend: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Bd. I/II, Köln 1952.

(85) Über den genauen Mechanismus der Währungsumstellung vgl. V. Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik, in: Referat zum DGB-Kongreß in Frankfurt/M. 1954, Sonderdruck; A. Piettre, L'économie allemande contempo... op. cit., S. 205 ff.

de "totale Rationalisierung" hatte die Produktionsstruktur der deutschen Industrie endgültig in eine intensive Periode der Massenproduktion und der Mechanisierung hineingebracht. Das zahlte sich jetzt aus, wenn es auch zutrifft, daß die deutschen Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren kurzfristig von den neuesten Umwälzungen in Chemie, Elektrotechnik und Energiewirtschaft ausgeschlossen gewesen waren. Alles in allem waren die Bedingungen jedoch optimal, um auf der Basis des Investitionszyklus von 1942-1944 die massenhafte Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit fortzusetzen. Die Unternehmer absolvierten bis gegen Ende der fünfziger Jahre eine Periode der "Rationalisierung der Ausbeutung mit möglichst geringem Kapitalaufwand". Die Produktionsabläufe wurden weiter zerlegt, und zwar fast immer nach dem Prinzip, bei minimalem Investitionsaufwand den Sektor der mechanisierten Massenproduktion auszuweiten und gleichzeitig seitens des Gesamtarbeiters eine möglichst effektive "Leistungshergabe" zu erreichen. (87) Aufgrund der aktuellen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse schienen im Gegensatz zum letzten Reproduktionszyklus der NS-Ära die letzten Hemmnisse für eine Intensivierung der Arbeitsleistung wegzufallen. Der Maschinenpark wurde nur insoweit ergänzt, als es erforderlich schien, um mit griffesparenden Folgesteuerungen, selbstgängigen Vorschub- und Zustellbewegungen das Maschinentempo zu steigern; jedenfalls wurden technisch längst mögliche Eingriffe zur Homogenisierung der Produktionsketten (Kopierverfahren) nur selten ausgenutzt. Das Fließband, bislang weitgehend auf die Endmontage in Elektrotechnik und Autoindustrie beschränkt, erfuhr eine massive Ausweitung innerhalb der verschiedensten Industriezweige (z.B. Lebensmittelindustrie, Versandhauskonzerne etc.); noch typischer aber war, daß in den klassischen Fließbandindustrien selber ständig neue Abteilungen an die Hauptbänder der Endmontage angeschlossen wurden (Zylinderblockmontage in der Autoindustrie). (88) Alles in allem war die Produktionsentwicklung durch das Bestreben der Unternehmer gekennzeichnet, die in der Kriegswirtschaft stabilisierten Ansätze zur Untergliederung der Arbeitsoperationen zu konsolidieren und zu verbreitern. Unter diesen Bedingungen konnte die gespaltene Handhabung des Arbeitsmarkts zur Quelle einer intensiven Spaltung und Desorientierung des Gesamtarbeiters in allen wichtigen Sektoren werden.

Nicht weniger entscheidend war der systematische produktivitätsstimulierende Gebrauch des traditionellen Arbeiterreformismus gegen die Arbeiterklasse. Die politische Arbeiterbewegung befand sich in einer desolaten Situation. Ihre institutionelle Struktur, einzige Basis jener Strategie, die Arbeiterklasse durch eine starke Einheitsgewerkschaft in einen demokratischen Planstaat hineinzunehmen, war je nach dem Primat einer äußeren West- oder Ostorientierung aufgesplittert; sie hatte mit dem Einsetzen der Verfolgungsjagden gegen interne KPD-Kader jegliche Stoßkraft verloren. Sobald die Westalliierten den Unternehmern die Bestimmung über die Strategie der Mehrwertproduktion - selbstverständlich nur im Rahmen des festgeschriebenen internationalen wirtschaftspolitischen Kontexts - wieder überlassen hatten, gingen diese kompromißlos gegen die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterinstitutionen vor. Besonders leichtes Spiel hatten sie dabei mit jenem Flügel, der durch seine zynische Beteiligung an der Westlösung und der Spaltung Deutschlands jegliche Initiative verloren hatte, um die Massenbedürfnisse in sein Modell der wirtschaftsdemokratischen Entwicklung umzuleiten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie waren bis zu Beginn der fünfziger Jahre zu einem kolossalen Monstrum degeneriert, das sowohl gegenüber den Massen wie auch gegenüber dem sich abzeichnenden Boom - der große Unterschied zu 1918! - jegliche Existenzberechtigung verloren hatte. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als jeden Brosamen, der von den Tischen der wirtschaftlichen Expansion abfiel, dankbar anzunehmen und Wartestellung zu beziehen. Gegen Ende der Weltwirtschaftskrise war ihre wirtschaftspolitische Doktrin bis an das Niveau eines Keynes herangekommen, als sie sich entschlossen, sich der Reichswehrgeneralität und danach den Nazis als Garanten der Hereinnahme der Arbeiter in einen neuen Entwicklungszyklus anzudienen: Überwindung der Krise durch öffentliche Produktion, Stimulierung der Nachfrage durch Reallohnanstieg und nachträgliche Reorganisation der Profitabilität des privaten Kapitals durch Produktivitätssteigerung und Arbeitsintensivierung - das waren damals ihre Parolen. Davon waren die einheitsgewerkschaftlichen Tagträumereien von 1945 bis 1947 in nichts zu unterscheiden gewesen: da dabei von den Reformisten außer acht gelassen wurde, daß sie ihr politisches come back nicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse, sondern auf den Schultern der Antihitler-Armeen organisierten, war dem Hoffen auf eine gesamtdeutsch-plankapitalistische Rekonstruktion in einem wahren Staat der Arbeit ein rasches Ende beschieden gewesen. Die Konsequenz war einfach. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gaben sich mit dem zufrieden, womit sie den Unternehmern vorerst nützlich waren: mit der Teilnahme an der Stimulierung der Arbeitsproduktivität. (89) Bald war auch nur

(86) Vgl. dazu ausführlich R. Katzenstein, Zur Einwirkung des zweiten Weltkriegs auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dargestellt am Beispiel des Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland bzw. Westdeutschland, in: Konjunktur und Krise, 5. Jg. 1961, H. 2, S. 113 ff.

(87) Zur Rationalisierungsbewegung der frühen fünfziger Jahre vgl. vor allem ADB-REFA-AWF (Hrsg.), Rationalisierung - 100 Beispiele aus den Betrieben, München 1955; Bordag-Wettengel, Bürgerliche Legenden vom Wesen der kapitalistischen Rationalisierung in Westdeutschland, in: JWG, 1963, T. I, S. 61 ff.; L. Brandt, G. Frenz, Industrielle Rationalisierung, Dortmund 1953; R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967 (enthält trotz des abschreckenden Titels wichtige Informationen); C. A. Koss, Wege und Ziele deutscher Rationalisierung, Dortmund 1955.

(88) Zur Ausdifferenzierung des Fließbandsystems in der Autoindustrie vgl. die ausgezeichnete Studie von Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie: Die Entwicklung zur Automation, Basel-Tübingen 1959.

(89) Vgl. dazu: Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft. Entwurf einer gewerkschaftlichen Stellungnahme, Köln 1950; sowie die diversen Rechenschaftsberichte des RKW seit Anfang der fünfziger Jahre (abgedruckt in der RKW-Zeitschrift: Rationalisierung, München 1950 ff.), in denen konstant von einer außerordentlich "rationalisierungsfreundlichen" Haltung der westdeutschen Gewerkschaften die Rede ist.

die Erörterung des zentralen Bestandteils der "wirtschaftsdemokratischen" Integration der Arbeiter, des Reallohns, verpönt. Es gehörte offensichtlich zu den Intentionen des Marshallplans, daß im entstehenden westeuropäischen Bollwerk der US-Weltwirtschaft die Löhne weit unter dem US-amerikanischen (25 Prozent) und dem westeuropäischen Standard (15 bis 20 Prozent mit der größten Differenz gegenüber England) blieben. (90) Der westdeutsche Brosamen-Reformismus kalkulierte seither in diesen Dimensionen mit (91) - Dimensionen, die die übrigen herrschenden Klassen Westeuropas zehn Jahre nach ihrer Europäisierung durch die Nazi-Stiefel auf sehr viel reelliere Weise ins Schlepptau der Unternehmer des westdeutschen Rumpfstaats geraten ließen. (92) Daran wurde auch von den Nachfolgern der Böckler und Schumacher nicht mehr gerüttelt. Sie begannen, auf ihre Weise die ihnen von oben zudiktierte Rolle einer Nachfolge der Halb-Einheitsgewerkschaft DAF anzutreten: keine aktive Lohnpolitik, absolutes Tolerieren der Klassenspaltung und ihrer Voraussetzung in der Zirkulationssphäre, des gespaltenen Arbeitsmarkts, vorrangige Orientierung an der Effektivierung der Ausbeutung der Arbeiter, lediglich pro-"atlantische" Kompensation und Versachlichung der NS-Arbeitsideologie. (93) Im Jahr 1950 war das "Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft", die 1948 wiedergegründete Nachfolgeorganisation des "Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit" (94), zur westdeutschen "Produktivitätszentrale" der Marshallplanbehörden und der Produktivitätsorganisation OEEC der reorganisierten Weltwirtschaft weiterentwickelt worden. Der DGB und die großen Einzelgewerkschaften hatten sich daran anstandslos beteiligt, genauso, wie sie den Wiederaufbau der übrigen arbeitwissenschaftlichen Institutionen wie beispielsweise des REFA mitbetrieben hatten. (95) Mit Geldern der Bundesregierung und des Europäischen Wiederaufbau-Fonds wurden die gerade durch Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsdesaster dupierten unteren und mittleren Verwaltungskader der Gewerkschaften in Einheiten zur Stimulierung der Arbeitsleistung umgewandelt. (96) Die Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Ortsverwaltungsfunktionäre, die jährlich für die Teilnahme an der Arbeitsintensivierung geschult wurde, stieg bis 1956 auf immerhin 4000 an. (97) So blieb der Brosamen-Reformismus auch jetzt seiner großen historischen Linie treu, sich in ein Moment der unmittelbaren gesellschaftskapitalistischen Stimulierung des relativen Mehrwerts zu verwandeln, und das selbst dann, wenn die einkommenspolitische Integration der Arbeiter in die expandierende Kapitalbildung institutionell noch in weiter Ferne lag. Mit ungleich härteren Bandagen gingen die Unternehmer freilich gegen die KPD-Arbeiter vor. Hier gab es keine Möglichkeit, die ganze dahinterstehende Institution auf eine Wartestellung abzudrängen. Die KPD-Kader waren bis zuletzt - in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Strategie - für ein plankapitalistisches, von den Industriegewerkschaften mitgetragenes und außerhalb der Machtblöcke rekonstruiertes Gesamtdeutschland eingetreten; gerade der vereinheitlichte Arbeiterreformismus galt hier als entscheidende Neutralitätsgarantie. Wie wir schon andeuteten, hatte sich auch der KPD-Flügel der Arbeiterbewegung nach 1945 mit dieser Strategie zunächst konsequent vom professionellen Arbeitertypus abgewandt und seine Bereitschaft bekräftigt, den Restrukturierungsprozeß der Arbeitskraft als Grundbedingung für eine planstaatliche Konsolidierung anzuerkennen. Die Entwicklung der DDR lag denn auch ganz auf dieser Linie. (98) Aber hinsichtlich der Bundesrepublik widersprach dieses Programm den Intentionen des internationalen Kapitals; es ist klar, daß durch einen stabilisierten gesamtdeutschen Plankapitalismus mit neutralistischer Volksfronttendenz die Unterdrückung des proletarischen Kampfzyklus, wie er nach 1944/45 in ganz Europa ablief, außerordentlich erschwert worden wäre. Der KPD-Reformismus geriet notwendig in eine harte Konfrontationslinie mit der Unternehmeralternative: mit der "sozialen Marktwirtschaft", die für die Unternehmer die Fortsetzung der entscheidenden Neuerungen in der Wirtschaftspolitik der NS-Ära garantierte. Und das hatte wiederum zur Folge, daß sich konträr zur politischen Doktrin die traditionell-politischen Facharbeitergruppen erneut an der KPD zu orientieren begannen. Die Tragödie des deutschen Facharbeiters, in der NS-Ära durch 10 Millionen Arbeitsskalven gerade noch einmal verschleiert, lief erst in den fünfziger Jahren in ihrer ganzen Härte ab. Und so wie 1933 der lautlose Untergang des Millionenkolosses KPD nur einen Prozeß abschloß, der seine materielle Grundlage in der schrittweisen Eliminierung des professionellen Arbeiters aus den Produktionszentren hatte, so war auch in den fünfziger Jahren die KPD von jeglicher ernsthaften politischen Initiative entfernt. Erneut setzte eine Periode ein, wo die Facharbeiter Schritt für Schritt vor der kapitalistischen Initiative zurückwichen, die Zentren der rationalisierten Massenproduktion verließen, um in den technologisch rückständigsten Industriezweigen sowie in der Mittel- und Kleinindustrie den status quo zwischen Ausbeutungsrealität und berufsorientierter Arbeitsidentität wiederzugewinnen. Im Prozeß der Verbreiterung des Rationalisierungsbooms wurden sie dabei mehr denn je in die

(90) Dieses Ziel wurde seit der Währungsumstellung mit aller Härte verwirklicht: "Zwar war der Preisstop mit der Währungsreform aufgehoben, doch der Lohnstop sollte noch auf Monate durch die westalliierte Administration und den Frankfurter Wirtschaftsrat aufrechterhalten bleiben. Bei einem Preisauftrieb bis zu 20 % verschlechterte sich die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter." Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 92. Zur Entwicklung der Löhne vgl. J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 205 ff., 383 ff.

(91) Allerdings wurden sie wegen der bis etwa 1954 fortdauernden innergewerkschaftlichen Flügelkämpfe in dieser Zeit noch offen diskutiert. Zu diesem Komplex wären die wichtigsten Gewerkschaftszeitschriften: Der Gewerkschafter, Jg. 1952 ff.; Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1952 ff., heranzuziehen.

(92) Dieser Zustand war praktisch seit der offiziellen Sanktionierung der Marshallplan-Strategie durch die Gewerkschaften hergestellt und seither unverändert. In den meisten kritischen Gewerkschaftsanalysen wird dies konstatiert, jedoch fast nie auf den springenden Punkt - die aktive Beteiligung an der Effektivierung der Ausbeutungsraten mittels einer neuaufgelegten "Rationalisierungsbewegung" - bezogen.

(93) Hierbei waren bezeichnenderweise Autoren und Funktionäre wie Walther Pahl in der vordersten Linie, die sich schon immer an den stärksten Bataillonen, darunter auch der nazistischen "Regierung der nationalen Erhebung", orientiert und in den Gewerkschaftszeitschriften entsprechende Propaganda betrieben hatten. Vgl. W. Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschaftszeitung, Nr. 17 v. 29. 4. 1933, S. 259 ff. Pahl hat bis Anfang der fünfziger Jahre ungestört in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" und anderen Gewerkschaftszeitungen für die - wieder einmal - neue Gewerkschaftslinie schreiben können.

(94) Zur Neuentstehung des RKW vgl. dessen offizielle Selbstdarstellung: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22. Jg. 1971, H. 5, S. 148 ff.

(95) Die Gewerkschaften waren von Anfang an mit mehreren Arbeitsdirektoren in den Institutionen des RKW vertreten (vgl. dazu Anm. 94); siehe auch: Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 11. Jg. 1960, Nr. 13, S. 21.

(96) Darüber schreibt der damalige RKW-Hauptgeschäftsführer Heinz Lübeck im RKW-Bericht 1957/58 recht offenherzig: "Ein weiterer Beweis für die große Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfordernissen der Rationalisierung ist die positive Einstellung der maßgebenden Gewerkschaftskreise und die im Rahmen der Produktivitäts-Zuschußprogramme der Bundesregierung mit ausgezeichnetem Erfolg abgewickelten und noch in Gang befindlichen Ausbildungsprogramme der Gewerkschaften." Zit. nach: Rationalisierung, München 1958, II. 4., S. 99.

(97) Vgl.: Rationalisierung 1955/56. Rechenschaftsbericht des RKW, Frankfurt 1956, S. 43 ff.

Ecke gedrängt. Es ist bezeichnend, daß die Unternehmer gerade in jenen Industriezweigen, wo die KPD-Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren stärkere Positionen errungen hatten - in der Montanindustrie -, mit Hilfe des Staats und der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" einen Investitionszyklus durchsetzten, der den Reproduktionszyklus der übrigen Sektoren weit in den Schatten stellte. (99) Im Gegensatz zur metallverarbeitenden und Elektroindustrie war die Eliminierung des Facharbeiters im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie mit massiven technologischen Umwälzungen verbunden; Voraussetzung war die Einführung teilautomatisierter Fließprozesse und mechanisierter Abbauverfahren, um hier einen neuen, von der Maschinerie beherrschten und "entpolitisierten" Arbeitertypus durchzusetzen. (100) Und nur dieser Umwälzungsprozeß wurde durch eine selektiv bestimmte politische Repression ergänzt. Während die Klassenkonstellation allmählich ihre offen gewaltsamen Auseinandersetzungsmomente verlor, sorgte der restaurierte Unterdrückungsapparat des Unternehmerstaats dafür, daß die Umschichtung und Entprofessionalisierung der proletarischen Klassenzusammensetzung in der Montanindustrie durch zentralisierte schwarze Listen sowie durch FDJ- und KPD-Verbot massiv beschleunigt wurde. (101) So wurde die Tragödie des Facharbeiters zu einem Politikum, das die Strategie der "sozialen Marktwirtschaft" der fünfziger Jahre entscheidend bestimmte, ohne sie in ihren allgemeinen klassenpolitischen Zielen entscheidend zu modifizieren. Die Arbeiter befanden sich überall auf dem Rückzug, und da die Unternehmer keinen Anlaß sahen, einen neuen status quo vorzubereiten oder sich aufzwingen zu lassen, gingen sie überall dort, wo die Arbeiterdefensive Widerstandsformen artikulierte, mit überdurchschnittlicher Härte vor. Ein nüchternes Resümee der Klassenkonstellation der fünfziger Jahre macht klar: die oberflächlich so plump wirkende wirtschaftspolitische Strategie des Adenauerregimes war an Raffinesse nicht zu überbieten. Das Ergebnis war frappierend. Indem sie die internationale Nachkriegskonstellation optimal nutzten, verschafften sich die Unternehmer durch die Spaltung Deutschlands die Option auf einen jahrzehntelang gespaltenen deutschen Arbeitsmarkt à la 1941/42 bis 1944. Der Spaltungsmechanismus war derart effektiv, daß es gelang, im Rahmen einer international bestimmten Korrektur des nazistischen Va Banque die Ausbeutungsstrategie der voraufgegangenen Ära - planstaatliche Expansion ohne Hereinnahme der Klasse in die Entwicklung mittels des Reallohns - fortzusetzen. (102) Der Arbeiterreformismus wurde gleichzeitig für ein weiteres Jahrzehnt auf Wartepositionen abgedrängt und, soweit er die Ausbeutungsintensivierung zu sabotieren drohte, unterdrückt. Die mechanisierte Massenproduktion wurde weiter ausgeweitet, der Investitionszyklus jedoch nur in der Schwerindustrie gezielt als Instrument der Neuzusammensetzung der Klasse eingesetzt. Der Mechanismus der Neuzusammensetzung funktionierte relativ reibungslos. Die Millionenmassen von Flüchtlingsarbeitern lösten die ausländischen Arbeitssklaven der frühen vierziger Jahre ab; sie waren am ehesten bereit, die forcierte Arbeitsqual, den stagnierenden Reallohn und eine weitgehende Ausklammerung von den sozialpolitischen Segnungen des Planstaats kampflos zu ertragen, weil ihnen das System eine politische Alternative anbot - das roll back gegen Osteuropa -, die ihre doppelt erfahrene Deklassierung auf dem imperialistischen Lösungsweg rückgängig machen würde. Währenddessen setzten sich die Arbeiter des "freien" Arbeitsmarkts, die nach 1945 zunächst ebenfalls in alle Industriezweige zurückgekehrt waren - vor allem die Facharbeiter, die die 1939/40 neuerlich einsetzende Umwälzung der Produktionsverfahren nicht mehr miterlebt hatten; weil sie Wehrmachtssoldaten waren - aus den am weitesten durchrationalisierten Produktionszweigen ab. Dieser Desintegrationsprozeß ist wirtschaftspolitisch wie repressiv überall dort, wo er nicht zügig genug vonstatten ging, von den Unternehmern systematisch beschleunigt worden. Er führte zu einer tiefgreifenden Klassenspaltung, welche die Ausweitung der Defensivkämpfe der Facharbeiter beispielsweise in der Automobilindustrie oder auf den Werften, die unmittelbar gegen die Rationalisierung gerichtet waren, blockierte. (103) Für die Arbeiterinnen, die Jungarbeiter und die Flüchtlingsproletarier in der Massenproduktion, die allein dem System durch gezielte Kampfaktionen innerhalb der Entwicklung hätten gefährlich werden können, war die Arbeiterbewegung endgültig und für alle Zeiten diskreditiert: die Brosamen - Gewerkschaften und Sozialdemokraten -, weil sie sich anschickten, als reines Hilfsinstrument des Unternehmerkommandos zu reussieren; der KPD-Reformismus, weil sich dessen professionelle Basis den radikalisierten Ausbeutungsbedingungen in ständig neuen Fluchtbewegungen entzog, während die Flüchtlingsarbeiter, für die es vorerst kein Entrinnen von den Fließbändern gab, ihn gleichzeitig mit allen seinen propagierten Segnungen des alternativen Arbeiterstaats in der ostdeutschen Realität einer nicht weniger forcierten Ausbeutung der Klasse erlebt hatten. Die traditionelle Arbeiterbewegung war endgültig tot, und folgerichtig "entpolitisierten" sich die am meisten an den Boom geketteten Schichten der Arbeiterklasse.

(98) Das schloß allerdings nicht aus, daß auch die DDR-Arbeiterklasse erst einmal eine Phase der brutalen Imitation des sowjetischen Stachanovismus durchlaufen mußte, dessen DDR-Surrogat die sogenannte Adolf-Hennecke-Bewegung war. In der Karl Liebknecht-Grube bei Ölsnitz hatte der 45-jährige A. H. im Oktober 1948 387 % des Tagessolls an Steinkohle gefördert. Der FDGB der DDR versuchte danach, ein verschärftes Arbeitstempo im gesamten Bergbau durchzusetzen. Vgl. J. Klein, Vereint sind sie alles?, op. cit. S. 394, S. 396.

(99) Über die Bedeutung des "Investitionshilfegesetzes" von 1952 für die Montanindustrie vgl. Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, op. cit. S. 126 f., sowie über den Zusammenhang von Investitionsstimulierung und Reorganisation des Montankapitals H. Hennig, Entflechtung. Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, Bern 1952.

(100) Allerdings beschränkte sich in den Stahlwerken die Teilautomatisierung auf die Regichtungsvorgänge und die Teilsteuerung des Schmelzprozesses. In den Walzwerken wurden dagegen erstmals ganze Walzenstraßen mit einer Reihe nachgeschalteter Gerüste eingeführt, die so miteinander verbunden waren, daß am Ende der Walzstraße das fertige Produkt herauskam. Zu einzelnen Beispielen vgl. F. Pollock, Automation, neubearb. Aufl. Frankfurt 1964, S. 361 f.

(101) Zur Situation und zur Unterdrückung der KPD-Organisationen in der BRD wären vor allem heranzuziehen: Die KPD lebt und kämpft. Dokumente ... 1956-1962, Berlin 1963; Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin 1965; Freies Volk, Zentralorgan der KPD, Jg. 1949-1956, illegale Ausgabe 1956 ff.; R. Herrmann, Die Sondergerichte Westdeutschlands in Aktion, Berlin o.J.; Pfeiffer, Strickert, KDP-Prozeß, Bd. I-III, op. cit.; C. Mönklinghoff: Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP, in: Probleme des Klassenkampfs, 1972, Nr. 4. S. 113 ff.; Pfannenschwarz, Schneider, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, Berlin 1965; M. Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin 1963; M. Uhlemann, Der Anteil der westdeutschen Arbeiterjugendbewegung im Kampf gegen die Pariser Verträge und den Aufbau der aggressiven Bundeswehr (1954-1957), Habil. schrift Potsdam 1969; Unser Weg, Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, Hrsg. PV der KPD, 1951-1956; Vier Jahre KPD. Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Bonn o.J.

(104) Vgl. dazu die verschiedenen Aufsätze über die Problematik der neuen proletarischen Kampfformen in: Arbeit und Leistung. Zentralblatt für Arbeitswissenschaft und soziale Betriebspraxis, Frechen bei Köln, Jg. 1956 ff.; sowie Sozial-Archiv, Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung, Essen 1957 ff.

(105) Exemplarisch dafür ist eine Veröffentlichung des Deutschen Industrie-Instituts, in der sämtliche KPD-Betriebszeitungen registriert und analysiert wurden: Kommunistische Betriebszeitungen. Stand und Taktik der kommunistischen Betriebszeitungsarbeit und die rechtlichen Möglichkeiten ihrer Abwehr, Köln 1956.

Freilich brachten gerade sie in Keimform jene Kampfformen wieder hervor, mit denen sich eine neu strukturierte Klasse in den Zyklen von 1926-30, 1937-39 und 1942-44 gegen das modernisierte Unternehmerkommando zu konstituieren begonnen hatte. Während die defensiven Massenkämpfe seit Mitte der fünfziger Jahre vollends abflauten, nahmen die informellen Abteilungsaktionen gegen die Arbeit - Krankfeiern, alle möglichen Varianten des Absentismus, Angriffe auf die untere Betriebshierarchie - an Intensität zu. (104) Daraus entstanden allerdings nirgends relevante Ansätze von Arbeiterautonomie - das System der "sozialen Marktwirtschaft" zögerte nicht, auf diskrete Weise die ganze in der NS-Ära entwickelte Unterdrückungsstrategie gegen die erneut aufkommenden Kampfmethoden innerhalb des Entwicklungssprungs des Kapitals ins Feld zu führen.

Mit der Übernahme der westalliierten "Industriepolizei" im Jahr 1951 hatten die Unternehmer unter Beweis gestellt, daß sie es langfristig sehr wohl für nötig hielten, den ökonomisch-repressiven Zerstörungsprozeß des politischen Facharbeiters mit Maßnahmen gegen die aus den letzten Kampfzyklen bekannte "Arbeitsscheu" der Massenarbeiterschichten zu kombinieren. Gerade während der Stabilisierung der Ausbeutungsbeziehungen nach 1950/51 waren die Werkssicherheitsdienste der Konzerne reorganisiert und erweitert worden. Die Unternehmer hatten eine panische Angst davor, die professionellen KPD-Arbeiter könnten eines Tages ihren langen Marsch aus der Massenproduktion abbrechen und zu Kristallisationspunkten von Kämpfen innerhalb der wichtigsten Expansionsindustrien werden - eine Angst, die sich weitgehend als ungerechtfertigt erwies. Die KPD-Betriebszeitungen wurden sorgfältig registriert. (105) Auf das KPD-Verbot wurde nicht zuletzt deshalb hingearbeitet, weil die Unternehmer die freiwillige und oft genug repressiv erzwungene Mobilität der professionellen KPD-Basis lückenlos erfassen und nach den ihnen genehmen Kriterien bestimmen wollten. Die stabilsten Arbeiterkader der KPD in den norddeutschen Werft- und Hafenplätzen wurden nicht nur von den Werksicherheitsdiensten, sondern von den Geheimdiensten bis hin zur "Organisation Gehlen" unterwandert; verschiedene Sabotageaktionen gegen Kriegsschiffe hatten den Verdacht aufkommen lassen, hier könnte auf der Basis einer intakten organisatorischen Struktur eine avantgardistische Artikulation der aus der NS-Ära gut bekannten neuen Kampfformen des dequalifizierten Arbeitersklaven zustandekommen. (106) Beim rigorosen Vorgehen gegen die KPD-Arbeiter hat darüberhinaus der 1953/54 relativ breit einsetzende Wiederaufbau der Rüstungsindustrien eine wichtige Alibi-Rolle gespielt 1954 beschloß das Präsidium des "Bundesverbands der Deutschen Industrie" (BDI), die bisherigen zentralen Initiativen in Sachen Werkssicherheit besser zu koordinieren; das neu anstehende Problem der "Abwehrangelegenheiten" in der Rüstungsindustrie wurde dabei als willkommener Anlaß benutzt. Gegenüber den staatlichen Instanzen argumentierte der BDI damit, "daß eine Einschaltung staatlicher Stellen in Abwehrangelegenheiten der Betriebe, wie sie vor und während des vergangenen Krieges gehandhabt wurde, als erheblich störend empfunden werden" müsse. (107) Er habe deshalb am 11. März 1954 beschlossen, "daß 1. die Industrie den in Verbindung mit geheimzuhaltenden Fertigungen von den Auftraggebern geforderten Geheimschutz in den Betrieben in Eigenverantwortlichkeit übernimmt, 2. in die Durchführung dieser Aufgabe in der Mittelinstanz zweckmäßigerweise die Beratungsstelle für Betriebsschutz einzuschalten ist" (108). Mit dieser Beratungsstelle, der fortan der ehemalige Wehrmachtsmajor Berendsen, Prokurist im Klöckner-Konzern und CDU-Bundestagsabgeordneter (109), vorstand, war erstmals wieder ein Pool für die verschiedenen Sicherheitsaktivitäten der Wirtschaftsverbände geschaffen; die Informationsstelle der BDA, die seit 1953/54 einen "Industriewarndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit" herausgab, verfügte seither genauso wie die von allen Unternehmerverbänden getragene "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" und die "Abteilung Industrieschutz" des BDI in den "Abwehrbeauftragten" der Rüstungsunternehmen über zuverlässige Kommunikations- und Meldeposten. (110) Wie aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz" hervorgeht, wurde deren Geschäftsführung das Recht zugestanden, "zur Wahrung ihrer Aufgaben in den Ländern der Bundesrepublik Landesberatungsstellen am Sitz der einzelnen Länderregierungen einzurichten" (111). Nachdem bis 1956 die Zentralisierung der Arbeiterunterdrückung in der Fabrik unter reinem Unternehmerkommando abgeschlossen war, wurde im Bundeswirtschaftsministerium ein Sonderreferat "ZS" (Zentrale Sicherheit) zur Koordinierung der Werksicherheitsorganisation der Unternehmer mit den staatlichen Geheimdiensten aufgebaut. (112)

Daß sich das Kapital beim Vorgriff auf die Abwehr- und Geheimhaltungsorganisation der Rüstungsindustrie nur eines Kniffs bediente, um den Angriff gegen die Arbeiter in alleiniger Regie zu führen und etwaige planstaatliche Abschwächungstendenzen auszuschließen, geht aus einem kurz nach der Konstituierung von der BFB herausgebrachten "Ratgeber zur Durchführung vor-

(102) Vgl. dazu die einleitenden Bemerkungen im vorherigen Abschnitt.

(103) Vgl. dazu die Berichterstattung in der Zeitschrift "Arbeiterpolitik", Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik, Jg. 1951 ff.; sowie Proletarische Front (Hrsg.), Rationalisierung und Massenarbeiter, Trikont-Verlag, München 1973.

(106) Vgl. dazu die Andeutungen bei Zolling, Höhne, Pullach intern, op. cit. S. 154 ff., S. 221, wo die Aktionen dem DDR-Geheimdienst unter Wollweber zugesprochen werden.

(107) Rundschreiben des BDI v. 20.3.1956, streng vertraulich, Az.: Rü I/14/56/sv., zit. nach: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des DGB, Nr. 1, 1957, S. 3.

(108) Ebd. S. 3.

(109) Berendsen machte Ende der fünfziger Jahre noch einmal bei der Bundeswehr Karriere: 1959 wurde er zeitweilig aktiver Bundeswehroffizier. "Als Brigadegeneral und zuletzt Generalmajor war er bis zum März 1964 stellvertretender Kommandeur der 2. Panzergrenadierdivision und Stellvertreter des Chefs des Stabes für Logistik bei der NATO-Armeegruppe Mitte. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr zog Berendsen 1965 wieder als CDU-Abgeordneter in den Bundestag ein, wo er die Interessen des Klöckner-Konzerns wahrnimmt." (A. Charisius, J. Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1969, S. 272). Berendsen übte dann noch einmal sein altes Metier aus, indem er in die "GSW" überwechselte.

(110) Allerdings sind diese "Abwehrbeauftragten" erst gegen Ende der sechziger Jahre zu den entscheidenden Säulen des kapitalistischen Arbeiterbekämpfungssystems geworden. Dazu noch weiter unten.

(111) Vgl. Auszug aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz", in: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5, § 13; "Landesberatungsstellen".

(112) Mitteilung eines höheren Angestellten der Rüstungsindustrie an d. Verf. Diese Information wird durch das geheime BDI-Rundschreiben vom 20.3.1956 bestätigt (vgl. Anm. 107), wo es u.a. heißt: "In der Zwischenzeit ist die Frage der Federführung auf dem Gebiet des Geheimschutzes in der Wirtschaft dahingehend gelöst worden, daß sie dem Bundeswirtschaftsministerium übertragen worden ist. Wir begrüßen diese Lösung, da vom Bundeswirtschaftsministerium als der in wirtschaftlichen Belangen fachkundigen Behörde auch in den Fragen des Geheimschutzes eine verständnisvolle Behandlung zu erwarten sein wird. Das Bundeswirtschaftsministerium ist im Einvernehmen mit den anderen Behörden mit einer Einschaltung der Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) (...) einverstanden." (Ebd. S. 9).

(113) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft, auszugsweise abgedruckt in: Feinde der Demokratie, op. cit., S. 6.

sorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft" hervor. Das Dokument belegt, daß die Unternehmer eine Homogenisierung des politischen Verhaltens der KPD-Kader mit den neuen Kampfformen der Arbeiter in der Massenproduktion befürchteten, daß ihnen also der Mechanismus der Klassenspaltung trotz aller Anfangserfolge noch lange nicht sicher genug erschien. Zunächst einmal wurde die Notwendigkeit betont, die Tätigkeit der BFB keinesfalls nur auf das Alibi Rüstungsproduktion, sondern "auf sämtliche gefährdet erscheinenden Betriebe der Privatwirtschaft im Bundesgebiet" (113) zu richten: dabei rangierten Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie chemische Industrie an der Spitze der Prioritätsliste, also genau jene Zweige, in denen eine Verbindung der professionellen Defensivaktionen mit den neuen antagonistischen Kampfformen am ehesten zu befürchten war. Gerade hier kämen immer wieder Sabotageakte vor:

"1. Einzelfälle aus Gründen der persönlichen Verärgerung, denen keine besondere politische Bedeutung beizumessen ist, 2. Vorsätzliche Beschädigung aus weltanschaulicher Haltung, 3. Vorsätzliche Beschädigung, die von außen gelenkt wird." (114) Hier wurde also die Motivationsstruktur der Arbeiter für Attacken gegen die Arbeitsorganisation verwischt; gegen jede Art von Aufsässigkeit war gleichermaßen vorzugehen, hinsichtlich der Klassenzusammensetzung gab es keine Differenzierung. Den Unternehmern erschien in dieser Zeit der aufkommende neue Arbeiterradikalismus wieder einmal "kommunistisch" gesteuert, womit die Sache für sie zunächst erledigt war: "Die sich immer mehr steigernde kommunistische Parteitätigkeit, insbesondere die Schwerpunktverlagerung der Parteiarbeit in die Betriebe der Privatwirtschaft, wie sie in der Bildung von Angriffs-Büros, Sabotage-Trupps und Aktivtruppen in Erscheinung tritt, läßt es erforderlich erscheinen, daß die bedrohten Betriebe zur Unterstützung der mit den Abwehrmaßnahmen beauftragten Behörden selbst mit in die Bekämpfung der kommunistischen Bestrebungen eingreifen. Zu diesem Zweck ist die Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) geschaffen worden." (115) Für jeden, der die wirkliche politische Struktur der KPD-Kader kennt, wirken diese Sätze wie eine ideologische Verteufelung; es ist bekannt, daß sich gerade die kommunistischen Kader wegen ihres Arbeitsstolzes und ihrer hohen Arbeitsmoral bei vielen Unternehmern großer Beliebtheit erfreuten - und daß diese Kader nach der Illegalisierung der Partei in vielen mittleren - und technologisch auf professionelle Arbeiter angewiesenen - Unternehmen auf der Basis richtiger gentleman-agreements untergekommen sind. (116) Und doch hat es seit Mitte der fünfziger Jahre Arbeitergruppen gegeben, die nach dem totalen Bankrott des traditionellen Reformismus in der Tat zu subversiven "Aktivtruppen" wurden. Nur hatte das alles mit dem Angriff auf den politisch-professionellen Hauptfeind nichts mehr zu tun; hier entwickelte sich ein neuer Zyklus der proletarischen Widerstandsgeschichte. Offensichtlich haben dies auch die Akteure und Agenten der BFB nach einiger Zeit begriffen, nachdem sie ihr Informationsnetz in den industriellen Ballungszentren verankert und die Werkssicherheitsdienste der Unternehmen, die Verbände des Technischen Hilfswerks, die Gewerbeaufsichtsbehörden, die Berufsgenossenschaften und die regionalen Geheimpolizeien kurzgeschlossen hatten. Ihnen schien allmählich klar zu werden, daß der Strauß mit der defensiven professionellen Arbeiterbewegung endgültig ausgefochten, aber bei den subproletarischen Pariaschichten der Fließbandsektoren und Montageabteilungen der stoffumwandelnden und stoffverformenden Industrien ein neuer antagonistischer Kristallisationspunkt im Entstehen war. Jedenfalls wurden in einer von der BFB später veröffentlichten "Sonderanweisung" zur Sabotagebekämpfung wortwörtlich die Begriffsbestimmungen aus der Anweisung von 1940 übernommen. Ein exakter Katalog jener Kampfformen, mittels welcher sich die "asozialen" Massenarbeiter der verschärften Arbeitsqual zu entziehen suchen, wird hier unter dem Begriff "Sabotage" zusammengefaßt:

"Hierzu gehören absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik, d.h. zu einem nicht von der befugten Organisation beschlossenen Streik usw." (117)

Lediglich der Begriff "Gefolgschaft" war durch "Belegschaft" ersetzt und damit den Zeitläuften etwas angepaßt. Sonst hatte sich nichts geändert - die Akteure der betrieblichen Repression sind gezwungen, Definitionen, die seinerzeit den ausländischen Zwangsarbeitern galten, auf die deutsche Pariaschicht der Klasse, die Frauen, Jungarbeiter und Flüchtlinge, innerhalb der Zentren der Ausbeutung anzuwenden. Inwieweit war diese Anweisung nur "vorsorglich", und inwieweit reflektierte sie eine Entwicklung, die seit Mitte der fünfziger Jahre schon eine verschwiegene Massenbasis hatte? Resultierte

(114) Ebd. S. 7.
(115) Ebd. S. 6.
(116) So berichtet ein alter Hamburger KPD-Arbeiter, daß vom Werftindustriellen Schlecker Ende der fünfziger Jahre kommunistische Arbeiter "wegen ihrer guten Leistungen" bevorzugt eingestellt worden seien. Vgl. Proletarische Front, Archiv, Protokolle von Arbeiterbefragungen der Werftindustrie.
(117) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen (...), op. cit. S. 7 f.; vgl. Dokumentarischer Anhang, VI.
(118) Vgl.: Feinde der Demokratie, ebd. S. 9.

sie vielleicht nur aus der Bequemlichkeit der Filialleitungen des unternehmenseigenen Sicherheitsdienstes, in denen nachweislich die alten Experten der militärischen Abwehr und der Ausländerabteilung des Reichssicherheits-Hauptamts wieder Fuß gefaßt (118), die also einfach ihre alten Dienstanweisungen abgeschrieben hatten?

Solange wir nur über die reformistischen Interpretationen des Arbeiterkampfs und über einige wenige Arbeiterbefragungen und Streikanalysen aus dieser Zeit verfügen, kann diese Frage nur anhand des Materials der Unternehmerseite beantwortet werden. Hierzu mögen vor allem ein knappes Dutzend - rechtschäbiger, aber informativer - juristischer Dissertationen, einige interne Unterlagen von Unternehmerseite und eine systematische Zeitungsauswertung über das Problem der sogenannten Betriebskriminalität dienen. Aus ihnen geht zunächst einmal hervor, daß seit 1950/51 in praktisch allen Großbetrieben der westdeutschen Industrie Werkschutzeinrichtungen mit enormem finanziellem Aufwand weiterentwickelt und über die "Abwehrbeauftragten" - meistens Spitzenmanager der Personalabteilung - an die "Beratungsstelle für Betriebsschutz" angeschlossen wurden. Sie erreichten von einer Betriebsgröße ab 500 Beschäftigten durchschnittlich ein Prozent der gesamten Belegschaftsstärke. Auf einer Jahrestagung der westdeutschen Polizeipräsidenten wurde darauf hingewiesen, daß es für den staatlichen Polizeiapparat gute Gründe gebe, sich voll mit einem derart potenten Werkschutz zu arrangieren: "er leidet teilweise nicht unter dem gleichen Personalmangel wie die staatliche Polizei; er ist auch oft in materiell-technischer Hinsicht besser ausgestattet." (119) Die Angaben, die der Referent über den Aufbau eines typischen Werkschutzapparats machte, werden durch die Daten in den erwähnten Dissertationen (120) voll bestätigt: "So ist beispielsweise in einem Großbetrieb der chemischen Industrie im Rheinland mit 36 000 Belegschaftsangehörigen folgende Werkschutzorganisation anzutreffen: Insgesamt umfaßt der Werkschutz, der einem Abteilungsleiter untersteht, rund 200 Personen. In der allgemeinen Verwaltung wird etwa ein Dutzend Kräfte beschäftigt. Es bestehen zwei Hauptabteilungen: Ordnungsdienst - ihm gehören 75 Prozent des Werkschutzpersonals an - und Ermittlungsdienst. Der Ordnungsdienst umfaßt fünf Unterabteilungen: Pförtnerdienst, Streifendienst, Verkehrsüberwachungsdienst, Werkslotsen und Waagenwärterdienst sowie Parkplatzwächterdienst. Der Ermittlungsdienst gliedert sich ebenfalls in fünf Unterabteilungen für allgemeine Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Jugend- und Frauenkriminalität, Ausweis- und Passierscheinerteilung, Wareneingangs- und -ausgangskontrolle. Nach ähnlichem Schema ist auch der Werkschutz zahlreicher anderer Großbetriebe aufgebaut." (121) Immer wieder wird auf die ungebrochenen nazistischen Traditionen der Werkschutzeinheiten hingewiesen. Die Dienstreglements stammen teilweise wörtlich aus der Zeit um 1933/34. (122) Die Ausrüstung mit Faustfeuerwaffen gilt als selbstverständlich. (123) Frappierend war - und ist -, mit welcher Unverfrorenheit die Prioritäten bei der Bekämpfung der Arbeiter gesetzt wurden. Die Identifikation politisch aktiver Gruppen, werksinterner Agitatoren, Flugblattverteiler usw. stand auch während der fünfziger Jahre in der Rangliste ganz oben; dafür hatten die Ermittlungsdienste zusammen mit einem ihm zugeordneten geheimen V-Leute-Netz zu sorgen (124), und die sofortige Entlassung der ertappten "politischen Kriminellen" war oberstes Gebot. Dasselbe galt auch für alle tätlichen Angriffe der Arbeiter gegen die untere Hierarchie sowie für alle Angriffe gegen die Arbeitsorganisation, deren tendenzieller Massencharakter so systematisch unter Kontrolle gehalten werden sollte. (125) Auch gegenüber solchen Arbeitern, die für ihre abwesenden Genossen die Stempelkarten bedienten oder an den Kontrollinstrumenten, Arbeitszeitschreibern usw. drehten, gab es grundsätzlich keinen Pardon. (126) Das Bestreben war deutlich, aus der seit Mitte der fünfziger Jahre enorm ansteigenden Insubordination gegen die Ausbeutungsbedingungen all jene Fälle, die in sich den Keim zu Abteilungsrevolten gegen die Arbeitsorganisation trugen, von der alltäglichen "kleinen" Betriebskriminalität auszugrenzen.

Wir werden am Ende dieser Arbeit das System betrieblicher Repression darstellen, so wie es der Arbeiter tagtäglich unmittelbar erlebt. Deshalb mögen hier diese wenigen Hinweise genügen, um zu zeigen, wie weit schon in den fünfziger Jahren die Organisation der kapitalistischen Werkssicherheit gediehen war. Es war schon damals derart perfekt, daß es allein durch seine Existenz die intensiven Bemühungen der Unternehmer, durch "human relations", Werkszeitungen und nicht zuletzt durch einen im Gegensatz zur KdF-Ära durchaus auch materiell abgesicherten Klimbim betrieblicher Sozialleistungen und Sozialpartnerschaft ein qualitativ neues "Kruppianertum" zu fördern (127), zur Fiktion erstarren ließ.

Was wurde aber mit jener "kleinen" Betriebskriminalität, die der Werkschutz unentwegt zutage förderte, mit den Arbeitern, die sich ein Werkstück oder ein Stück Buntmetall organisierten, um ihren Lohn aufzubessern, die zu oft krankfeierten, die ihren Urlaub auf eigene Faust verlängerten, und die über-

(119) C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, op. cit. S. 50.
(120) Vgl. dazu (Auswahl) G. Beyer, Die Kriminalität in Betrieben der Schwerindustrie 1954 bis 1960, Diss. jur. Bonn 1963; D. Goos, Die Kriminalität in Betrieben der Elektroindustrie (in den Jahren 1955-1960). Diss. jur. Bonn 1963; D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, Diss. jur. Hamburg 1965; J. Schmitz, Die Kriminalität in Betrieben der eisenschaffenden Industrie (in den Jahren 1951-1957), Diss. jur. Bonn 1959; N. Servatius, Ursachen und Bekämpfung der Kriminalität in einem Industriebetrieb, Diss. jur. Hamburg 1964.
(121) Amelunxen, op. cit. S. 14 f.
(122) Dargestellt für die Werftindustrie bei D. Lisiecki, op. cit. S. 179.
(123) Auf ihre Existenz wird in allen erwähnten Dissertationen hingewiesen.
(124) Die "Vertrauenspersonen" als verlängerter Spitzelarm des Werkschutzes werden in vielen Arbeiten oder Darstellungen über den Werkschutz erwähnt. Sie sind meistens dem "Ermittlungsdienst" zugeordnet. Darüber heißt es beispielsweise in einem weit verbreiteten "Betriebsleiter-Handbuch": "Der Abwehrdienst muß über genaueste Kenntnisse des Personals (einschließlich der familiären Verhältnisse), zuverlässige Vertrauensleute und einen über das Werk hinausreichenden Ermittlungs- und Beobachtungsdienst verfügen. Seine Arbeit soll unbeachtet bleiben. Am besten ist es, wenn niemand im Werk weiß, wer im Abwehrdienst und für den Abwehrdienst tätig ist. Vollzugsaufgaben sind nicht Sache des Abwehrdienstes. Hier ist der Ordnungs- und Ermittlungsdienst zuständig." Betriebsleiter-Handbuch, Verlag Moderne Industrie, München 1963, S. 820.
(125) Über gewaltsame Angriffe seitens der Arbeiter gegen Betriebshierarchie und Werkschutz vgl. D. Beyer, op. cit. S. 90, 109 f., N. Servatius, op. cit. S. 17; es gibt viele weitere Beispiele in der in Anm. 120 aufgeführten Literatur.
(126) Dazu Einzelheiten bei D. Goos, op. cit., und J. Schmitz, op. cit. S. 23 ff.
(127) Eine ausgezeichnete Studie zum Verhältnis von Unternehmer-Werkszeitungen und "human relations" stammt von Kauders, Westdeutsche Werkszeitungen und ihre Rolle als Instrument zur Verbreitung der "human relations" in den Monopolbetrieben nach 1945, in: JWG, 1960 T. II, Berlin 1961, S. 9 ff.

haupt die Arbeit satt hatten, gemacht? Gegen sie wurden exakt die in der NS-Ära entwickelten Methoden, abzüglich natürlich der "Vernichtung durch Arbeit" in den Arbeitserziehungslagern und der Gestapo-Keller, angewandt. Legitimiert wurden sie durch die "Arbeitsordnungen", die genauso wie die Werkschutzreglements, um einige Passagen des Betriebsverfassungsgesetzes angereichert, in vielen Fällen aus der NS-Ära stammen. Die "kleine Betriebskriminalität" wurde, einmal aufgedeckt, vom Werkschutz als quasi staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsbehörde vor die "Betriebsgerichte" gebracht. In praktisch allen Großunternehmen wurde die anno 1934 im "Gesetz über die Ordnung der nationalen Arbeit" legalisierte Betriebsjustiz wieder eingeführt. (128) Die personelle Zusammensetzung hatte freilich gewechselt: dem "Gericht", dem im Fall der Montanmitbestimmung meist der Arbeitsdirektor vorsitzt, gehören paritätisch Mitglieder der Unternehmensleitung und des Betriebsrats an. Ihre Funktion war, die überhandnehmende "kleine Betriebskriminalität" des neuen, entprofessionalisierten Arbeitertyps betriebsintern zu ahnden, dessen "asoziale Grundströmung" in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wieder derart anwuchs, daß bei einer grundsätzlichen Einschaltung des staatlichen Justizapparats die Werkshallen ziemlich bald leer gewesen wären. (129) Hier konnten denn auch die auf allen gesellschaftlichen Ebenen abgehalfterten Gewerkschaften bei der Strafzumessung - von der Verwarnung über die Geldbuße bis zur fristlosen Entlassung - (130) wieder zum Zuge kommen. Im Hüttenwerk Oberhausen (Hoag) beispielsweise war das Werksgericht vor allem durch die Initiative des ersten westdeutschen gewerkschaftlichen Arbeitsdirektor, Strohmenger, eingerichtet worden. Das war, Strohmenger zufolge, notwendig geworden, weil die durch die Mechanisierung des Produktionsflusses ihrer traditionellen Antreiberautorität entkleideten Werkmeister und -Obermeister mit den "Verfehlungen" des neuen Arbeitertyps nicht mehr fertig werden konnten. Seither arbeiteten unter "Strohmengers Vorsitz (...) im Oberhausener Disziplinarausschuß sechs Vertreter der Werksleitung und des Betriebsrats Hand in Hand. Ein Sachbearbeiter der Personalabteilung vertritt nach dem Muster ordentlicher Gerichte die Anklage, während Betriebsratsvorsitzender Heinrich ('Hein') Verhoeven, 51, und zwei weitere Betriebsräte die Angeklagten verteidigen." (131) Wie diese Verteidigung aussah, daß sie sich ebenfalls als Teil im großen Räderwerk der Arbeiterdisziplinierung begriff, daraus machte der Betriebsratsvorsitzende kein Geheimnis: "Der Betriebsrat sieht die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses ein. Wir wollen im Werk nur anständige, pflichtbewußte und fleißige Kollegen beschäftigen. Für faule Köppe ist auch der Betriebsrat nicht zu haben." (132) In diesen zynischen Sätzen deutet sich erstmals die große spätere kapitalistisch-gewerkschaftliche Einheitsfront gegen den Massenarbeiter an. Sie beschränkte sich zunächst auf die rein betriebliche Ebene; die Institution der Betriebsjustiz war bis Ende der fünfziger Jahre auf praktisch alle westdeutschen Großbetriebe ausgeweitet. Aber sie war immerhin schon akzentuiert genug, um die allmähliche Schwerpunktverlagerung im kapitalistischen Gegenangriff gegen die Arbeiter ahnen zu lassen. Der Zusammenbruch des gespaltenen Arbeitsmarkts, die zunehmende soziale Integration eines Teils der repetitiven Bandarbeiter, der osteuropäischen Flüchtlinge, war nicht mehr aufzuhalten. Von der Arbeiterseite her schien der Boom gegen Ende der fünziger Jahre seine Grenze erreicht zu haben. Schon lange dachten die Kapitalisten wieder an eine Verbreiterung ihrer innerbetrieblichen Unterdrückungsbasis. Die Zeit schien reif, um die seit 1952/53 in Expertenkreisen geführten Diskussionen über eine Erweiterung des Werkschutzes und über die Einbeziehung der gesamten unteren Betriebshierarchie in das Werkssicherheitssystem aufzugreifen. Allenthalben holten die einschlägigen Experten ihre Erfahrungsbericht über das Zusammenspiel von "Werkschutz" und "erweitertem Werkschutz" bzw. "Werkluftschutz" aus den Schubladen hervor. (133)

(128) Vgl. dazu: Proletarische Front, Archiv, 2.4.3. - Betriebsgerichte, Betriebsstrafen usw.; sowie W. Harbeck, Probleme der Betriebsgerichtsbarkeit, Hamburg 1969; Herschel, Betriebsjustiz. Ihre Voraussetzungen und Grenzen, Köln-Berlin-Bonn-München 1967.

(129) So die offizielle Begründung von Unternehmerseite, mit der im allgemeinen die Institution des "Betriebsgerichts" begründet wird!

(130) Über die "Strafmaße" vgl. Harbeck, op. cit. S. 76 ff.; Herschel, op. cit. S. 56 ff.

(131) Zit. nach: Betriebsjustiz - Das Werksgericht, in: Der Spiegel, 1959, H. 1, S. 24.

(132) Ebd.

(133) Vgl. beispielsweise: Erfahrungen im Werkluftschutz. 1. Wie es war und wie es sein soll, in: Ziviler Luftschutz, 1953, H. 6, S. 131 ff.; 4. Folgerungen für den Aufbau eines Industrie-Luftschutzes, ebd. H. 12, S. 286 ff.; II. Kreis, Erfahrungen im Werkluftschutz, ebd. Jg. 1953, H. 1, S. 8 ff.; H. 2, S. 35 ff.; H. 3, S. 67 ff.; H. 4, S. 87 ff.; H. 5, S. 112 ff.; ders., Eingreifreserven für den Werkluftschutz? ebd. Jg. 1954, H. 10, S. 231 ff.; W. Meentsen-Bohlken (Admiral a.D.), Grundfragen über die Durchführung eines Industrieluftschutzes, ebd. Jg. 1954, H. 11, S. 255 ff.; H.J. Hütten (Polizeioberstleutnant i.R.), Erfahrungen im Werkluftschutz. Der Werkluftschutzplan, ebd. Jg. 1956, H. 5, S. 154 ff.; Schmidle (Major der Schutzpolizei a.D.), Werkluftschutz aus der Schau der Dienststelle eines Befehlshabers der Ordnungspolizei, ebd. Jg. 1957, H. 11, S. 286 ff.

Wir sind Deutsche
und Kein
Kolonial-Volk
Grosschieber sind
Mörder
ihnen die Todesstra
Jugend
im Kampf
unser
voraus
für
Recht

SIE WEICHEN SCHWEIGEND DER GEWALT. Die Arbeiter der zur Demontage bestimmten „Essener Steinkohlenwerke, chemische Werke" in Bergkamen im Ruhrgebiet blockierten die Zufahrtsstraßen zu ihrem Werk mit Fahrzeugen, um den Demontagetrupps den Eintritt zu verwehren. Darauf besetzten am 13. Juni 1949 belgische Truppen — das Werk liegt in der belgischen Besatzungszone — mit Panzerwagen und Maschinengewehren das Werk. Die Arbeiter zogen sich beim Einrücken der 1900 Mann starken Einheit widerstandslos zurück. *(Bild unten)*

1945: Amerikaner durchsuchen Deutsche nach Waffen in Krefeld

3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den 60er Jahren

Dessen ungeachtet sollte sich die wirtschaftliche Expansion vorerst weiter beschleunigen. Der zweite große Investitionszyklus der Nachkriegsära, Ende der fünfziger Jahre mit voller Wucht einsetzend, hatte eine radikal veränderte Ausgangsbasis. So komplex dieser Mechanismus bei oberflächlicher Analyse wirken mag, so eindeutig ist trotzdem sein zentraler Ausgangspunkt. Er bestand in dem Versuch, durch die Forcierung der bislang auf die Montanindustrie beschränkten wirtschaftspolitisch-europäischen Blockbildung - natürlich innerhalb der atlantischen Grenzen von Bretton Woods - den Zusammenhang von gespaltenem Arbeitsmarkt und Spaltung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß um praktisch jeden Preis aufrechtzuerhalten.
In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren sich die meisten Kapitalisten klar geworden, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, wann die auf der Spaltung Deutschlands begründete Handhabung eines staatlich gelenkten Markts an Flüchtlingsarbeitern gegen den Markt der "freien" Arbeiterklasse ihre Funktion vollends verlieren würde. Es war schon lange nicht mehr möglich, die ostdeutschen und osteuropäischen Emigranten konfliktlos zu getthoisieren, an die schlechtesten und monotonsten Arbeitsplätze zu stekken und unter dem durchschnittlichen Reproduktionsniveau zu halten. Die Flüchtlinge, die anfänglich ohne Zweifel sich durch die Hoffnung auf das große roll back hatten hinlänglich disziplinieren lassen, hatten längst begonnen, sich in den westdeutschen Arbeiteralltag zu integrieren - für den Unternehmerstaat ein durchaus alarmierendes Ereignis. Gerade weil sie mit dem traditionellen Arbeiterreformismus nichts mehr verband, revoltierten sie gegen Arbeitsplätze und Arbeitsrhythmen, die von der Durchschnittsarbeitskraft zwar ein paar Jahre ertragen, aber keinesfalls als jahrzehntelange Existenzbedingung hingenommen werden können. Vor allem die Flüchtlingsarbeiter unterminierten gegen Ende der fünfziger Jahre die Sozialleistungspolitik der Konzerne auf geradezu spektakuläre Weise, indem sie deren reallohnsteigernde Effekte jetzt auch für sich reklamierten; sie waren die erste Schicht der Klasse, die sich weigerte, den integrationistischen Effekt, der in der Kluft zwischen Tariflöhnen und betriebsspezifischen Effektivverdiensten angelegt ist, anzuerkennen. Seither begann sich der Widerstand der Arbeiter wieder zu homogenisieren. Wie die schleswig-hosteinischen Metallarbeiterstreiks von 1956/57 drastisch demonstrierten - das Ziel der Arbeiter war vor allem Legalisierung des sich verstärkenden Absentismus (134) -, war knapp zehn Jahre nach der Einleitung des Booms dessen zugrundeliegende Ausbeutungsbasis gründlich ins Wanken gekommen.
Die westdeutschen Unternehmer hatten also einigen Anlaß, die Mitte der fünfziger Jahre in Gang gekommenen Verhandlungen über eine west- und mitteleuropäische Wirtschaftsintegration voranzutreiben. Lange vor der offiziellen Sanktionierung der Existenz zweier deutscher Staaten und damit der Unmöglichkeit, den Boom weiter durch den Raubbau an ostdeutscher Arbeitskraft zu speisen, wurden die Weichen gestellt, um den bruchlos über die NS-Ära hinübergeretteten gespaltenen Arbeitsmarkt erneut auf einer supranationalen Basis zu reorganisieren. Die Entwicklungsstrategie der süd- und südosteuropäischen Peripherieländer wurde an die Dispositionen der mitteleuropäischen Kapitalzentren gekettet - ein Prozeß, dessen stabilisierenden Effekt auf die Profitrate in den reifen kapitalistischen EWG-Ländern (forcierter Kapitaltransfer zwischen den Zentren, Unterordnung der Kapitalbildung der Peripherie an die Exportstrategie der Zentren und totale Ausplünderung des Arbeitsmarkts der Peripherie zugunsten der Zentren) wir an dieser Stelle sicherlich nicht erst zu beweisen haben. (135) Wir brauchen uns genauso wenig darüber auszulassen, daß bis heute im Rahmen der EWG in der Tat nur ein wirtschaftspolitischer Hebel wirklich voll funktionierte, nämlich die Rekrutierung der an die EWG "assoziierten" Arbeiterklasse der Peripherieländer zugunsten der gespaltenen Arbeitsmärkte in den Schaltzentren des am weitesten entwickelten europäischen Kapitals. (136) Schließlich wäre daran zu erinnern, daß selbst die nichtprofitable Sphäre des deutschen gemischten Wirtschaftssystems seit 1956/57 sich als ganz bewußt gehandhabtes Instrument zur Regulierung des gespaltenen Arbeitsmarkts entpuppte, sobald der Ausbau der westdeutschen NATO-Armee in allen seinen Phasen an die Effektivität der Neuzusammensetzung der Klasse angebunden worden war. (137) Somit war vom westdeutschen Unternehmerstaat lange vor dem spektakulären Berliner Mauerbau vom August 1961, der die alten Mechanismen des Booms weithin sichtbar blockierte, ein neuer Reproduktionszyklus eingelei-

(134) Bei den Metallarbeiterstreiks von 1956/67 ging es vor allem um die Beseitigung der "Karenztage", d. h. der ersten drei Tage nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, für die es kein Krankengeld gab. Zum Verlauf der Streikbewegung vgl. H. Berger, Neue Methoden im Schleswig-Holstein-Streik, in: Die Quelle, 8. Jg. 1957, H. 1; S. Braun, Kampf um den Status der Arbeiter, in: Sozialistische Politik, 3.-4. Jg. 1956/57, Nr. 12/1; Der Streik der Arbeiter um einen neuen sozialen Status, ebd. Jg. 1957, Nr. 3, S. 2; Der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, in: Dokumentation der Zeit, Berlin 1957, Nr. 136, 137, 139; R. H. Kalbitz, Biographie über den Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57. Unveröff. Dipl. arbeit Bochum 1969. Zur damaligen Unternehmerstrategie gegen den Absentismus vgl. G. E. Stammitz, Was kann der Betrieb gegen die Scheinkranken unternehmen? in: Mensch und Arbeit, 1959, H. 4.

(135) Wir verweisen lediglich auf eine kürzlich erschienene Arbeit, die sich mit dem Verhältnis von Arbeitsemigration und EWG-Entwicklung auseinandersetzt: M. Nikolinakos, Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, Reinbek 1973.

(136) Vgl. in diesem Zusammenhang die Untersuchungen in dem von J. Cuisenier und R. Aron hrsg. Buch: Problèmes du développement économique dans les pays méditerranéens, Paris-Le Haye 1963; sowie G. Kade, G. Schiller, Gastarbeiterwanderungen - ein neues Element in der Wirtschaftspolitik der Mittelmeerländer, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1969, Bd. 102/1, S. 333 ff.; M. Nikolinakos, Die systemstabilisierende Funktion der Auswanderung in den Emigrationsländern, in: links, Offenbach 1972, Nr. 36, S. 9 ff.

(137) Zu den damaligen kapitalinternen Diskussionen über den Zusammenhang von Remilitarisierung und Arbeitsmarkt vgl. vor allem G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft 21, Wien und Berlin 1966, S. 127 ff., 161 ff.

tet. Die ostdeutschen und osteuropäischen Flüchtlingsarbeiter wurden durch süd- und südosteuropäische Arbeitsemigranten ersetzt. Noch vor dem Mauerbau 1961 hatte ihre Zahl schon die Millionengrenze überschritten. (138) Zuerst wurden die Lücken, die der Rückzug jetzt auch der Flüchtlingsarbeiter von den Fließbändern der mechanisierten Massenproduktion in Auto-, Elektro- und Lebensmittelindustrie sowie in den traditionellen Schwerarbeit-Sektoren Bergbau, Gießereien und Tiefbau geschaffen hatte, durch die qualifizierte Schicht arbeitsloser Metallarbeiter aus Italien und Spanien gestopft. (139) Aber es zeigte sich bald, daß in den arbeitsintensivsten Sektoren der Endmontage bei weiterer Zerlegung der Arbeitsoperationen und der Einführung neuer Lohnanreizsysteme auch die völlig unqualifizierte industriell-agrarproletarische Reservearmee des europäischen Südens ausgebeutet werden konnte. (140) Die neuerliche Umstrukturierung der Klasse gerade in den arbeitsintensivsten Zweigen der Massenproduktion hatte weitreichende Konsequenzen. Ihre ausgeklügelte Isolierung von den übrigen Schichten des Gesamtarbeiters, die sich bis hin zu einer die NS-Methoden verfeinernden Ausländergesetzgebung niederschlug (141), war für die Unternehmer eine entscheidende Garantie, um im zweiten großen Expansionszyklus die gesamte industrielle Zweigstruktur umzuwälzen. Denn sie war nichts anderes als eine Option auf die optimale Steigerung des relativen Mehrwerts in einem stetig wachsenden Sektor des Produktionspotentials, dessen technologische Struktur seit der Rationalisierungsperiode der zwanziger Jahre zwar im Sinn der Steigerung der Ausbeutungsraten und der Reorganisation der Arbeitsplätze mit vormechanisierter Handarbeit effektiviert, aber keinesfalls durch kapitalintensive Innovationen umgewälzt worden war. Bei AEG, Daimler Benz, Ford, Opel, Siemens usw. liefen die Fließbänder unverändert seit über 30 Jahren. Kapitalintensive Neuerungen gab es nur insoweit, als sie - das Paradebeispiel sind die seit den fünfziger Jahren eingeführten Transferstraßen - unumgänglich waren, um immer neue Abteilungen wie beispielsweise die Zylinderblockmontage in der Autoindustrie an die Hauptmontagebänder anzuschließen und das Fließbandprinzip in Bereiche vor der Endmontage zurückzuverlagern. Wertmäßig ausgedrückt unterblieb also ein nennenswerter Zuwachs in der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Im Gegenteil: es gelang den Unternehmern, durch die systematische Ausschaltung aller Poren des Arbeiteralltags - mittels der berüchtigten Kleinstzeitverfahren und deren Kopplung mit einer ausgeklügelten Lohnhierarchie - (142) sich ein ständig steigendes Quantum unbezahlter Arbeitzeit anzueignen - und das in einer Konstellation, wo in der Endmontage gleichzeitig jeder abträgliche Effekt im Verhältnis von konstantem und variablem Kapital auf die Mehrwertrate ausgeblieben war! Das Resultat war eindeutig. Die zweite Phase des Booms wurde gespeist von der systematischen Überausbeutung einer stetig wachsenden Pariaschicht der Arbeiterklasse in den Montagesektoren der Massenproduktion. Die südosteuropäischen Arbeitsemigranten, genauso wie die deutschen Arbeiterinnen und ein erheblicher Anteil dequalifizierter deutscher Handwerker, Bergleute usw., durch einen ungeheuer differenzierten Mechanismus der Klassenspaltung von den übrigen Schichten der Klasse isoliert, haben mit ihrer Arbeitskraft die Bedingungen für eine in ihrer Gesamtheit ungeheuer kapitalintensive Reorganisation der industriellen Zweigstruktur geschaffen. (143)

Seit Ende der fünfziger Jahre nahm der Umwälzungsprozeß des Gesamtkapitals gigantische Ausmaße an; er wurde von den Profiten der mechanisierten Massenproduktion gespeist. Die ungeheuer angestiegenen Mehrwertmassen der mechanisierten Endstufen des Gesamtproduktionsprozesses wurden dazu benutzt, um in den stoffgewinnenden und stoffumwandelnden Grundstoffindustrien eine äußerst kapitalintensive Restrukturierung der Arbeitsorganisation durchzusetzen. In der chemischen Grundstoffindustrie, der Mineralölindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie wurden jetzt in voller Breite teilautomatisierte und verfahrenstechnisch geschlossene Produktionsverfahren eingeführt. Es handelte sich um einen Prozeß, der schließlich auch die klassischen Investitionsgüterindustrien angefangen vom Maschinenbau bis zum neuen Computersektor des Elektrokapitals entscheidend revolutionierte. (144) Selbst in solchen Industriezweigen, deren Produktionskette arbeitsintensive Montageprozesse im Sinn des Fließbandprinzips nicht zuließ, wie z.B. in Teilen der Textilindustrie, in der Druckereibranche und in vielen Zweigen der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie, wurde die lebendige Arbeit als unmittelbar mit dem Maschinensystem verbundene Produktionsbedingung Zug um Zug beseitigt. Sie hatte den Produktionsfluß nur noch zu überwachen, Instandhaltungsfunktionen zu verrichten oder an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen beschränkte Zubringerdienste zu leisten.

(138) Und zwar war ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr (1959) im Jahr 1960 um 69,2 Prozent angestiegen. Vgl.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1961, Beilage zu Nr. 4/1962 der ANBA, S. 7.

(139) Vgl. die Angaben über die Ausländerquoten in den einzelnen Industriesektoren in: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer. Jahresberichte 1967, S. 10; 1969, S. 12, 1970, S. 9.

(140) Vgl. beispielsweise W. Scholten, Die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD, Diss. Bochum 1968; allgemein auch: S. Geiselberger (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, Frankfurt 1972, S. 62 ff.

(141) Zur Handhabung der Ausländergesetzgebung vgl. F. Franz, Die Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: E. Klee, Gastarbeiter. Analysen und Berichte, Frankfurt 1972, S. 36 ff.; D. Peters, Ausländische Arbeiter in der BRD, Stuttgart 1970; G. Weißmann, Kommentar zum Ausländergesetz, Berlin 1966.

(142) Vgl. dazu: Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfes, Berlin 1974, H. 4 und 5; sowie: Neue Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1965, Nr. 15.

(143) Hierzu gibt es eine unübersehbar gewordene Literatur. Wegen ihrer konkreten Informationen seien empfohlen: Automatisierung. Stand und Auswirkung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom RKW, München 1957; R. Katzenstein, S. Liebe, Zu einigen Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Strukturen in Westdeutschland und anderen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern, in: Konjunktur und Krise, 1968, H. 2; Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1960, Nr. 13.

(144) Dieser Prozeß wird in folgenden Arbeiten systematisiert: F. Pollock, Automation, op. cit. Praktische Beispiele zur Automatisierung aus der Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich und Italien, Hrsg. RKW, München 1959; H. W. Zimmermann (Hrsg.), Aspekte der Automation, Basel-Tübingen 1959.

Indem der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie in den neuen Sektoren die manuelle Produktionsarbeit eliminierte und die Vergegenständlichung von lebendiger Arbeit auf Überwachungs- und Reparaturtätigkeiten in Ausnahmefällen degradierte, setzte ein sehr widersprüchlicher Sprung im Verhältnis von Kapital und Arbeit ein, der im Vergleich zur Rationalisierungsperiode seit den zwanziger Jahren gedrängt und konzentriert verlief. (145) Einerseits wurden im Verlauf dieser Umwälzung die meisten professionellen Arbeiterschichten, die sich bislang erfolgreich aus den wachsenden Sektoren der mechanisierten Massenproduktion abgesetzt hatten, unter das Kommando einer weitgehend geschlossenen Arbeitsorganisation gebracht, welche jetzt auch ihnen Arbeitstempo und Arbeitsverhalten bis in die letzten Details zudiktierte; langfristig gesehen war es mit dem zäh verteidigten status quo zwischen kapitalistisch gehandhabtem Maschinensystem und dem bewußten Gebrauch der Arbeitskraft durch den qualifizierten Arbeiter vorbei. Andererseits waren die Unternehmer in den teilautomatisierten Industriezweigen wegen der hohen Störanfälligkeit der Aggregate und der enormen Höhe der in ihnen fixierten Kapitalwerte auf ein diszipliniertes, produktionsbewußtes Arbeiterverhalten angewiesen - ein Tatbestand, der sich rasch in der Anwendung entsprechend orientierter Entlohnungskategorien niedergeschlagen hat. (146) So wurden die teilautomatisierten Grundstoffindustrien und die stoffumformenden Industriezweige in den sechziger Jahren zu einem neuen Experimentierfeld für einen differenzierten status quo, der den deutschen Arbeitern und den enorm anwachsenden technischen Kadern zunächst erhebliche Konzessionen machte - trotz analytischer Arbeitsplatzbewertung und neuer Prämienlohnsysteme verfügte die Hoffnung auf ein neuerliches "upgrading" der traditionell qualifizierten deutschen Arbeiterschichten zunächst über eine gewisse materielle Basis. (147) Das gilt ganz besonders für die Wartungs- und Reparaturhandwerker, bei denen ein produktionsorientiertes und "pflichtbewußtes" Verhalten gegenüber der Maschinerie wieder zur essentiellen Vorbedingung für die Kontinuität der Produktionsabläufe wurde, ohne daß sich eine entscheidende inhaltliche Requalifizierung in den Arbeitsinhalten erkennen ließ.

Wir können zusammenfassend feststellen, daß die Arbeiterklasse mehr noch als in den fünfziger Jahren im vergangenen Jahrzehnt entlang einer Trennungslinie, die bruchlos vom neuerlich gespaltenen Arbeitsmarkt bis in die Fabrikhallen reichte, aufgesplittert war. In den technologisch stagnierenden und arbeitsintensiven Montage- und Verpackungssektoren der Massenproduktion wurde der in seiner sozialen Zusammensetzung zweimal umgeschichtete Massenarbeiteranteil am Gesamtarbeiter schrittweise zu beidhändig tätigen Arbeitsaffen degradiert; die Sektoren, in denen die Mehrwertraten absolut und relativ stiegen, wurden ständig ausgeweitet - exemplarisch hierfür ist die Entwicklung in der Werftindustrie. Das hatte zur Folge, daß in den letzten verarbeitenden Zweigen des gesamten Produktionsflusses bei steigender Arbeitsintensität die organische Zusammensetzung des Kapitals mindestens stagnierte, wenn nicht überhaupt bis etwa 1961/62 zurückging. (148) Und das war der Grund, warum die Unternehmer in den vorgelagerten Produktionsphasen massive Investitionen für einen neuerlichen Entwicklungssprung tätigen konnten, welche den Anteil an lebendiger Arbeit zu einem Anhängsel der Verfahrenstechniken reduzierten und einen neuen status quo mit wichtigen Schichten der an die Wand gedrängten deutschen professionellen Arbeiter herbeiführen sollten. Die Unternehmer blieben ihrer mehr als dreißig Jahre alten Klassenstrategie gegenüber dem Gesamtarbeiter treu: eine flexibel gehandhabte und ständig umgeschichtete Pariaschicht der Arbeiterklasse wurde rigoros und kompromißlos ausgebeutet, wobei es egal war, ob es sich um weibliche Arbeiter - die berühmten "Zehnjahresmädchen" der Leichtlohngruppen -, um ausländische Arbeiter oder um dequalifizierte ältere deutsche Arbeitergruppen handelte. Das gesamte wirtschaftspolitische Repertoire auch der späten Adenauer-Ära war darauf ausgerichtet, diese Schicht kompromißlos zu unterdrücken, ihre Reproduktionskosten so niedrig wie möglich zu erhalten und jede Tendenz zur Stimulierung der Produktivität durch "aktive Lohnpolitik" weiter zu desavouieren. Auf dem Rücken dieser Pariaschicht wurde sodann der status quo mit den übrigen Schichten der Klasse so flexibel wie möglich gehandhabt, um jeden Ansatz zur geschlossenen Klassenkonfrontation unmöglich zu machen. Allerdings wurde gerade in dieser Phase bei den traditionellen deutschen Facharbeiterschichten genauso wie bei den neuen technischen Angestelltengruppen jegliche langfristige Widerstandslinie endgültig untergraben. Daß der konsequente unternehmerische Gebrauch der teilautomatisierten Produktionssysteme im Bedarfsfall ebenfalls das Arbeitstempo bei den Kontroll-, Steuer- und Mehrstellentätigkeiten enorm zu steigern vermag, sollte sich erst in der Periode nach der Krise von 1966/67 erweisen.

(145) Vgl. die Auseinandersetzung über die "downgrading"- und "upgrading"-Theorien in der Automationsliteratur bei Pollock, op. cit.

(146) Und zwar in der Einführung von Prämienlöhnen. Vgl. dazu vor allem: F. Bösherz, Die Praxis der Prämienentlohnung, Baden-Baden und Bad Homburg 1968; W. Braun, Grenzen traditioneller und Bedingungen moderner Leistungsentlohnung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 36. Jg. 1966; H. Schönefeld, Beitrag zu Grundsatzfragen der Leistungsentlohnung vorzugsweise bei mechanisierter und teilweise automatisierter Fertigung, Diss. TH Aachen 1963; sowie als neue Untersuchung G. A. Koch und andere, Veränderung der Produktions- und Instandhaltungstätigkeiten in der industriellen Produktion. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, Hrsg. RKW, Frankfurt 1971, S. 132 ff.: Auswirkungen technischer Veränderungen auf Arbeitsbewertung und Entlohnung.

(147) Und das erklärt auch die kontroversen Auseinandersetzungen über dieses Problem in den sechziger Jahren; vgl. Anm. 145. Heute sind die Fronten eindeutig geklärt.

(148) Dies ist eine Hypothese, die sich auf die wichtigsten Arbeiten stützt, welche über die wirtschaftliche Expansion in der BRD geschrieben worden sind. Es gibt aber keine exakte Analyse, die etwa der Untersuchung von Kuznets über die US-Ökonomie ebenbürtig wäre. Vgl. Kuznets, Capital in the American Economy, New York 1961.

(149) Vgl. dazu die informative, wenn auch institutionssoziologisch kopflastige Arbeit von D. Noé, Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963, Berlin 1970.

(150) Vgl. dazu die bislang erschienenen Protokollbände: G. Friedrichs (Red.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA, Frankfurt 1963; ders.: Automation, Risiko und Chance, Bd. I/II, Frankfurt 1965; ders.: Computer und Angestellte, Bd. I/II, Frankfurt 1971.

(151) Vgl. dazu die Referate von IG Metall-Funktionären in den verschiedenen Protokollbänden; sie sprechen eine deutliche Sprache.

Es ist bezeichnend genug, daß sich der auf Wartepositionen abgedrängte Arbeiterreformismus erneut konfliktlos mit den hier skizzierten neuen Strukturen des Unternehmerkommandos zu arrangieren verstand. Während die IG Metall ihren anläßlich der baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks von 1963 gestarteten Versuch, den Reallohn endgültig zum reformistischen Stachel der Kapitalbildung zu machen und somit dem gemischten Wirtschaftsystem seinen letzten Schliff zu geben, rasch wieder aufgab (149), kündigte sie gleichzeitig mit einer Serie von Automationskonferenzen ihre Anwartschaft auf eine angemessene Beteiligung bei der Revolutionierung der Ausbeutungsstrukturen an. (150) Sie setzte voll auf das "upgrading" der Arbeiterklasse beim Übergang zur Automation - selbstverständlich nur hinsichtlich der professionellen Restgruppen bei den deutschen Arbeitern. (151) In der Tat war die endgültige Transformation der Arbeitsbedingungen der professionellen Arbeiterschichten ein delikates Thema. Denn es bedurfte nicht erst einiger "kulturpessimistischer" Analysen in Sachen Automation, um zu begreifen, daß die von den Unternehmern aus Gründen der Produktivitätssicherung so dringend benötigte Ideologie des "upgrading" der deutschen Instandhalter-, Reparatur- und Mehrstellenarbeiter eine Fata Morgana war. (152) Umso verständlicher, daß sich die Gewerkschaften, die seit den sechziger Jahren nur noch in diesen Arbeiterschichten verankert waren (153), für eine entsprechende materielle Basis dieser Ideologie starkmachen würden - im andern Fall würde die Klassenspaltung unterhöhlt und die Folgen unabsehbar. Mit der stillschweigenden Beteiligung an der Stimulierung der Produktivität via RKW war es nicht mehr getan. Nur stießen die Gewerkschaften vorerst weiter auf taube Ohren. Ihre Initiative schien trotz vielfältiger Lobeshymnen auf ihre prinzipielle "Rationalisierungsfreundlichkeit" (154) verfrüht. Zwar hatte es seit Ende der fünfziger Jahre einen nur notdürftig verschleierten Zyklus von Abteilungskämpfen gegeben, der in teilweise heftige Konfrontationen mit den Werkschutz- und Polizeieinheiten der Länder ausgeartet war. Zwar waren die individuellen Kampfformen - Krankfeiern und Absentismus, kleine Betriebs"kriminalität" usw. - in einem für die Unternehmer erschreckenden Ausmaß angestiegen. (155) Zwar wußte der Manager einer norddeutschen Werft zu konstatieren, daß sich an der Bereitschaft der Hafen- und Werftarbeiter, zu klauen, was nicht niet- und nagelfest war; nichts geändert hatte - die Entschlossenheit zur notfalls handgreiflichen Auseinandersetzung mit der Meisterhierarchie und den Werkschutzleuten war eindeutig gestiegen. (156) Aber trotzdem hatten die Unternehmer Anlaß genug, sich bis auf weiteres gelassen zu geben. Sie hatten auf die zunehmende Kampfbereitschaft in den Montageabteilungen ihrer diversifizierten Konzerne mit der Neuzusammensetzung des Gesamtarbeiters geantwortet, und der Effekt war nicht ausgeblieben. 1959/60 hatte es einige bedrohlich zugespitzte Arbeiteraktionen gegeben - so bei VW in Hannover, wo die deutschen Bandarbeiter nach einer offenen Revolte gegen das Fließband zu Hunderten ihren Arbeitsplätzen den Rücken gekehrt hatten. (157) Und gerade bei VW hatte sich dieser Kampfzyklus in einer für die Unternehmer vorteilhaften Weise wiederholt: die italienischen Arbeiter, die sich jetzt - 1962 - gegen die Bänder auflehnten, blieben von den deutschen Arbeitern isoliert, ihre "Rädelsführer" wurden kurzerhand verhaftet und abgeschoben. (158) Dergleichen war in Dutzenden anderer Betriebe passiert - jegliche Ausweitung der Kämpfe unterblieb, die Nationalität der Emigranten wurde etwas genauer zur Spaltung eingesetzt, unqualifizierte Bauern-Proletarier aus Südosteuropa und der Türkei wurden nachgeschoben. Aber abgesehen davon hatte der reorganisierte Spaltungsmechanismus ausgezeichnet funktioniert. Die deutschen professionellen Arbeiterschichten waren froh, der Monotonie der Bänder entronnen zu sein, und gaben sich vorerst mit der kapitalintensiv reorganisierten eigenen Ausbeutungssituation zufrieden, soweit sie nicht überhaupt die Chance wahrnahmen, auf Kosten der Arbeitsemigranten in der Betriebshierarchie aufzusteigen und Sonderprämien für besonders scharfe Geschwindigkeiten an den Bändern zu kassieren. Alles in allem fühlten sich die Unternehmer noch souverän genug, um jeden Ansatz von Arbeiterautonomie ohne größere gewerkschaftspolitische Beteiligung einzukreisen und zugrundezurichten.

Anfang der sechziger Jahre setzte bei der herrschenden Klasse eine neue Diskussion über die strategischen Grundlinien ihres Kommandos über die Arbeiter ein. Sie wurde auf praktisch allen Ebenen, von der Generalität der restaurierten Armee über Geheimdienste und Polizeiapparat bis hin zu den unternehmeseigenen Industrieschutzzentralen, mit einer bemerkenswerten Intensität geführt. (159) Bei allen Beteiligten stand die Frage im Vordergrund, welche unmittelbaren wie langfristigen Konsequenzen sich aus dem beschleunigten wirtschaftlichen Wandel und der rapiden sozialen wie geographischen Umstrukturierung der Arbeiterklasse für die Kontinuität und Effizienzerhaltung der Herrschaftsmaschinerie des vergesellschafteten Kapitals ergeben würden. Einige entscheidende Bezugspunkte zur damaligen Konstellation des

(155) Vgl. dazu die Artikel in den einschlägigen Zeitschriften "Arbeit und Leistung" und "Mensch und Arbeit" bis Anfang der 60er Jahre!

(156) So sagte ein Werft-Manager zu einem Werkschutz-Doktoranden während eines Interviews: "Werft- und Hafenarbeiter können alles gebrauchen, sie klauen alles; sie würden auch die Schiffe mitnehmen, wenn diese nicht zu groß und zu schwer wären. Das größte Verbrechervolk treibt sich im Hafen herum. Das Unternehmen und auch der Staat sind dagegen machtlos." D. Listecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, op. cit. S. 141.

(157) Vgl. die Berichterstattung über die Hannoveraner VW-Streiks in der Regionalpresse Hannovers, September 1959; sowie FF-Archiv, Kämpfe der westdeutschen Automobilarbeiter.

(158) Dazu L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin 1970, S. 103 ff.

(159) Vgl. dazu: BDI-Jahresberichte, 1960/61, 1961/62, 1962/63; BDI-Mitteilungen 1960-1963; DIHT (Hrsg.): Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirtschaft, Bonn 1962; Wehrkunde, Jg. 1960 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1960 ff.; Ziviler Luftschutz (später: Zivilschutz), Jg. 1960 ff.

(152) Das geht unzweideutig aus den Publikationen in den einschlägigen Fachzeitschriften über diese Frage hervor: wo kein materieller "Aufstieg" mehr winkt, werden stattdessen die Register der Sozial- und Organisationssoziologie gezogen. Vgl.: Arbeit und Leistung, Jg. 1967 ff.; Mensch und Arbeit, Jg. 1967 ff.; Rationalisierung, Jg. 1967 ff.

(153) Belegbar ist dies durch die enormen Unterschiede in der Gewerkschaftszugehörigkeit je nach Industriesektoren. Vgl. darüberhinaus R. Schmidt, E. Becker, Reaktionen auf politische Vorgänge, Frankfurt 1967, II: Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, S. 67 ff., wo nur die professionellen Arbeiterschichten sich mit der Politik der IG Metall bei den Streiks von 1963 auseinandersetzen. Das "Desinteresse" des Massenarbeiters wird natürlich entsprechend denunziert.

(154) Vgl. beispielsweise die laudatio auf den früheren DGB-Vorsitzenden Rosenberg in der RKW-Zeitschrift "Rationalisierung": "Die Herauslösung der Rationalisierungsarbeit aus der Sphäre der gefühlsbetonten Ablehnung durch die Arbeitnehmer ist nicht zuletzt ein Verdienst von Ludwig Rosenberg. In seinen modernen und gewiß undoktrinären Anschauungen von der Wirtschaftspolitik bedeutet Rationalisierung sehr viel mehr als technische oder organisatorische Maßnahmen in den Einzelbetrieben (...). Diesen modernen Geist der deutschen Gewerkschaften verkörpert Ludwig Rosenberg in hohem Maße." Persönliches: Ludwig Rosenberg zum 60. Geburtstag, in: Rationalisierung, 14. Jg. 1963, H. 6, S. 148.

"atlantischen" Systems führten dazu, daß diese Auseinandersetzung zu einem bemerkenswert homogenen und rasch verwirklichten Reorganisationsprojekt des Klassenkommandos führten.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand eine im allgemeinen überraschend realistische Analyse des mit ungeheurer Vehemenz ablaufenden sozialen Umwälzungsprozesses. Es wurde konstatiert, daß die soziale Konzentration der ausgebeuteten Klassen weiter fortgeschritten war. Die Zentren der mechanisierten Massenproduktion waren mit den Zentren der multinationalen Neuzusammensetzung der Klasse weitgehend identisch: in einer den US-amerikanischen "stripe cities" analogen Zuordnung von Produktion, Reproduktionssphäre und Transporttangenten reichten sie von Braunschweig/-Salzgitter/Wolfsburg über Hannover, Ostwestfalen, Ruhrgebiet, Niederrhein, Rhein-Maingebiet, Rhein-Neckargebiet und Stuttgart sowie Göppingen bis nach München. Hier waren die ausländischen Arbeiter seither am stärksten konzentriert, mit einer Fluktuationsrate von ca. 30 Prozent äußerst mobil, gleichzeitig optimal ghettoisierbar und somit je nach den Expansionsrichtungen der mechanisierten Massenproduktion leicht zu verschieben. Dadurch wurde die noch 1960 wirksame Tendenz, die Fließbandproduktion in Gebiete mit besonders hoher struktureller deutscher Arbeitslosigkeit zu verschieben (z.B. Opel-Zweigwerk in Bochum, VW-Zweigwerk in Emden), entscheidend abgeschwächt. (160) Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß der Expansionsprozeß der neuen teilautomatisierten grundstoff-und stoffumwandelnden Industrien und somit der über die Mechanisierung hinaus strukturierten deutschen Arbeiter- und Technikerschichten sich um die genannten Produktionszentren derart gruppierte, daß diese durch das produktionstechnisch bestimmte Übergewicht der Transporttangenten und der Energieversorgung stärker als in den Jahrzehnten zuvor ineinander übergingen. Es steht außer Zweifel, daß diese strukturell-geographische Zusammenballung der neu zusammengesetzten Arbeiterklasse auf der Kapitalseite den optimalen Verwertungskriterien eines von wenigen diversifizierten Unternehmensgruppen beherrschten Produktionsflusses vom Grundstoff bis zum Endprodukt entsprach. Aber hinter vorgehaltener Hand wurde von den Unternehmern gleichzeitig über immense neue Probleme der Kontrolle über die Gesamtarbeitskraft gemunkelt. Von einer politischen Arbeiteropposition, die sich traditionellen Strategien gemäß organisierte, war nirgends mehr, auch in der Montanindustrie nicht, etwas zu spüren. Das klassische "politische" Arbeiterbewußtsein, das sich an einer klaren gesellschaftlichen Strategie orientierte, war atomisiert und im aktuellen Porzeß der Neuzusammensetzung untergegangen- die Unternehmer ließen sich dies in dieser Zeit von allen Seiten attestieren. (161) Dafür hatten sich die neuen Probleme des unmittelbar am Widerstand gegen die Arbeitsorganisation ansetzenden Arbeiterverhaltens erheblich zugespitzt. Während die deutschen professionellen Arbeiter der teilautomatisierten Industrien den Kampf um den neuen status quo aufnahmen oder im Verlauf der Zunahme der ausländischen Arbeiter endgültig zu Vorarbeiter- und overlookposten avancierten, kamen die mobilen Massenarbeiterschichten der mechanisierten Massenproduktion auch nach der Niederschlagung ihrer Kampfansätze zu Beginn der sechziger Jahre nicht mehr zur Ruhe. Die Untersuchungen darüber, daß die jüngsten, am wenigsten qualifizierten und ständig fluktuierenden Massenarbeiter eine sich stetig verschlechternde Arbeitsmoral aufwiesen, sind in den sechziger Jahren Legion. (162) Die Gefahr war groß, daß sich dieses Verhalten auf die um ihren Status kämpfenden Stammarbeiter der Konzerne ausweiten würde, die gerade auf breiter Ebene zu Reparatur-, Instandhaltungs- und Mehrstellenarbeitern umqualifiziert wurden. Auf jeden Fall waren neue Eindämmungsmaßnahmen nötig, die über das bislang Übliche hinausgingen, es war einfach "ein Unterschied, ob es sich um eine Stammbelegschaft mit gesunden und politisch unbedenklichen Auffassungen handelt oder um eine Belegschaft, die infolge hoher Fluktuation keine innere Bindung zum Werk hat und deshalb illegalen politischen Tendenzen zugänglicher ist" (163). Und da es Betriebe mit "unbedenklichen" Stammbelegschaften kaum mehr gab und stattdessen die Zusammensetzung des Gesamtarbeiters sich mehr als bisher an den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Produktion innerhalb der Unternehmen festmachte, war eine derart simple Trennung der Arbeiter in gut und böse nicht mehr ohne weiteres möglich. Es wurde damals in vielen Betrieben üblich, krankfeiernde Arbeiter durch Werkschutzleute kontrollieren zu lassen. (164) Der Werkschutz ging dazu über, auf die ansteigende Betriebs-"Kriminalität" härter denn je zu reagieren. Die Handhabung der Stempeluhren, der Akkordzettel usw. wurde in vielen Betrieben reorganisiert. Der betriebsinterne Pförtner-, Ordnungs- und Streifendienst wurde ausgeweitet, um jegliche Kommunikation der Arbeiter untereinander und jedes auch nur kurzfristige Verlassen der Arbeitsplätze zu unterbinden.

(160) Zur regionalen Wirtschaftsstruktur und Klassenzusammensetzung der BRD mit ihren Folgen für die Stabilität der Klassenherrschaft vgl. vor allem E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; K. Seemann, Gedanken zur Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1963, H. 11.

(161) Am repräsentivsten ist die im Rahmen des HKW-Projekts "Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland" von H. Kern und M. Schumann verfaßte Studie: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I/II, Frankfurt 1970.

(162) Vgl. dazu die Jahrgänge 1962-1965 von "Arbeit und Leistung" sowie "Mensch und Arbeit".

(163) Zit. nach GSW (Hrsg.), Werkschutz. Aufbau und Aufgaben, Körbecke-Möhnsee o.J., S. 10.

(164) Vgl.: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft (Hrsg.), Fehlzeiten im Betrieb, Düsseldorf-Wien 1962, S. 88.

Schon in Verdachtsfällen wurde es üblich, selbst bei deutschen Arbeitern Haussuchungen durchzuführen. (165) Die ausländischen Emigrationsarbeiter wurden auch auf gesellschaftlicher Ebene von ihren deutschen Klassengenossen isoliert, in den Wohnheimghettos wurde eine neue Aufseher- und Kaposchicht herangezüchtet, die unmittelbar an die Werkschutzeinheiten angeschlossen war, jede minimale Tendenz zur Aufsässigkeit unter Kontrolle hielt und stillschweigend denunzierte. Die Ermittlungsdienste des Werkschutzes expandierten, ihre Funktion war klar und unzweideutig festgelegt: mittels eines kriminaltechnisch perfektionierten Überwachungssystems von der Einstellung bis zur Entlassung die Kollektivierung der neuen Kampfformen zu unterbinden. Im Oktober 1964 hielt die "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" eine zweite Informationstagung ab, bei der Referate über "moderne Methoden der Sabotage", über den "illegalen Streik, Mißbrauch und Abwehr", sowie "die Abwehr verdeckter Kampfmethoden im Betrieb in politischen Spannungszeiten" im Zentrum der Diskussionen standen. (166) Im Zusammenhang damit wurde von der GSW ein überarbeiteter "Einsatzplan für den Fall eines wilden Streiks" herausgebracht, eine unmittelbare Antwort auf die fortschwelenden Abteilungskämpfe, deren Stoßrichtung grundlegend für die Unterdrückungstaktik in den späteren Jahren war. Dieser Plan sah die Besetzung aller neuralgischen Betriebspunkte durch Werkschutzeinheiten im Fall sich ausweitender Abteilungsaktionen vor, die Kommandoverhältnisse wurden reorganisiert und erste Ansätze zu einer gewaltsamen Bekämpfungsstrategie schon auf Abteilungsebene festgelegt. "Führungskräfte" sollten fortan "in ihren Abteilungen bleiben". Die "Sicherheitsbeauftragten" sollten sofort Kontakt mit der politischen Polizei und den Landesämtern für Verfassungsschutz aufnehmen, um "bei Feststellung von Schreihälsen und Rädelsführern sofortiges Eingreifen der Betriebsleitung" vorzubereiten: "Hinweis auf Verstoß gegen Arbeitsordnung, gegebenenfalls Heranziehung des Werkschutzes", und, last not least: "Verbindungsaufnahme mit IG Metall, Gewerkschaftsvertreter auffordern, eindeutige Stellungnahme gegen die wilden Streiks herbeizuführen" (167). Es ist bezeichnend, daß diese Richtlinien, die sich von den Anweisungen der fünfziger Jahre durch ihre Präzision deutlich unterschieden, in modifizierter Form in den Streikbekämpfungsrichtlinien der größten Branchenverbände der Unternehmer wiederzufinden sind. (168)

Die Reorganisation des Werkschutzes in diesen Jahren war somit alles andere als Routine. Der Kampf gegen die proletarische "Sabotage" der Arbeitsorganisation war kein Programmpunkt mehr, sondern alltägliche Realität geworden. Und dabei wurden wieder einmal die ausländischen Arbeiter als kritische Punkte der Arbeitsmoral lokalisiert; das war nichts anderes als der Versuch, die Abhängigkeit des zweiten Investitionsbooms von den Mehrwertmassen, die in steigendem Umfang dem multinationalen Massenarbeiter der mechanisierten Massenproduktion abgepreßt wurden, repressiv zu stabilisieren. In allen Diskussionen der Unternehmer geriet das Problem des Kommandos über die Emigrationsarbeiter in den Vordergrund. Der Autor eines Pamphlets über die präventive Unterdrückung eines proletarischen Partisanenkriegs in der BRD wollte sie allein als "Minderheiten, die in bezug auf verdeckte Kämpfe diesen Namen verdienen", gelten lassen. "Unter ihnen befinden sich ohnehin zahlreiche Kommunisten, und am Wohlstand nehmen sie hier wegen des nach Haus geschickten Geldes nur zur Hälfte teil (...). Außerdem haben zahlreiche Griechen und Spanier unter ihnen mehr Erfahrung im verdeckten Kämpfen - allerdings auch in deren Abwehr - als die ganze illegale KPD zusammengenommen." (169) Ein anderer Autor wies darauf hin, daß trotz rigoroser Selektionsmaßnahmen seitens der westdeutschen staatlichen Anwerbungsbüros in den Emigrationsländern in einer "Warnkartei", der "Zentralkartei für nichtdeutsche Arbeitnehmer in München", allein "50 000 Personen registriert" würden, "von denen Vorstrafen oder politische Unzuverlässigkeit bekanntgeworden sind" (170). Aber auch von den Sicherheitszentralen der Unternehmer wurde immer wieder auf die Notwendigkeit einer lückenlosen Überwachung durch den Werkschutz hingewiesen, um "abgesehen von der bedenklichen ideologischen Beeinflussung" der Emigranten "im Sinne des kommunistischen Klassenkampfes (...) Unruhestiftung, Panikmache, Ausspähung und Sabotage im Betrieb" anzugreifen. (171) Schließlich konfrontierten die Unternehmer auch den militärischen Planungsapparat mit der Frage, welche strategischen Ziele gegen die Arbeitsemigranten im Fall zugespitzter innerer Unruhen - massenhafte Abschiebungsaktionen oder zwangsweise Internierung - zu formulieren seien. (172)

(165) Dies berichten alle Autoren der Werkschutz-Dissertationen in ihren Untersuchungen (vgl. hier Anm. 120).

(166) Vgl. Protokoll über die zweite Informationstagung der GSW am 6. und 7. 10. 7. 10. 1964 in Essen, abgedruckt in: G. Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, Köln 1969, S. 221 f.

(167) Abgedruckt als Anlage zu: GSW-Mitteilungen, Essen/Ruhr, Hagen 31, Postfach 615, 1964.

(168) Vgl. beispielsweise: Merkblatt für die aktive betriebliche Streikabwehr, hrsg. vom Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie, o. O. 1963, mit Anlage: Einsatzplan im Streikfalle; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Rundschreiben Nr. 70/1964: Verbandssolidarität und wilde Streiks. Aufgaben der Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Arbeitskampfrichtlinien, 1963.

(169) E. Grimmel, Partisanen im Schwarzwald? Bremen 1964, S. 18.

(170) L. Heinrichs, Ratgeber für den Werkschutz, Dreieck-Verlag, Wiesbaden o. J., S. 72.

(171) GSW: Werkschutz, Aufbau und Aufgaben, op. cit. S. 36.

(172) Offensichtlich wurde darüber bis heute kein klarer Standpunkt erreicht. Vgl. H. Wagner, Gastarbeiter im Konfliktfall. Keiner geht ran, in: Dialog, Jg. 1972, S. 58 ff.

Die Arbeitsemigranten waren so seit den sechziger Jahren - zusammen mit ihren "asozialen" deutschen Klassengenossen - in der Massenproduktion Hauptfeind Nummer eins geworden. Schon 1964 wurden gegen sie 60 000 Werkschutzleute, straff reorganisiert, mit automatischen Handfeuerwaffen ausgerüstet und technisch höher qualifiziert als die staatliche politische Polizei, mobilisiert. (173) Auch in vielen mittleren und kleineren Betrieben waren die Zeiten, wo dequalifizierte ältere Arbeiter in die Werksicherheitsdienste abgeschoben wurden, allmählich vorbei. Dessenungeachtet müssen wir konstatieren, daß eine sehr viel weitergehende Energie und ein enormer materieller wie personeller Aufwand zwecks äußerer Einkreisung des latent "empfindlichen Punkts" in der gewandelten Klassenzusammensetzung aufgeboten wurden. Seit den sechziger Jahren nahmen die seit langem diskutierten Pläne Gestalt an, in Modifikation der seit 1941/42 gehandhabten Praxis einen unternehmerloyalen Teil der deutschen Arbeiterschichten an der Umklammerung der neuerlich aufkeimenden Aufsässigkeit in der mechanisierten Massenproduktion zu beteiligen. (174) Vor allem in den "kritischen" industriellen Ballungszentren wurde dieser Prozeß enorm forciert. Er stellte den Versuch dar, die deutschen Instandhaltungs- und Reparaturarbeiter sowie die Vorarbeiter und Arbeitssicherheitsorgane der mechanisierten Massenproduktion in einer Art Neuauflage des "erweiterten Werkschutzes" von 1943/44 als Hilfstruppen der Werkschutz-"Elite" zu rekrutieren. Auf eine effektive Tarnung - sie beschränkte sich allenfalls auf die Verschleierung als "Industrieluftschutz" seit 1961/62 als "Werkselbstschutz" (175) - wurde bemerkenswert wenig Wert gelegt. Der "Werkselbstschutz", von dem "Gastarbeiter" unbedingt fernzuhalten waren (176), ist in den 1963/64 herausgegebenen "Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft" des Industrieschutz-Ausschusses des BDI (177) in aller Offenheit als erweiterte Hilfsorganisation des Werkschutzes aufgeführt. (178) Das genaue Studium dieser Pläne wie auch der Ablauf verschiedener Übungseinsätze in Konzernen des Ruhrgebiets gegen Mitte der sechziger Jahre (179) lassen keinen Zweifel an der Stoßrichtung des Projekts: über die Hierarchie der Unteroffiziere der Produktion hin aus eine breitere Schicht der deutschen Arbeiter für die Unterdrückung des multinationalen Massenarbeiters zu mobilisieren. Gleichzeitig sollten dadurch die Reparatur-, Instandhaltungs- und Steuerungsarbeiter der außerordentlich störanfälligen teilautomatisierten Industriekomplexe über den Umweg "Werkselbstschutz" wieder mit dem Produktionsziel identifiziert werden. Die expandierenden Strukturen des repressiven Unternehmerkommandos waren in allen wesentlichen Aspekten auf die Akzentuierung des Spaltungsmechanismus der Arbeiterklasse angelegt. Das war der ökonomisch-politische Inhalt der damals ausufernden Selbstschutz- und Katastrophenschutzpläne, während die aufkommende neue Linke sich viel zu sehr auf die Kritik der institutionellen Strukturen konzentrierte. (180)

Mehr noch als die präzisierte Rekonstruktion des Unternehmerkalküls gegen die Arbeiter à la 1942/43 stand in den sechziger Jahren die äußere Einkreisung der aufkeimenden Arbeiterautonomie im Vordergrund. Es ist wahr, daß die Unternehmer wie nie zuvor die "Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben" (181) forcierten, daß sie eine erweiterte Reproduktion der Kampfformen der Arbeiter in der Schlußphase des Nationalsozialismus präventiv blockieren wollten. Das Geschütz, das sie auffuhren, war in der Tat schweren Kalibers. Der "Diebeskummer", die Furcht, die neuen Kampfformen könnten außer Kontrolle geraten, ging um, je größer die ausländischen Arbeiterkontingente wurden. Die Forderungen, die beispielsweise eine Zeitschrift der Rüstungsindustrie aufstellte: "1. Dem industriellen Werkschutz könnten polizeiliche, auf das betriebliche Areal begrenzte Befugnisse und Rechtspflichten zugewiesen werden (...). 4. Suspendierung des Streikrechtes sowie tariflicher Arbeitszeit- und Kündigungsregelungen für Werkschutzangehörige wäre unerläßlich. 5. Erwähnung verdienen ferner ein allgemein verbindliches Disziplinarrecht (...). 6. Schließlich wäre noch an die Rekrutierung von Hilfskräften in Analogie zu den Helfern des freiwilligen Selbstschutzes zu denken" (182) - waren alles andere als papierene Parolen. Sie demonstrierten eine politische Linie gegen die Arbeiter, die deren reformistische Integration in das Wirtschaftswachstum negierte und bis auf weiteres ausschließlich auf den Mechanismus der Klassenspaltung setzte. Aber dieser Mechanismus wurde zusätzlich durch die systematische Ausweitung der Fabrikdespotie auf die Gesellschaft ergänzt. Schon Ende der fünfziger Jahre hatten die Unternehmer bei der Ge-

(173) "In aller Stille hat die westdeutsche Industrie in den letzten Jahren eine straff, organisierte 'Privatarmee' aufgebaut, die heute rund 60 000 gut ausgebildete, zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßt." Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.

(174) Sie kristallisierten sich um das Projekt, zur Ergänzung des "Werkschutzes" eine Hilfstruppe aus unternehmerloyalen Arbeitern, den "Werkselbstschutz", aufzubauen, von der alle renitenten und vor allem ausländischen Arbeiter ferngehalten werden sollten. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag, Jahresbericht 1962, zusammengefaßt in dem Artikel: Verteidigungswirtschaftliche Fragen im Tätigkeitsbericht des DIHT für 1962, in: Zivilschutz, 1963, H. 4, S. 127 ff. Vgl. auch Kohnert, Werkselbstschutzmaßnahmen in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Gedankliche Grundlagen der BDI-Druckschriften, in: Zivilschutz, 1964, H. 10, S. 333 ff.

(175) Die Planung zur Reorganisation des "erweiterten Werkschutzes" in Westdeutschland hat eine lange Vorgeschichte. Vgl. dazu K. H. Roth, Gewerkschaften und Werkselbstschutz, in: Atomzeitalter, Frankfurt, Jg. 1966, S. 415 ff.; ders.: Vom "Industrieluftschutz" zum "Werkselbstschutz". Zur Methodik der "Gleichschaltung" der Arbeiterklasse seit 1933, Hrsg. SDS-Landesverband Hamburg in Zusammenarbeit mit dem RSB Hamburg, Hamburg 1968.

(176) So explizit gefordert in: Arbeitskreis des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Hrsg.), Vorschläge für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzkräften gemäß § 24 des Entwurfs zum Selbstschutzgesetz. Zweite Empfehlungen, Drucksache Nr. 72, Juni 1964, S. 10.

(177) Entfällt.

(178) Vgl. ebd.; vgl. auch die "ersten" und "dritten" Empfehlungen: BDI, Ausschuß Industrieschutz (Hrsg.), Erste Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft, BDI-Drucksache Nr. 64; Arbeitskreis des BDI, Anleitung für eine Werkbeschreibung. Dritte Empfehlungen, Drucksache Nr. 73, 1964. Über den Zusammenhang von Werkschutz und Werkselbstschutz äußert sich auch N. Hammacher, Gedanken und Anregungen für den Aufbau einer Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben, in: Zivilschutz, 1963, H. 5, S. 159 ff.

(179) Vgl. K. Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der "Inneren Verteidigung" in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Jg. 1969, S. 1068 ff.

(180) Vgl. beispielsweise K. Kullmann, "Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer. Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 1967, H. 5, S. 466 ff. Auch im damaligen SDS ist eine materialistische Auseinandersetzung nicht möglich gewesen; er bewegte sich in dieser Frage - gegen den Widerstand des Verf., der damals Referent im SDS-Bundesvorstand war - auf einer von der IG Metall finanzierten institutionenkritischen Linie.

(181) Vgl. den Aufsatz des Mannesmann-Werkschutzleiters N. Hammacher, Gedanken und Anregungen ..., op. cit.

(182) Zit. nach: Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

neralität der wiederaufgebauten Armee und den Spitzen des inneren Polizeiapparats darauf gedrängt, die im Rahmen der NATO zudiktierte "überkommene Konzeption vom Krieg in Form eines bewaffneten Konflikts zu revidieren" und sich stärker als bisher an der Möglichkeit "einer untergründigen Bedrohung der Verteidigungsbereitschaft" zu orientieren. (183) Sie hatten ohnedies immer die der Bundeswehr zudiktierte Rolle eines "Stolperdrahts", des Indikators für einen präventiven US-amerikanischen Atomschlag gegen etwa vormarschierende sowjetische Truppen, als unrealistisch und der wirtschaftlichen Expansionsstrategie abträglich angegriffen und schon 1955/56 einer oppositionellen "Wehrkoalition" mit F.J. Strauß an der Spitze zum Durchbruch verholfen. (184) Aber erst im Zusammenhang mit der Etablierung der Kennedy-Regierung in den USA und deren Entscheidung, für den Fall eines europäischen Kriegs das militärische Potential im Sinn "flexibler" militärischer Kampfmethoden umzugruppieren und "begrenzte Kriege" unterhalb der "nuklearen Schwelle" einzukalkulieren (185), war die Einbeziehung des westdeutschen Militär- und Polizeipotentials in die äußere Einkreisung der Arbeiterautonomie voll praktizierbar geworden. Das "Kriegsbild" hieß fortan "Vorwärtsverteidigung", die Planung des militärischen Potentials war nicht mehr festgelegt auf die Preisgabe der BRD als Operationsfeld des Nuklearkriegs und die Verteidigung der Rheinlinie; die Operationen sollten im Fall begrenzter Kriege an der DDR-Grenze beginnen, die BRD sollte als Hinterland einer militärischen Offensive gegen Osteuropa stabilisiert werden. (186) Damit waren die Voraussetzungen für die Orientierung großer Teile des staatlichen Militär- und Polizeipotentials am aktuellen Klassenwiderspruch gegeben. Es war jetzt nur noch erforderlich, einen genau definierten Zusammenhang zwischen der effektivierten Arbeiterunterdrückung auf Fabrikebene und in der Gesellschaft herzustellen. Gefragt war eine Strategie, die fähig war, eine etwaige soziale Ausweitung der latenten Arbeiterautonomie präventiv vorwegzunehmen. Das Ergebnis war vom Unternehmerstandpunkt gesehen klar und eindeutig - es war die Konzeption des "verdeckten Kriegs". (187) Die Theoretiker des "verdeckten Kriegs" versuchten im allgemeinen, die Klassenkampferfahrungen des Systems aus den frühen zwanziger Jahren, der NS-Ära nach 1941/42 und einige Reminiszenzen der Gegen-Insurrektion aus den drei Kontinenten mit jenen zentralen Problemen, die sich aus der aktuellen Klassenkonstellation ergaben, zu verbinden. (188) Ihre Diskussionen mündeten schon 1963/64 in einen Konsens hinsichtlich der vorbeugenden Einkreisung der "empfindlichen Punkte" zukünftiger Klassenauseinandersetzungen ein. Es waren dies die reorganisierten industriellen Ballungszentren; sie kehrten bei allen taktischen Differenzen in Einzelpunkten in den meisten Analysen als Kernproblem der präventiven Gegen-Insurrektion wieder. (189) Als "in besonderem Maße anfällig" "gegen staatsfeindliche Einwirkungen" wurden "industrielle Großunternehmen und Ballungszentren, wie beispielsweise das Ruhrgebiet" festgestellt (190); auf deren Kontrolle vor und nach einem Tag X seien alle Anstrengungen auszurichten, weil "durch Anzettelung wilder Streiks oder gewaltsame Beschädigung von Produktionsmitteln (...) verteidigungs- und lebensnotwendige Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen mühelos längere Zeit zum Stillstand gebracht werden" könnten (191), ohne daß dabei eine offene militärische Auseinandersetzung im Sinn des bisherigen kalten Kriegs mit Sowjet- oder DDR-Truppen nötig sei. Die "verdeckte Kampfführung" wurde verstanden als möglicher Versuch radikalisierter Arbeitergruppen, durch Streiks, Sabotage, Massendemonstrationen und "Banden"-Aktivitäten die Zentren der mechanisierten Massenproduktion "subversiv" zu zersetzen und schließlich gänzlich der Kontrolle des Wirtschaftssystems zu entziehen. Das aber war Anlaß genug, um sich auf ein Versagen des - gleichwohl massiv forcierten - Spaltungsautomatismus innerhalb der Klasse einzurichten. Wie der seither beschleunigte Aufbau einer "Zivilverteidigung" zur Ergänzung der "nationalen" Operationsplanung der Bundeswehr ("Territorialverteidigung") dokumentiert (192), wurden die Zentren der Ausbeutung des multinationalen Massenarbeiters durch eine Kombination von militärischer Dislozierung und infrastruktuerellen Maßnahmen eingekreist. (193) Das Produktionspotential - vor allem die Raffineriekapazitäten - und das Verkehrssystem wurden weiter diversifiziert, um über den ökonomischen Kalkül des Wirtschaftssystems hinaus die Arbeitermassen von Industriezentrum zu Industriezentrum im Fall größerer Unruhen gegeneinander abzuschließen. Die "praktischen Vorbereitungen der Landesverteidigung" wurden systematisch "auf die unteren regionalen Stellen verlagert", so daß unzählige Kontaktflächen" entstanden, "die sich zu einer gewaltigen Kapazität" addierten (194)

(183) Ebd. S. 134. Diese Auseinandersetzungen liefen zunächst auf internen Ebenen. Klartext wurde erst 1968 gesprochen: "Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung lebenswichtig. Weil es nicht möglich sein wird, einen ausreichenden äußeren Objektschutz (...) aufzubauen, und weil die zunehmende Verfeinerung der Technik unter gleichzeitiger Personalverminderung ein Anwachsen der Stör- und Lähmungsempfindlichkeit der technischen und baulichen Objekte mit sich bringt, gewinnt der innere Objektschutz ständig an Bedeutung." DiNT-Jahresbericht 1968, S. 158.

(184) Vgl. dazu G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, op. cit. S. 184 ff.; J.L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, S. 41 ff.

(185) Vgl. dazu F. Frassati, Die NATO auf der Suche nach einer Strategie. Rohübersetzung eines in "Critica Marxista", Jg. 1968, erschienenen Artikels, im Bes. d. Verf.

(186) Diese strategische Hypothese liegt einer Untersuchung des damaligen Generalmajors de Maizière zugrunde, die die Umwälzungen der seinerzeitigen militärpolitischen Planung konzentriert zusammenfaßt: de Maizière, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, Hamburg-Berlin 1964.

(187) Zur Theorie des "verdeckten Kriegs" in der BRD vgl. vor allem: Truppenpraxis, Jg. 1962 ff.; Wehrkunde, Jg. 1962 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1962 ff.; sowie K.V.R. Wolf, R.W. Günther, G. Moritz, Der verdeckte Kampf, Bonn o.J.; H. v. Zitzewitz, Innere Verteidigung. Gemeinsame Abwehraufgaben für Militär und Zivil in der Landesverteidigung der NATO-Mächte, in: Wehrkunde, 1962, S. 81 ff. - ein Artikel, der besonders intensiv diskutiert worden ist.

(188) Exemplarisch dafür: Der verdeckte Kampf, op. cit.; H.K. Günther, Der Kampf gegen die Partisanen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1968, H. 12; W. Hahlweg, Kriegserfahrungen in Vietnam und ihre Anwendbarkeit auf Europa, ebd. H. 3.

(189) Dazu vor allem: E. Beyer, Raumordnung und Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; H. Walitschek, Probleme des modernen Kriegsbildes, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1964, H. 4; K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, ebd. H. 3.

(190) Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

(191) Zit. nach ebd.

Für die beiden wichtigsten Varianten des neuen "Kriegsbilds", den reinen Klassenwiderstand der Arbeiter im Sinn der "verdeckten Kampfführung" wie auch für den "begrenzten Krieg", in welchem sich befristete militärische Auseinandersetzungen zwischen der BRD und etwa der DDR mit Arbeiteraufständen addierten, waren "Insellagen" nötig: jeder Regierungsbezirk, in dem es wichtige industrielle Produktionszentren gab, sollte fähig werden, auch im Fall längerdauernder Verluste wichtiger Regionen an aufständische Arbeiter oder feindliche Truppen unter Unternehmerkommando weiterzuexistieren. (195) Diesem Ziel wurde schließlich die gesamte Strukturpolitik des Wirtschaftssystems subsumiert. Im "Ersten Raumordnungsbericht" von 1963 heißt es lakonisch: "Bei den gesamten Raumordnungsmaßnahmen sollte sowohl im Interesse der militärischen und zivilen Verteidigung als auch zum besseren Schutz gegen Katastrophen darauf hingewirkt werden, daß bei einer vorübergehenden Unterbrechung des gebietlichen Zusammenhangs der Bundesrepublik oder regionaler Versorgungsbereiche im Notstandsfall das Überleben der Bevölkerung und die Erfüllung der dringendsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen Teilräumen gewährleistet werden." (196) In diesem Sinn wurde eine gigantisch perfektionierte Maschinerie zur Vervollständigung des Kommandos über die Arbeitermassen in den neuralgischen industriellen Zentren etabliert. Eine geheime Schubladen-Gesetzgebung (197) zeigte detailliert die entscheidende Stoßrichtung an: Präzisierung des Mechanismus der Klassenspaltung in der Fabrik und präventiver Belagerungszustand gegen die Arbeiter auf gesellschaftlich-territorialer Ebene, um jegliche Ausweitung von Kämpfen, die lokal außer Kontrolle gerieten, auszuschalten. Die gesamte Strategie mutet wie eine modernisierte und dem seit der Spätphase der NS-Zeit umgewälzten Klassenverhältnissen angepaßte Neuauflage der Aufstandsbekämpfungspläne der Reichswehr in den frühen zwanziger Jahren an, denn auch jetzt begannen sich "die Überlegungen derjenigen, die heute über die Landesverteidigung nachdenken (...) auf die schwach besiedelten Gebiete und auf die Umlandzonen der großen Ballungsräume" (198) zu konzentrieren. Das geschah wohlgemerkt in einer Situation, wo im Vergleich zu 1920/21 die Zersplitterung der Klasse in den Betrieben und Abteilungen auf die Spitze getrieben war! Gemessen an dieser bombastischen Entwicklung der Fabrik zur Gesellschaft mutete die antagonistische Tendenz auf Arbeiterseite hingegen wie eine gerade erfaßbare Randstörung äußerst stabiler Verhältnisse an. Vielleicht hatten die Unternehmer und der Staatsapparat tatsächlich den Signalcharakter der erneut aufkommenden proletarischen Kampfformen erfaßt und deshalb so hektisch reagiert. Gleichwohl war er nicht dazu angetan, um für die Ausgestaltung von Bürgerkriegsmanövern gegen die Massen auszureichen. In der Stabsrahmenübung "Fallex 66", an der sich auch eine BDI-Delegation beteiligte (199), wurde deshalb nicht die "verdeckte" Insurrektion der Arbeiter allein, sondern ein "begrenzter Krieg" mit starker revolutionärer Arbeiterbeteiligung geübt. Das Manöver fing mit Arbeiterunruhen bei VW in Wolfsburg an - im Gegensatz zur westdeutschen Linken hatte das westdeutsche Wirtschaftssystem die Tragweite der VW-Kämpfe von 1959 und 1962 also nicht übersehen. (200) Am vierten Manövertag hatten sich die "wilden Streiks" massiv ausgeweitet, in den Industriezentren taten sich Agitatoren für einen Generalstreik hervor. Dann setzte eine große Sabotage-Welle, nicht von den multinationalen Massenarbeitern in der BRD, sondern von bewaffneten Banden des militärischen Feinds "Orange" angezettelt, ein. "Wilde" Streiks und Sabotageaktionen auch gegen militärische Einrichtungen skizzierten also die Manöverlage, ohne daß eine revolutionäre und bewaffnete Arbeiterorganisation vorhanden war, die den Spaltungsmechanismus der Klasse auf Fabrikebene durchbrochen hätte. Um den Realismus zu wahren, kam die Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeiterautonomie und bewaffneter Arbeitermacht noch von außen, sie kam von "Orange". (201) Würde es in Zukunft bei den beschränkten Kampfformen der Arbeiter und bei einer davon unabhängigen bewaffneten Subversion, aus osteuropäischer Richtung kunstvoll gesteuert, auf den Manövertheatern der gesellschaftskapitalistischen Bürgerkriegsmaschine bleiben? Und wie war die Perspektive der Konfrontation auf dem realen Klassentheater?

(192) Dazu de Maizière, op.cit.; E. Beyer, Das Zusammenwirken der Kräfte in der Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1962, H. 2; H. J. Trieglaff, Die Bonner Territorialverteidigung im System der von den westdeutschen Militaristen geplanten Notstandsdiktatur, in: Militärwesen, Berlin, 1964, H. 4.

(193) Vgl. E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; G. Brehmer, Wirtschaftliche Landesverteidigung heute und morgen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1.

(194) E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme ..., op.cit. S. 139.

(195) Dafür wurde ein besonderer Begriff geschaffen: "regional geschlossene Teilverteidigungswirtschaft". Vgl. K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, op.cit. S. 150.

(196) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/1492: Erster Raumordnungsbericht v. 1.10.1963, S. 42.

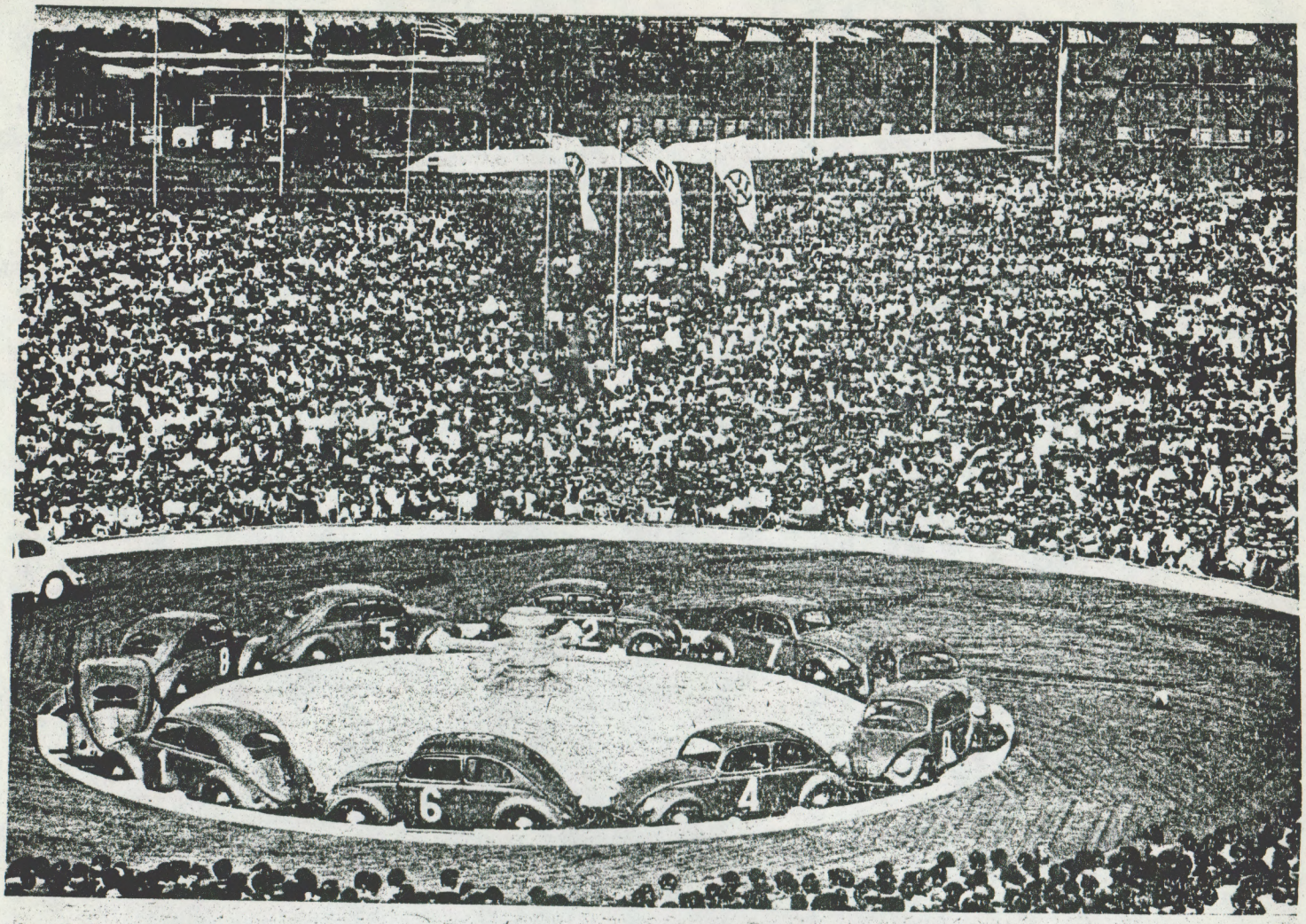
(197) Ein Teil dieser Schubladengesetzgebung wurde 1967/68 bekannt und von der außerparlamentarischen Opposition veröffentlicht. Die erste Publikation war: Schubladentexte, eingeleitet von H. Hannover, Frankfurt und Berlin 1966.

(198) Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Düsseldorf v. 22.3.1958.

(199) Vgl. Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 14. Jg. 1966, Nr. 11, S. 8.

(200) Zum Fallex-Manöver vgl.: Der Spiegel Nr. 46 v. 6.11.1967, S. 33 ff.

(201) Also einem fiktiven äußeren militärischen Gegner.



Aus Anlass der Fertigstellung des 500.000. Volkswagens nach dem Kriege veranstaltete das Volkswagenwerk für seine Angehörigen eine Autoroulette bei dem fünf neue Volkswagen, sowie Motorräder und Fahrräder ausgespielt wurden. Jedes Werkmitglied erhielt ein Los, und die gewinnenden Nummern wurden mit einem Autoroulette, bei dem sich in der Mitte grüne und rote Volkswagen drehten und ein weisser VW einen gestreiften Ball in's Roulette abschiesst, ermittelt. Ein junges Mädchen brachte den Ball mit einem Kescher stets zum weissen „Croupier"-Wagen zurück.

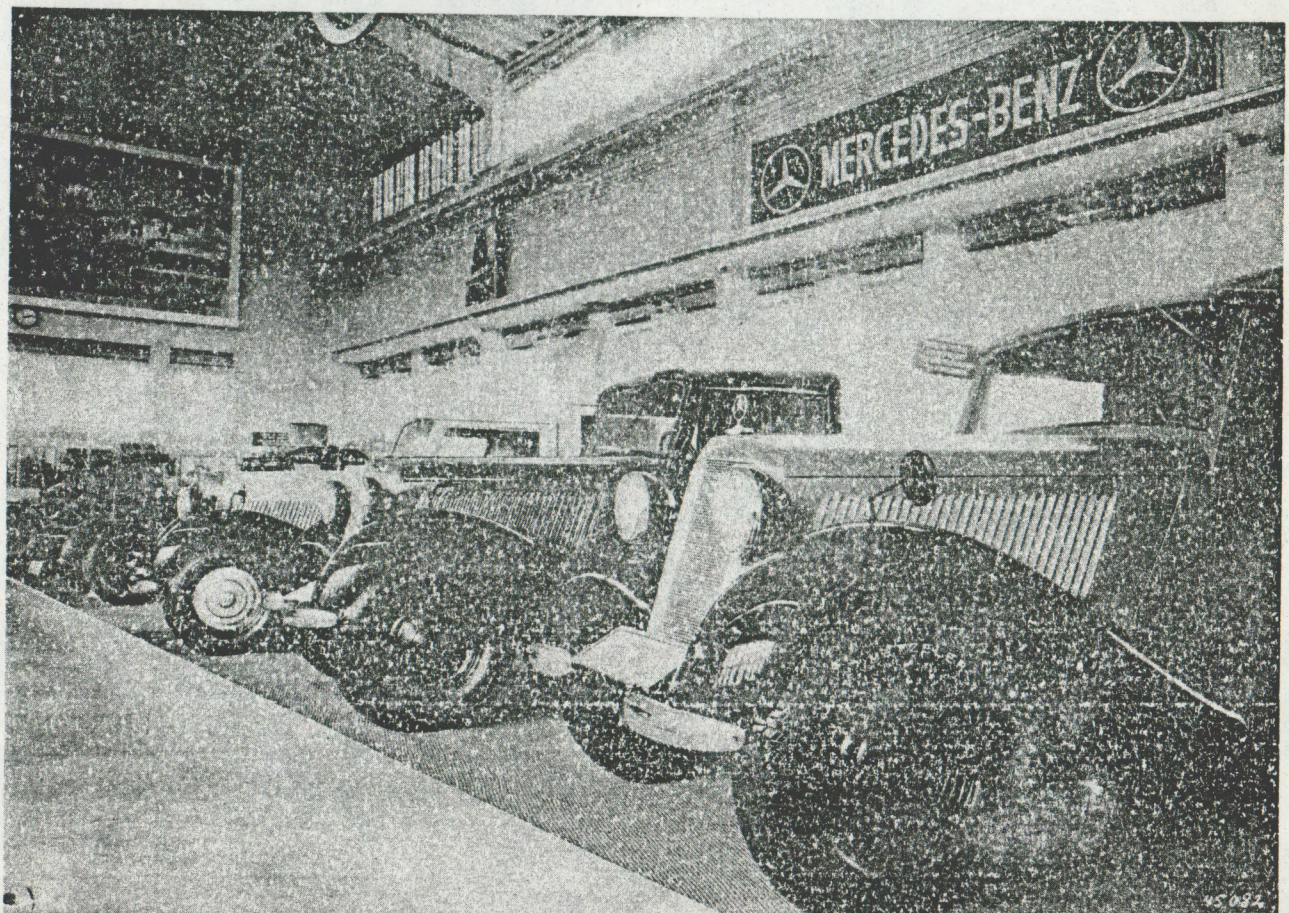


Abb. 57 Stand von Mercedes-Benz bei der ersten Industrieausstellung in Stuttgart „Export schafft Brot" im Herbst 1946.

4. Von der Wirtschaftskrise 1966/7 bis zu den Septemberstreiks

Während die Ergebnisse von "Fallex 66" noch ausgewertet wurden, entstanden zwischen Kapital und Arbeit neue Konfrontationslinien, welche die Bedingungen und Entwicklungstendenzen des westdeutschen Klassenantagonismus entscheidend zu verändern drohten. Eine Zeit lang schien es, als ob der zentrale Mechanismus der Klassenspaltung an Bedeutung verlieren sollte. Denn die Unternehmer leiteten mit der Wirtschaftskrise von 1966/67 einen neuen Gegenangriff ein, der zweifellos auf die Positionen des Gesamtarbeiters zielte. Wie konnten sie sich nach fast 20 Jahren plankapitalistischer Expansion jenseits der klassischen Krise und jenseits einer massiven produktivitätsstimulierenden Rolle des Reallohns für einen derart einschneidenden Rückgriff auf wirtschaftspolitische Instrumente entscheiden, der die Fassade der "sozialen Marktwirtschaft" erheblich erschüttern mußte? Was war geschehen, daß die Unternehmer sich jetzt dazu herbeiließen, gegen die Massenarbeiter und die umgeschichteten Gruppen der deutschen "Stammarbeiter" in den teilautomatisierten Industrien gleichermaßen vorzugehen?

Die zentrale Ursache ist nicht so sehr in den Analysen der Linken über die Wirtschaftskrise von 1966/67 (202), sondern in den Ergebnissen einer großangelegten Untersuchung des "Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft" angedeutet. Darin heißt es, die fortschreitende Ersetzung von Arbeitskraft durch Kapital im letzten Investitionszyklus habe dazu geführt, daß aus der beschleunigten "Kapitalintensivierung ein abnehmender Produktionsgewinn zu erwarten" sei. (203) Indirekt wird daraus die Notwendigkeit abgeleitet, den abgelaufenen Reproduktionszyklus in seinem Schwerpunkt umzukehren und den inzwischen erreichten "Kapitalbestand durch vermehrten Arbeitseinsatz besser auszunutzen" (204). Offensichtlich hatten sich die Relationen zwischen den ausbeutungsintensiven Sektoren der mechanisierten Massenproduktion und den neuen kapitalintensiven Grundstoffindustrien, bezogen auf die organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals, rapide verschoben und damit einen erheblichen Rückgang der Gesamtprofitrate herbeigeführt. (205) Es wurde also nach einer euphorischen Begeisterung über die Möglichkeiten der Automation gefordert, das Tempo, mit dem das Kapital seine eigene Ausbeutungsbasis untergrub, wieder zu verlangsamen: Vom Arbeiterstandpunkt her nichts anderes als die Tatsache, daß nicht das Kapital gemeint sein kann, wenn die Frage diskutiert wird, was erforderlich sei, um die notwendige Arbeitszeit gegen Null gehen zu lassen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf verzichten, die sich seit Anfang der sechziger Jahre anbahnende Verschlechterung der Profitabilität des Kapitals und damit den zunehmenden Rückgang des Investitionsbooms detailliert zu rekonstruieren, genauso, wie wir bewußt davon Abstand nehmen, die Gegenmanöver der großen Unternehmen aufzuarbeiten, die sich vor allem auf Kapitalexporte und direkte Übernahme der mechanisierten Produktionsstufen durch die überkapitalisierten Grundstoffindustrien konzentrierten. (206) Es genügt uns die Feststellung, daß die stetige Entwicklung der Profitrate, wesentlich basierend auf der Effizienz der Klassenspaltung, ins Wanken geraten war. Die aus den mechanisierten Produktionssektoren angeeignete Mehrarbeitszeit reichte nicht mehr aus, um den ausgeklügelten und durch erhebliche Konzessionen an den Reallohn verschleierten Umschichtungsprozeß der deutschen Arbeiterschichten an den Mehrstellenarbeitsplätzen, in Reparatur-, Instandhaltungs- und Kontrolltätigkeiten im bisherigen Schneckentempo ablaufen zu lassen. Die Zeit war vorbei, wo die Unternehmer bereit waren, die entintellektualisierten Funktionen der Fräser, Dreher, Bohrer, Walzwerker, Schiffbauer, Elektriker usw. als "neue" Facharbeiterstellen zu führen und zu bezahlen. Es ist richtig, daß die Arbeitsorganisation, der die neuen Arbeitergruppen unterlagen, nicht mit der Situation der Fließbandarbeiter in den mechanisierten Sektoren gleichgesetzt werden kann. Es ist in der Tat ein gewaltiger Unterschied, ob die Arbeitskraft mit monoton-manuellen und ständig wiederkehrenden Operationen dem Fließbandrhythmus unterworfen ist, oder ob sie, endgültig aus der Maschinerie hinausgedrängt, darauf gedrillt ist, vom Produktionsablauf durch gezielte und zeitlich befristete Eingriffe alle möglichen Störfaktoren fernzuhalten. Unbestreitbar blieb trotzdem eine Gemeinsamkeit: die zunehmende Distanzierung aller Arbeiterschichten vom Produktionsvorgang, die Beseitigung aller Identifikationsmerkmale mit der Arbeit. Die Einführung der numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine, seit Mitte der sechziger Jahre enorm beschleunigt, wurde explizit mit der Notwendigkeit begründet, die letzten Ab-

(202) Vgl. Leispielsweise: Die Krise in der Bundesrepublik. Am Ende des Wirtschaftswunders, in: Arbeiterpolitik, 1967, Nr. 1; Die westdeutsche Industrie im Krisenjahr 1967, in: DWI-Berichte, 1968, H. 3; Die Wirtschaftskrise 1963/67 in Westdeutschland und ihr Platz in der langfristigen ökonomischen Entwicklung. Als Ms. gedruckt, Berlin 1967; L. Maier, Ökonomie und Politik einer Wirtschaftskrise. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: DWI-Berichte, 1968, H. 2; Ökonomie und Politik einer Krise, DWI-Forschungshefte, Jg. 1968, H. 2.

(203) Zit. nach: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsprojekt des RKW, 1. Bd.: Sieben Berichte, Frankfurt 1970, S. 116.

(204) Ebd.

(205) Diese Einsicht bringt die RKW-Autoren in eine verblüffende Nähe zu Marxschen Kategorien, die freilich nur in Gänsefüßchen formuliert werden: "Die Beschleunigung der Kapitalintensivierung in den sechziger Jahren bringt zum Ausdruck, daß der immer knapper werdende Produktionsfaktor Arbeit in steigendem Maß durch Kapital substituiert wurde. Zwar konnte dadurch die Produktivität schneller wachsen als in den fünfziger Jahren, doch zeigt sich, daß die Produktivitätsfortschritte durch Kapitalintensivierung einer 'Tendenz zum abnehmenden Ertragszuwachs' unterliegen." Zit. nach ebd. S. 116.

(206) Zur Entwicklung der westdeutschen Kapitalexporte vgl. die vorzügliche Arbeit von K. Neuß, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt 1971; zur Diversifizierungsstrategie der Konzerne besonders Chmelnizkaja, Moderne Kombination und Diversifikation. Einige neue Erscheinungen in der Entwicklung der Monopole, in: Konjunktur und Krise, 1967, H. 1, S. 41 ff.

hängigkeiten des Maschinentempos vom status quo zwischen Maschinerie und Arbeitskraft aus dem Weg zu räumen. (207) Und dies war wiederum nur Voraussetzung dafür, daß es möglich wurde, die Arbeitskraft durch neue Prämienlohnsysteme zwangsweise an das jetzt ausschließlich von der Maschine diktierte Arbeitstempo anzupassen. Gleichzeitig wurden natürlich auch in der technologisch rückständigen Montageproduktion die Kleinstzeitverfahren verstärkt durchgesetzt - ein Prozeß, bei dem der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie die Arbeitskraft endgültig zum zweihändigen, sensumotorisch gedrillten Arbeitsaffen degradierte und die Ausbeutungsraten bis hin zur absoluten Grenze steigerte. (208)

Die Unternehmer gaben unumwunden zu, daß sie die traditionelle Krise brauchten, um diesmal gleichzeitig bei allen wichtigen Schichten des Gesamtarbeiters die Arbeitsintensität zu steigern. (209) Der befristete Investitionsstreik war aus ihrer Sicht erforderlich, um durch ein systematisches "Gesundschrumpfen der Belegschaften" eine breite Basis für ihren Angriff zu schaffen. (210) 300 000 Arbeitsemigranten und fast genauso viele deutsche Arbeiter wurden an die Luft gesetzt. Die betrieblichen Sozialleistungen und Sonderprämien vor allem für die besser situierten deutschen Arbeiterschichten wurden selbst in großen Unternehmen mit besonders intensivem "human engineering" ersatzlos gestrichen oder zumindest eingeschränkt. (211) Immer wieder bekräftigen die Unternehmer ihre Entschlossenheit, auf diesem Weg die Arbeitsmoral systematisch aufzubessern. Das war 1966/67 der Ausgangspunkt für einen neuerlichen Entwicklungssprung in der gesamtkapitalistischen Entwicklung, und die Stoßrichtung war auf betrieblicher wie gesellschaftlicher Ebene genau festgelegt. Der drohende Verlust der Arbeitsplätze und die Eliminierung aller Arbeitergruppen mit fortgeschrittenen informellen Kampfformen gegen die Arbeitsorganisation sollten eine gemeinsame Grundlage für das in den Einzelheiten komplizierte Vorgehen gegen die Arbeiter schaffen: gegen die Fließbandarbeiter der Montage- und Verpakkungssektoren, die ziemlich schlagartig den über das REFA-System hinaus versachlichten neuen Arbeitsnormen à la MTM und Work Factor unterworfen wurden; gegen die Instandhaltungs-, Reparatur- und Kontrollarbeiter, die erstmals auf breiter Front Bekanntschaft mit der "analytischen Arbeitsbewertung" machten, welche eindeutig darauf abzielte, ihre informell geübte "Akkordzurückhaltung" zu knacken (212); und nicht zuletzt gegen die kaufmännischen Angestellten und die technischen Kader, denen 50 Jahre nach Ford und Taylor mittels der Computertechnologie erstmals die bisherigen kognitiven Reservate in den der unmittelbaren Produktion zugeordneten Abteilungen entzogen und die ebenfalls einer systematischen Arbeitsteilung unterworfen wurden. (213) Der Angriff war in der Tat umfassend. Das zeigte sich nicht zuletzt darin, daß die Unternehmer begannen, eine heftige Agitation gegen die außerbetrieblichen Qualifizierungseinrichtungen des Bildungswesens zu entfalten. Die "Bildungskrise", die sie damals entdeckten, wies ihre Entschlossenheit aus, die gesellschaftlichen Strukturen zu zwingen, sich an den großen Sprung im Fabrikkommando anzupassen. (214) Das erforderte eine Menge gesellschaftlicher Reformen und folglich eine gewisse Umstrukturierung des institutionellen Rahmens des Gesamtkapitals. Der Arbeiterreformismus, zwanzig Jahre in Wartepositionen abgedrängt, wurde wiederentdeckt als ein Instrument, das dazu beitragen sollte, die Kluft, die zwischen dem Rationalisierungsboom in den Werkhallen und den erstarrten gesellschaftlichen Strukturen entstanden war, schrittweise abzubauen. Das gesamtkapitalistische Gehirn leitete - in wohlproportionierter Dosierung - das große come back von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf der institutionellen Ebene des Systems ein, um es sich schließlich auch bei der Rekonstruktion der durch die Krise beeinträchtigten Klassenspaltung in der Fabrik zunutze zu machen. Dieser Prozeß lief genau jenen gesellschaftlichen Explosionen parallel, die sich seit 1966/67 als unmittelbare Reaktion auf den kapitalistischen Angriff zu stabilisieren begannen.

Indes hatte die Krise von 1966/67 noch einen anderen und nicht minder wichtigen Aspekt: das antagonistische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, so, wie es sich im Stand der Profitrate manifestiert, hatte sich massiv über die Einkreisungsstrategie der Unternehmer gegenüber den Arbeitern hinweggesetzt. Es zeigt sich wieder einmal, daß ein noch so ausgefeilter Plan zur politisch-repressiven Verewigung des Kommandos über die Arbeiter allein nicht ausreicht, um einfach durch seine demonstrative Existenz schon die befürchtete Radikalisierung des Arbeiterantagonismus aufzuhalten. Wenn man von den Versuchen der fabrikspezifischen Repression absieht, die sinkende Arbeitsmoral unter Kontrolle zu bringen, war die ganze gesellschaftliche Maschinerie der Einkreisung der Arbeiter in den Zentren der Ausbeutung Makulatur geblieben. Sie hatte nicht zu verhindern vermocht, daß die Unternehmer selbst sozusagen nachträglich die materiellen Bedingungen für die noch gar nicht vorhandene, aber in den paramilitärischen Planspielen so erfolgreich im voraus bekämpfte Insubordination der Arbeiter lieferten. Natürlich könnte man dem entgegenhalten, die Unternehmer seien eben so weit-

(207) Darüber äußerte sich ein Manager von Mannesmann-Meer in einem Referat über numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen folgendermaßen: "Die Praxis numerischer Steuerungen bringt es mit sich, daß die Denkprozesse aus den Fertigungsstätten in die Arbeitsvorbereitung verlagert werden. (...) Die numerische Maschine arbeitet weitgehend fehlerfrei. Sie kennt keinen 'Blauen Montag', keine Müdigkeit, keine Erkältung usw., Erscheinungen also, die zum Menschen gehören und hingenommen werden müssen. Sie sind es aber, die die Leistung und Qualität entscheidend beeinflussen. Selbst der konzentrierte und gewissenhafte Mensch irrt sich gelegentlich." A. Kohlitz, F. Grunwald, Die numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine als Mittel der Rationalisierung. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 83, Dortmund 1966, S. 14, 16.

(208) Dieser Prozeß wird durchaus auch von Gewerkschaftsfunktionären registriert, als "tragisch" bezeichnet - und dann doch toleriert. Vgl. exemplarisch H. Pornschlegel, Kritisches zu den Verfahren vorbestimmter Zeiten, in: Der Gewerkschafter, 1961, H. 5, S. 16 f.; H. 6, S. 20 f.

(209) Dieses Unternehmerziel konstatiert selbst ein Otto Brenner: "Die unter dem Druck der Angst vor Arbeitsplatzverlust und Verdienstein bußen ansteigende Arbeitsleistung (...) ist doch wahrhaftig eine zweischneidige Sache. (...) Jetzt (...) benutzt man jede Möglichkeit, unliebsame, angeblich leistungsschwache Arbeiter und Angestellte loszuwerden, und versucht gleichzeitig, Druck auf diejenigen auszuüben, die infolge der veränderten Wirtschaftslage am kürzeren Hebel sitzen." O. Brenner, Vorwort zur Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Weißbuch zur Unternehmermoral, Frankfurt 1967, S. 7.

(210) Über diese Mentalität der "Reinigungskrise" vgl. Brenner, op. cit. S. 15.

(211) Vgl. ebd. S. 29 ff.: "Kürzung freiwilliger Sozialleistungen".

(212) "Es gibt Firmen (bzw. Abteilungen) in denen die Facharbeiter leicht auf 180 % kommen könnten. Um aber diese nicht aufgedeckte Zeitreserve weiter zu behalten, wird diese Zeit nicht angerechnet. Es gibt so Kollegen, die 20 000 Minuten 'in der Kiste' haben. Diese Minuten werden auch an andere Kollegen abgegeben. Mit 125 % hat der Kollege 'sein Geld drin', mehr kann er nicht abrechnen. Diese überschüssige Zeitreserve ist sein Freiheitsspielraum im Betrieb." F. Brandt, Träger der SED-Ideologie im Betrieb, Typoskript o. O. und J. (1973), S. 12.

(213) Wichtige empirische Beispiele für die jüngste Entwicklung untersucht J. Fuhrmann, Automation und Angestellte, Frankfurt 1971.

(214) Vgl. dazu vor allem St. Leibfried (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967; K. H. Roth, E. Kanzow, Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft, erw. Sonderausgabe, Berlin 1971.

sichtig gewesen, um sich schon lange vor relevanteren Angriffen gegen die Arbeiter auf die Niederschlagung etwaiger Konflikte, die daraus notwendig resultieren mußten, vorzubereiten. Aber gegen eine derart weitgehende Rationalität der Unternehmerstrategie gibt es ein entscheidendes Argument: das nämlich, daß sie mit ihrem - wenn auch noch so sehr befristet kalkulierten - Investitionsstreik von 1966/67 ihre bisherigen Ausgangshypothesen hinsichtlich der zu erwartenden Frontstellung gegen die Arbeiter weitgehend über den Haufen warfen. Wer die konzerninternen Zuschläge auf den Reallohn in über 70 Prozent der Betriebe ersatzlos streicht und damit einen nicht unwichtigen Teil der Klassenspaltung dem Profit opfert, konnte kaum hoffen, die deutschen Arbeitergruppen in Aufpasserkommandos für die Arbeitsemigranten umzuwandeln. Und wer den neuen Arbeiterschichten der teilautomatisierten Industrien durch neue Bewertungsverfahren auf drastische Weise die Illusion vom bruchlosen Aufstieg in der Betriebspyramide nahm, mußte wohl oder über darauf verzichten, sie für den "Selbstschutz" der Werksanlagen gegen "Sabotage", "Diversion" und "Katastrophen" zu begeistern. Er entzog der vom Kriegsbild des "verdeckten Kriegs" geforderten Beteiligung eines Teils der Arbeitermassen an der präventiven Aufstandsbekämpfung die materielle Basis. Das sollten die Defensivkämpfe der Arbeiter, die 1966/67 einsetzten (215), in aller Deutlichkeit beweisen. Anfänglich waren die Arbeitsemigranten bei den Aktionen im Saarland und im Ruhrgebiet nur passiv beteiligt, als sich die Belegschaften von Unternehmen der Holzindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus der demonstrativen Reallohnkürzung widersetzten. Aber der Unternehmerangriff konnte erst wirklich abgewehrt werden, als im Mai 1967 die Rheinstahl-Hanomagarbeiter in Hannover, Hamburg-Harburg und Bremen und im Herbst 1967 die hessischen Gummiarbeiter sich tatsächlich homogenisierten, um - ganz gleich, ob Bandarbeiter oder Instandhaltungs- und Reparaturarbeiter - die bedrohten übertariflichen Zulagen auf den Reallohn "einfach einzustreiken" (216), Bezeichnenderweise wurden die Arbeiter erst jetzt fähig, "über die Lohnfragen hinaus in Probleme der Restrukturierung der Arbeitsorganisation einzugreifen." (217)'Sie wußten nur zu gut, was die neuerliche Rationalisierungswelle für sie konkret bedeutete. Seit den Ereignissen in den Hanomag-Werken hat sich die Widerstandslinie der Arbeiter erheblich versteift (...) Immer deutlicher nisten sich in den Arbeiterkämpfen neue Kampfformen und neue Parolen ein. In den meisten Betrieben, die später in den Septemberstreiks eine große Rolle spielen, entstehen neue aktionsbereite Gruppen von Akkordarbeitern, die, wie die ständigen Abteilungskämpfe bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln, auf der Bremer Klöckner-Hütte, auf den großen Werften, in den Stahlwerken des Ruhrgebiets und in verschiedenen Fabriken der elektrotechnischen Industrie zeigen, mehr und mehr der gewerkschaftlichen Kontrolle entgleiten." (218) Die Arbeitsemigranten hatten an dieser Entwicklung erheblichen Anteil. Es paßte wahrhaft nicht in das gerade umständlich realisierte Konzept der Kombination von interner Klassenspaltung und äußerer Einkreisung der Arbeiterautonomie, daß die ausländischen Arbeiter von ihren deutschen Klassengenossen während der ablaufenden Konflikte auch nur als passiv Beteiligte geduldet wurden. Ja, mehr noch, die Arbeitsemigranten wurden hier und da, wie die "Frankfurter Allgemeine" entrüstet konstatierte, zur "radikalen Garde" bei spontanen Streiks. Mit der Pufferfunktion der Ausländer, die durch ihre gelenkte Mobilität und durch ihre Existenz an den schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätzen den bisherigen Investitionszyklus stabilisiert hatten und vollständig unter Kontrolle schienen, war es, wenn es so weiterging, demnächst vorbei. Denn in die bislang so "friedliche Landschaft passen (...) die häßlichen Vorgänge ganz und gar nicht, die sich bei dem dramatischen Streik in der hessischen Gummiindustrie abgespielt haben. Vor den Toren eines größeren Gummiwerkes in Hanau bildeten johlende Ausländer lebende Ketten, die zunächst Arbeitswilligen den Zugang zum Betrieb verweigern wollten, jedoch dann von einer Welle von Emotionen aufgepeitscht selbst zum Angriff übergingen. Es gab Verletzte, zerrissene Kleider, Arbeitswillige wurden gejagt wie Hasen bei der Treibjagd.(...) Zwar entwickelt sich keine größere Straßenschlacht aber immerhin war plötzlich eine Situation entstanden, die einem Tumult ähnlich war, die vor allem mit den Vorstellungen eines legalen Streiks, in dessen Verlauf Arbeitswillige oder gar völlig Unbeteiligte unbelästigt bleiben müssen, nichts mehr zu tun hatte." (219) Die vorausberechnete Konfliktsituation schien sich also tatsächlich vorzubereiten, nur blieb sie nicht auf die Fließbandarbeiter und Arbeitsemigranten beschränkt, sondern wurde wegen der Geschlossenheit des Angriffs auf den Reallohn und die Arbeitsbedingungen von breiten Arbeitermassen getragen. Damit war das Kernstück der präventiven Gegen-Insurrektion des Kapitals illusorisch geworden. Das Gesamtkapital vermochte nicht zu verhindern, daß der kalkulierte Investitionsstreik binnen kurzem gegen seine Akteure gewendet wur-

(215) Zu ihrem Ablauf vgl. die Angaben bei K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, in: Zirkular: Probleme des Arbeiterkampfes, 2. Jg. 1973, H. 12, S. 21 ff.

(216) Zit. nach Welt am Sonntag, Hamburg, 21. 5. 1967. Zu den Hanomag-Aktionen vgl. auch: Der Streik bei Hanomag, in: Arbeiterpolitik, 1967, Nr. 2, S. 10 f.; Hanomag: Nachlese und Auslese, ebd. Nr. 4, S. 8 ff.; H. Bender, Streik bei Hanomag, in: express international Nr. 45 v. 27. 5. 1967.

(217) K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe, op. cit. S. 25.

(218) Ebd.

(219) E. G. Vetter, Gastarbeiter - die radikale Garde beim Streik? in: FAZ v. 27. 11. 1967.

(220) Es gibt bislang noch keine Analyse der westdeutschen Studentenbewegung als Katalysator der außerparlamentarischen Opposition von 1966/67 bis 1969. Es bleibt zu hoffen, daß ein gerade gestartetes Unternehmen des Mailänder Feltrinelli-Instituts diese historische Lücke schließen wird.

(221) Vgl. dazu K. H. Roth, op. cit. S. 25 ff.

(222) Vgl. die Arbeiten von W. Fischer, K. Kullmann, K. H. Roth u. a. in den Zeitschriften der außerparlamentarischen Opposition von 1966/67.

(223) Vgl. G. Wallraff, Wehe, wenn sie losgelassen! in: Pardon, Juni 1967. Die Reaktion der Tagespresse auf diesen Artikel füllt einen dicken Aktenordner; G. Wallraff hat ihn dem Verf. freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

(224) Vgl. beispielsweise: Mannesmann - Selbstschutz hat keine Waffen, in: Rheinische Post v. 3. 6. 1967; Der Selbstschutz exerzierte ohne Waffen, in: Westfälische Rundschau v. 3. 6. 1967; Waffen im Betrieb? Bastelarbeit einer Redaktion, in: Rheinischer Merkur v. 9. 6. 1967; Invalidenarmee, in: Handelsblatt, 17. 7. 1967; Conti dementiert Selbstschutzübungen; in: Gewerkschaftspost, Hannover, 7. 7. 1967.

(225) Vgl.: Werkseibstschutz trägt keine Waffen, in: Rheinische Post v. 27. 5. 1967. Dieser Zeitungsartikel bezieht sich auf die Veröffentlichung Wallraffs, die erst ab 1. 6. 1967 gedruckt erreichbar gewesen ist. Wahrscheinlich hatte der Verfassungsschutz der "rheinischen Post" und anderen Unternehmerzeitungen die Druckfahnen des Pardon-Artikels zugespielt.

(226) Zit. nach: Politischer Streik, Diskus Extra Blatt Nr. 4, Mai 1968, S. 1.

(227) Das war auch nichts besonderes, da in anderen Konzernen sogar die Lagerung von automatischen Waffen bekanntgeworden war.

(228) Über eine entsprechende Forderung des Conti-"Sicherheitsbeauftragten" Bockenkamp vgl. den Artikel von E. Nitschke: Die Industrie hat Diebeskummer, in: Die Welt v. 7. 10. 1964. Bockenkamp ließ "verlauten", in Bonn würden gegenwärtig Überlegungen angestellt, den "über 60 000, zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüsteten oder oft sogar kriminalpolizeilich geschulten Mannern" des bundesdeutschen Werkschutzes den Status von Hilfspolizisten zu verleihen. Sie könnten so, folgert Bockenkamp, "als eine Art von Polizeireserve vielleicht sogar Bestandteil der militärischen Territorialreserve werden, die gegenwärtig noch unter Blutarmut leidet".

de. Die Jahre zwischen 1966/67 und den Septemberstreiks von 1969 umschließen die erste Epoche bundesrepublikanischer Geschichte, in der die scheinbar eherne Maschinerie des Systems ausgehend von den sozialen Teilkrisen im Bildungswesen bis hin zur Fabrik ernsthaft erschüttert wurde. Gegenüber der Studentenbewegung, die eine massive außerinstitutionelle Bewegung katalysierte (220) und schließlich von ersten autonomen Arbeiteraktionen überflügelt wurde (221), erwies sich das Klassenfeind-Bild des Systems als überraschend wirkungslos. Jahre vergingen, bis die Gewaltmaschine der herrschenden Klasse fähig wurde, sich auf die neue und unerwartete Konfrontation einzustellen und das Prinzip der Klassenspaltung zu reorganisieren. Es ist bezeichnend für die damaligen Verhältnisse, daß das ganze System präventiver Gegen-Insurrektion nicht etwa auf unmittelbarer Fabrikebene, sondern zunächst im Rahmen der außer-institutionellen Oppositionsbewegung angegriffen wurde. Seit 1966 wurde in verschiedenen Zeitschriften und Broschüren der Linken auf Existenz und Traditionen des innerbetrieblichen Unterdrückungsapparats der Unternehmer aufmerksam gemacht und aktiver Widerstand dagegen gefordert. (222) Als schließlich der Publizist Wallraff als fiktiver Ministerialrat des Bundesinnenministeriums von mehreren Sicherheitsbeauftragten eine exakte Bestätigung dieser Analysen erhielt, kam es zu einem Skandal, der die Unternehmer in eine heikle Defensive drängte. (223) Strategie und unmittelbare Stoßrichtung des Werkschutz-Systems wurden publik. Vergeblich wurde von den Unternehmern die paramilitärische Ausrüstung abgestritten. (224) Die Dementis, die schon vor der Veröffentlichung des Artikels von Wallraff einsetzten (225), vermochten nur zu verdeutlichen, wieviel Porzellan tatsächlich zerschlagen worden war. Unternehmensleitungen und Betriebsräte waren in eine heikle Position geraten. Der Versuch der Manager von Rheinstahl-Hanomag AG beispielsweise, auf die Arbeiteraktionen von Mai 1967 mit verschärften Repressalien jede neue Bewegung zu verhindern, machte jetzt vor aller Augen klar, in welchem Dilemma sich die Unternehmer seit der Krise befanden. In einer "Dienstanweisung für Werkschutz und Werkfeuerwehr der Rheinstahl-Hanomag AG", heißt es, da "Streikpropaganda innerhalb des Werksgeländes (...) verboten" sei, habe der Werkschutz "dem Versuch zu solcher rechtswidrigen Propaganda entgegenzutreten". Darüberhinaus seien "Streikversammlungen im Werksgelände (...) nach Möglichkeit - unter Umständen mit polizeilicher Hilfe - zu verhindern", die "Rädelsführer solcher Maßnahmen" seien "festzustellen". (226) Die Anweisung wurde vom Betriebsrat mehr oder weniger offen gedeckt, und das, obwohl aus Gewerkschaftskreisen berichtet wurde, auch der Hanomag-Werkschutz sei inzwischen mit Faustfeuerwaffen ausgerüstet. (227) Das Martialische in der Dienstanweisung vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich die Unternehmensleitung in der Defensive befand. Ihre Antwort auf die Arbeiteraktionen vom Mai 1967 war aufgedeckt, eine Antwort, die sich praktisch gegen alle Arbeiter, und nicht etwa nur die Arbeitsemigranten und jungen angelernten Deutschen an den Fließbändern, richtete. Die Hoffnung, deutsche Reparatur- oder Instandhaltungsarbeiter in größerer Zahl für die Aufrechterhaltung der Arbeitsmoral rekrutieren und im "Werkselbstschutz" zusammenschließen zu können, war aufgegeben. Der Spaltungsmechanismus war vorübergehend außer Funktion gesetzt.

Die Werkschutzaffäre war darüberhinaus Anlaß genug für die Unternehmer, ihre bisherigen zentralen Koordinierungsinstitutionen in Sachen Werkschutz in Frage zu stellen. Struktur und politische Funktion nicht nur des "Werkschutzes", sondern der "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" waren aufgedeckt; das allein war schon Anlaß genug, um über ihre Weiterexistenz nachzudenken. Zweitens hatte sich die GSW durch ihre zu starke Integration in das Gegen-Insurrektionsmodell des "verdeckten Kriegs" auch gegenüber den Unternehmern kompromittiert. So, wie er vorauskalkuliert war, schien sich der Arbeiterantagonismus nicht zu entwickeln. Schon immer hatten sich die Unternehmer gegen eine zu starke Integration ihrer Pinkertons in das System der "Zivilverteidigung" gesträubt, wie sie von der GSW und einzelnen Konzern-Abwehrbeauftragten vor allem 1963/64 betrieben worden war - sie hatte sich vor allem gegen deren Intentionen zur Wehr gesetzt, der Werkschutz solle wieder einmal Hilfspolizei-Status erhalten. (228) Drittens hatte sich die GSW, die seit 15 Jahren die Werkschutzleute zentral schulte, als zu unflexibel erwiesen. Ähnlich wie in manchen "Feindlagen" des staatlichen Polizeiapparats (229) trieben in den "GSW-Mitteilungen" noch immer die Kommunisten traditioneller Couleur ihr Unwesen; (230) daß sich der Klassenantagonismus entscheidend gewandelt hatte, war aber schließlich auch den Unternehmern nicht verborgen geblieben. Was sollten sie mit einem Abwehrsystem anfangen, das allzuoft notorisch auf alten Gleisen blieb, während beispielsweise sogar der "Industriekurier" die Legalisierung der KPD 1968 als einen Prozeß begrüßte, der notwendig war, weil er zur Disziplinierung und Zähmung der neuen und unkontrollierbaren sozialrevolutionären Tendenzen beitragen würde? (231) Folglich wurde die GSW Anfang 1968 faktisch aufgelöst, indem die großen Unternehmerverbände kurzfristig ihre Mitgliedsbeiträge strichen. (232) Für die Unternehmer galt es jetzt, alte Schemata der Repression abzuschütteln und sich auf eine veränderte Konstellation einzustellen. Diese Einsicht zielte nicht zuletzt auf die Gewerkschaften, da sie aktuell nicht länger in der Lage waren, das bisherige System der betrieblichen Unterdrückung stillschweigend zu decken. Ein neuer Anlauf tat not. Es galt, gegenüber den sich gefährlich homogenisierenden Arbeitern die Initiative wiederzugewinnen. Alles deutete darauf hin, daß sich bei einer reformistischen Stabilisierung des Systems die bisherigen Strukturen des Angriffs gegen die Arbeiter entscheidend verändern würden. Sobald sich die Arbeiterautonomie real abzeichnete, wurde das Prinzip der präventiven äußeren Einkreisung fallengelassen. Vorrang hatte jetzt alles, was den aufkommenden Arbeiterkämpfen von der Abteilung her, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Arbeitsorganisation, Einhalt gebot.

(229) Ein typisches Beispiel dafür liefert der Artikel von Polizeioberrat Josef Müller, Durchsuchung eines Gebäudes, in: Die polizeiliche Lage. Beilage der Zeitschrift: Die Polizei, Nr. 1 v. 8.1.1968, wo "aus dem antidemokratischen Ausland eingeschleuste" Kader dingfest gemacht werden sollen, die bezeichnenderweise "Leo Kinski" und "Wasil Dimitroff" heißen!

(230) So schrieb die GSW noch 1967, als sich die neuen proletarischen Kampfformen schon stark entwickelt hatten, völlig KPD-Kader-fixierte Feindlageberichte: "Die derzeitige Zurückhaltung, deren sich kommunistische Parteigänger in den Betrieben befleißigen, um weisungsgemäß ihren Arbeitsplatz zu erhalten, ist rein taktisch bedingt. Sie bedeutet keinesfalls eine Aufgabe der gesteckten Ziele. (...) Die Mobilisierung der staatserhaltenden Kräfte in den Betrieben ist eine Grundforderung, um der kommunistischen Aktivität und ihrer destruktiven politischen Zielsetzung zu begegnen." Zit. nach: GSW-Mitteilungen Nr. 3/67, Essen, 17.3.1967, S. 3 f.

(231) Vgl. Industriekurier v. 27.7.1967: Der große Gewinn einer Zulassung der KPD bestünde darin, daß die außerparlamentarische Opposition - vor allem auch in Studentenkreisen - vor die Wahl gestellt würde, Farbe zu bekennen oder an Wirkung zu verlieren." (!)

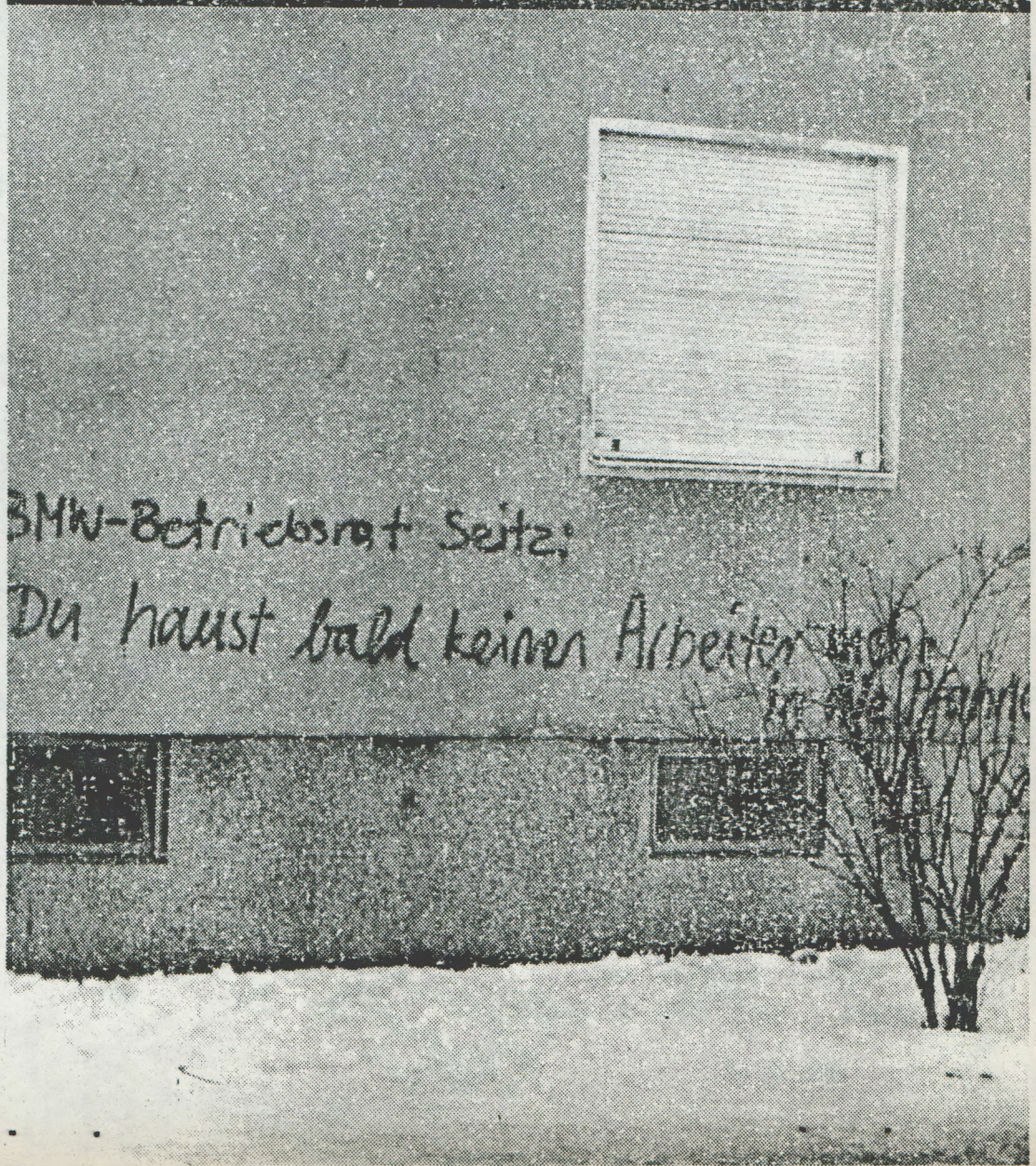
(232) Vgl.: Die Industrie steigt aus - Privatarmee: Wer finanziert jetzt die "GSW"? in: Metall, Nr. 4, 1968; BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 140.

Bosse
Arbeitskam
Strei
EINHEIMISCHE
RUPA TÜRKİYELİ TOPLUMCU
İŞSİZLİĞE KARŞI !
GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT !

Türkkampagne 1971

Exemplarische Aktion

Die Gewerkschaften



5. Unruhige Jahre

Aber vorerst blieb die Initiative auf Arbeiterseite. Bis auf weiteres hatten die Unternehmer keine Chance, die jahrelang gehüteten Geschütze gegen die aufkeimende Arbeiterautonomie ins Feld zu führen. Die neuen informellen Arbeiterkerne konnten ihren 2. September 1969 in aller Ruhe vorbereiten. Sie rückten dabei den Unternehmern mit erheblichem taktischen Geschick zu Leibe. Die erste Revolte, die den Übergang zur autonomen Aktion außerhalb der bisherigen Defensivparolen signalisierte, trugen sie aus einer fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisierten Belegschaft vor. Um so unerhörter war, was die Initiative der Hüttenarbeiter der Hoesch-Westfalenhütte am Morgen des 2. September auslöste: "Westdeutsche Arbeiter schoben in kollektiven Aktionen den ungeheuren Koloß ihrer Internalisierung in die kapitalistische Entwicklung wie eine Streichholzschachtel beiseite, um mit der Parole 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' eine autonome Offensive gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation einzuleiten. Von Arbeitern der Neunkirchener Eisenwerke wurden die Walzstraßen stillgelegt, die Roheisenbahn blockiert und die beiden Stahlwerke besetzt, um den Abstich zu verhindern; als ihre Forderungen nach linearer Lohnerhöhung und Zurücknahme der Arbeitshetze immer noch nicht erfüllt wurden, stürmten sie das Verwaltungsgebäude. Arbeiter der Bremer Klöcknerhütte zeigten sich bereit, auf die Provokation der Unternehmensleitung, die den Mischer, das kostspielige Zentrum des neuen LD-Stahlwerks, hatte füllen lassen, um dadurch die Fortsetzung der Arbeit zu erzwingen, mit einer militanten Aktion zu antworten: sie besetzten das Werk, sperrten die leitenden Angestellten aus, und verhinderten die planmäßige Entleerung der Mischanlage, um sie als Faustpfand in ihrem Kampf zu benutzen - 'entweder mehr Geld oder ein heroisches Denkmal aus Stahl' (...). Auf der Ruhrzeche 'Minister Stein' wurde Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau, die sich den Streikparolen massiv widersetzten, von Bergleuten festgenommen, beschimpft und angespuckt (...). Nirgends sind die 140 000 Arbeiter und Angestellten der Hütten Bergbau-, Werft-, metallverarbeitenden und Elektroindustrie bereit, in den ersten Tagen der Septemberstreiks irgendwelche Provokationen, seien es Drohungen der Gewerkschaftsfunktionäre, Streikbrecher oder Polizeiaufmärsche, kampflos hinzunehmen." (233) Aber dazu kam es - von einer Ausnahme abgesehen (234) - erst gar nicht. Niemand wagte in den Septembertagen die Arbeiter, die von ihrem Kern, der Eisen- und Stahlindustrie aus, mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, den es in einem westdeutschen Industriezweig überhaupt gab (235), gegen Unternehmer und Gewerkschaften operierten, offen anzugreifen. Der Grund war einfach. In der teilautomatisierten Eisen- und Stahlindustrie wurden 1969 je ein Drittel der Arbeiter als "Facharbeiter", "angelernte Arbeiter" und "ungelernte Arbeiter" geführt. (236) Demgegenüber war die Arbeitsorganisation derart weit entwickelt, daß sich unter ihr die Arbeiter im Gegensatz zur Lohnskala weitgehend homogenisiert hatten. Wenn man von einigen zahlenmäßig schwachen Steuerleutegruppen absieht, war die soziale Zusammensetzung des Gesamtarbeiters der Hüttenindustrie noch ziemlich fließend und hierarchiemäßig ausdifferenziert; dequalifizierte deutsche Handwerker, ältere zurückgestufte Facharbeiter und natürlich Arbeitsemigranten bildeten gemeinsam den großen Pool der halbqualifizierten Lückenbüßer der Produktion, ohne daß bei ihnen eine besonders diskriminierte Paria-Kaste herausgebildet war. Es gab also gerade in diesem Industriezweig kaum brauchbare materielle Hebel für eine effektive Klassenspaltung im Sinn der bisherigen Unterdrückungsstrategie. Das zeigte sich nicht zuletzt an den Forde-

(233) K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, op. cit. S. 2.

(234) Zum einzigen größeren Polizeieinsatz kam es am 9. 9. beim Schalker Verein in Gelsenkirchen. Dort versuchten Polizeieinheiten und Werkschutz die Arbeiter durch ihren demonstrativen Aufmarsch einzuschüchtern. Vgl. E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Frankfurt 1971, S. 92.

(235) Gerade in den sechziger Jahren war der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie mit ca. 80 Prozent am höchsten. Vgl. beispielsweise die Angaben bei Noé, Gebändigter Klassenkampf, op. cit. S. 84 ff.; selbst in der Maschinenindustrie, der klassischen Gewerkschaftsbranche, betrug er hingegen nur noch 50 Prozent.

(236) Indes besagen diese Qualifikationskategorien in der Realität so gut wie nichts. Es ist ein offenes Geheimnis, daß gerade in der Stahlindustrie als hochqualifiziert eingestufte Tätigkeiten "keine formale Qualifikation erfordern, d. h. ohne Lehrausbildung ausgeübt und deswegen beim Übergang in eine andere Industrie nicht entsprechend gewertet werden." M. Schumann, F. Gerlach, A. Gschlössl, P. Milhoffer, Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, Frankfurt 1971, S. 39.

(237) Bezüglich der Forderungen sei vor allem verwiesen auf E. Schmidt, op. cit. S. 123 ff.; W. Eschenhagen, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften?, Trikont-Verlag, München 1971, S. 77 f.

(238) So der Kommentar des Tarifexperten der IG Metall zu den Forderungen nach linearer Lohnerhöhung auf einer Klausurtagung seiner Gewerkschaft: "Zunächst einmal würden wir dadurch unsere bisherige Auffassung preisgeben, daß unsere Lohn- und Gehaltspolitik leistungsbezogen sei." "Der Gewerkschafter", Sonderheft Tarifbewegung 70, Nr. 6a, Juni 1970, S. 4.

(239) Zu den Einzelheiten vgl. E. Schmidt, op. cit. S. 148 ff.: "Die Politik des Gewerkschaftsapparates zur Eindämmung der Streikbewegung".

(240) Typisch dabei war vor allem das Verhalten der DKP-Kader, die jede an den Gewerkschaften vorbeistoßende Aktion denunzierten. Es wurde in der DKP-offiziösen Schrift: Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente, Frankfurt 1970, ausführlich gerechtfertigt.

(241) Vgl. Interview Dr. Neben, Arbeitgeberverband Eisen und Stahl, in: Stuttgarter Zeitung v. 11. 9. 1969.

(242) Vgl. dazu die Berichterstattung über die Tarifbewegungen bis 1971/72 in: Arbeiterpolitik, Jg. 1970 ff.

rungen, die fast ausnahmslos auf die Beseitigung der künstlichen Hierarchien unter dem Gesamtarbeiter drängten. Der ganze Sinn der gegen die gewerkschaftlichen Betriebskader durchgesetzten Faustpfandaktionen der ersten Tage bestand darin, lineare Lohnerhöhungen gleich für alle Arbeitergruppen, Beseitigung der Lohndifferenz je nach Industriestandort, volle Bezahlung der Streikschichten, keine Repressalien gegen die Aktivisten und hier und da auch Einschränkung der neuen Lohnanreizsysteme durchzusetzen. (237) Die IG Metall konnte denn auch nur feststellen, durch diese Parolen werde das bisherige "leistungsbezogene" Tarifsystem zerstört (238), aber sie war nicht in der Lage, unmittelbar und konzessionslos gegen die Arbeiter, die sich ihrer so listig bedienten, vorzugehen. Genauso wenig sahen die Unternehmer Ansatzpunkte für einen direkten Gegenangriff; sie taten das Beste, was sie in der für sie prekären Situtation tun konnten und hielten ihren Repressionsapparat vollständig zurück.

Durch die Septemberstreiks wurde die bisherige soziale Konstellation der Klassen erstmals grundlegend in Frage gestellt. Ein neuer Faktor machte wieder jenseits aller rückwärtsgewandten Vereinnahmungstendenzen von sich reden: die Arbeiterklasse, die jetzt stark genug geworden schien, um kollektiv aus dem rigiden Unternehmerkommando auszuscheren. Die Krise von 1966/67 hatte sich endgültig als Bumerang erwiesen. Es war jetzt alles andere als einfach, den Desintegrationsprozeß der Arbeiter von den bisherigen Konventionen des Ausbeutungssystems zu stoppen und eine neue Auffanglinie zu stabilisieren. Noch im September 1969 kehrten der politische und der ökonomische Reformismus aus ihren Wartepositionen in die Kommandohöhen des erschütterten Systems zurück. Ihre Funktion war klar: durch den massiven vorübergehenden Gebrauch des Lohndrucks die Wiederherstellung des Mechanismus der Klassenspaltung, der in den frühen sechziger Jahren so wirksam funktioniert hatte, mit vorzubereiten.

Das Zusammenspiel zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde wenige Tage nach Ausbruch der Septemberstreiks behutsam eingeleitet. (239) Linksgewerkschaftliche Initiativgruppen bildeten alsbald mehr oder weniger informelle Streikleitungen, um die Insubordination der Arbeiter durch allerlei Tricks, die von manipulierten Betriebsversammlungen bis zu abstumpfenden und sinnlosen Gewaltmärschen durch irgendwelche Stadtviertel reichten, zu entschärfen und als Druckmittel für eine "aktivere" Gewerkschatspolitik zu funktionalisieren. (240) So wurde die Zeit überbrückt, die notwendig war, um die massive Aufsässigkeit erneut unter die Kuratel einer mehr denn je "leistungsorientierten" nachgezogenen Tarifkampagne zu stellen. Denn auch jetzt waren die Tarifkommissionen wie eh und je mit Arbeitern besetzt, denen es in den vergangenen Jahrzehnten - nicht zuletzt dank ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit - gelungen war, sich in die höheren Lohngruppen zu lavieren: sie wiesen natürlich selber - ohne besonderen Anstoß durch die Unternehmerseite - die Forderung nach linearer Progression des Reallohns für alle Lohngruppen sofort zurück. Zur Belohnung für ihre unerschütterte Leistungsdisziplin wurden sie dafür vom IG Metall-Bundesvorstand mit der Anerkennung einer 14 Prozent-Forderung honoriert. Auch die Unternehmer waren bereit, eine derart hohe Tarifforderung durchaus als Vorstufe für die jetzt dringend erforderliche Neuauflage der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zu akzeptieren. Ein Sprecher des Arbeitgeberverbands Eisen und Metall gab zu erkennen, daß er den Forderungssprung der Gewerkschaft als "eine taktische Forderung und nichts anderes" zu verstehen wisse: "Die IG Metall konnte gar nicht anders, um diese vielen wilden Streiks mit den unerhörten Wünschen aus den Werken zu unterlaufen. Ich bin sicher, daß das am Verhandlungstisch nicht drin ist (...). Wir wollen mit der Gewerkschaft zusammen als Ordnungsfaktor für das Lohnwesen das Bestmögliche finden." (241) Dieses "Bestmögliche" wurde ziemlich bald in einer 11-prozentigen Lohnerhöhung fixiert, und es folgten weitere zwei Jahre, in denen Gewerkschaften und Unternehmer es für opportun hielten, die fortdauernde Aufsässigkeit der Arbeiter durch Konzessionen an den Reallohn, die in der deutschen Geschichte ihresgleichen suchen, gemeinsam wieder unter Kontrolle zu bringen. (242) Die Unternehmer hatten die Lehren aus den Septemberstreiks begriffen. Sie waren sich klar darüber geworden, daß der bisherige Kurs gegen die Arbeiter nicht länger zu halten war. Globale Konfrontationen brachten fortan nicht sie, sondern die Arbeiter in die Initiative. Und die Insubordination, die seit 1969 anhielt, sah nicht danach aus, daß auf sie mit dem bislang entwickelten Instrumentarium betrieblicher und außerbetrieblicher Unterdrückung eingewirkt werden konnte, ohne Gefahr zu laufen, den ganzen seit der Krise sich reorganisierenden plankapitali-

(243) Zur Einschätzung der Stabilisierungsstrategie der "sozialliberalen" Brandt-Scheel-Regierung vgl. vor allem: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland, Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, Trikont-Verlag, München 1973, S. 151 ff.

(244) Vgl. dazu: Die Septemberstreiks 1969. Diskussionsmaterial, hrsg. vom Vorstand der IG Metall am 9.7.1970 - das war tatsächlich das Resüme einer fast einjährigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung!

(245) W. Eschenhagen, op. cit. S. 124.

(246) Ebd.

(247) Vgl. dazu vor allem: Einschätzung der Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Stahlindustrie, in: Arbeiterpolitik, 1970, Nr. 4, S. 3 ff.; Analyse der Tarifauseinandersetzung 1970 in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins, ebd. S. 5 ff.; Die Tarifauseinandersetzung in Nordbaden-Nord-Württemberg, ebd. S. 9 ff.; Zur Tarifrunde in der Metallindustrie, ebd. 1971, Nr. 6.

(248) Zum Fall Klöckner-Hütte vgl. Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Die Auseinandersetzungen in der Klöckner-Hütte Bremen, T. I/II, Bremen, o.J.; W. Eschenhagen, op. cit. S. 98 ff.; zu den Auseinandersetzungen um die Stuttgarter Plakat-Gruppe deren broschierte Flugblattsammlung, o.O. (Stuttgart) und o.J., sowie: links, Offenbach, 1970 ff.

(249) Vgl. dazu: Unternehmer und CSU fordern: Industrielle Reservearmee durch "Rotationsprinzip", in: Unsere Zeit Nr. 5 v. 2.2.73; daß es sich dabei nicht nur um CSU-Parolen, sondern um eine offizielle und seit Jahren praktizierte arbeitsmarktpolitische Linie handelt, geht spätestens aus der regierungsoffiziellen Propaganda seit Anfang 1973 hervor.

(250) Eindeutig äußerte sich in diesem Sinn beispielsweise Bundesarbeitsminister Arendt, ein alter Gewerkschaftsfunktionär. Andererseits bestreiten die Gewerkschaften jede Diskriminierung der Arbeitsemigranten. Vgl. beispielsweise: IG Metall, Gastarbeiter nicht diskriminiert. Der Streik bei Pierburg in Neuß ist illegal, in: Handelsblatt v. 17.8.1973.

stischen Stabilisierungsprozeß (243) zu gefährden. Die Kontrolle über die Arbeiter konnte nur noch im Bündnis mit einem dynamischen und modernisierten Arbeiterreformismus zurückgewonnen werden.

Wenn wir die Entwicklung seit 1969/70 rekapitulieren, müssen wir konstatieren: Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben die von den Unternehmern in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt. Die Tarifkampagnen 1970, 1971 und 1972 in Chemie- und Metallindustrie waren echte Meisterstücke hinsichtlich der Entsolidarisierung und neuerlichen Aufsplitterung der Arbeiterklasse. Die bisherige Gewerkschaftsstrategie in Sachen Tarifbewegung wurde dezentralisiert und mit Urabstimmungen gespickt, um so einen breiteren Fächer für die Neutralisierung der Bewegung an der Arbeiterbasis zu gewinnen. Das taktisch gemeinsame "Maximum an Demokratie" bei der "gewerkschaftlichen Willensbildung" wurde jedoch gleichzeitig an die Kandare eines stärker zentralisierten hauptamtlichen Strangs gelegt. (244) So konnten von der institutionellen Zentrale des Gewerkschaftsreformismus Jahr für Jahr außerordentlich hohe Tarifforderungen der Basis (1970 in der Metallindustrie: 15 Prozent) hingenommen werden, ohne einen umstürzlerischen Effekt auf die konkrete Ausbeutungssituation befürchten zu müssen. Der "Zahlen-Zirkus" lief ab unter maximaler regionaler Zersplitterung der proletarischen Basis. Vor allem gelang es den Gewerkschaften mittels einer Taktik, die auf die Verhinderung des Übergreifens lokaler Kämpfe konzentriert war, die latente Vereinheitlichung der Arbeiter schrittweise zu unterminieren: die Löhne wurden fast immer bezogen auf die Ecklohngruppe 7 erhöht, mit dem Ergebnis, daß sich die Schere zwischen den unteren Lohngruppen und den sogenannten Facharbeiterlohngruppen progressiv vergrößerte. Zwar umfaßt die Gruppe VII auch heute noch "die größte Anzahl von Arbeitern im Verhältnis zu den anderen Gruppen, jedoch stellen die unteren Lohngruppen II - VI zusammen mehr als die Hälfte aller Lohnempfänger dar" (245). Bei einem "Mindestwert" von 72 Pfennig pro Stunde während der Metall-Tarifkampagne 1970 kamen diese unteren Gruppen beispielsweise bei Klöckner in Bremen nur auf etwa 40 Pfennig. "Durch die prozentuale Erhöhung wurden die schlechtestbezahlten Arbeiten weiter gedrückt, die bestbezahlten weiter gehoben." (246) Ähnlich lagen die Verhältnisse auch bei allen anderen Tarifabschlüssen. (247) Die Intentionen, die Gewerkschaften und Unternehmer damit gemeinsam verfolgten, sind leicht einzusehen. Konzessionen an den Reallohn mußten gemacht werden, um eine alternative Arbeiterorganisation als Ergebnis der Septemberstreiks zu verhindern, also wurden alle Ansätze zu einer überregionalen Kampfbewegung gezielt paralysiert. Gleichzeitig wurden diese Konzessionen dazu genutzt, um den seit 1966/67 infragegestellten Spaltungsmechanismus von der Ebene des Reallohns her zu reorganisieren. Gewerkschaftsoppositionelle Ansätze wie etwa bei Klöckner in Bremen oder bei den Stuttgarter Daimler-Benz-Werken wurden von den Gesellschaften systematisch unterdrückt. (248) Allein auf sich gestellt wären die Unternehmer zur Rekonstruktion des Spaltungsmechanismus mit Sicherheit nicht mehr fähig gewesen.

Wie der Verlauf der Arbeiteraktionen in den letzten Jahren zeigt, ist Unternehmern und Gewerkschaften der gemeinsame Angriff auf die Homogenisierungstendenzen des Gesamtarbeiters weitgehend geglückt. Dabei fungierte die Spaltung vom Arbeitslohn her jedoch nur als Ausgangspunkt. Die betriebliche Zentralarbeitsgemeinschaft verstand sich recht gut darauf, zusätzliche Instrumente zu entwickeln. Sie war sich auch über die weiteren differenzierten Schritte zur Stabilisierung der kurzfristig in Frage gestellten Klassenspaltung einig. Über die Notwendigkeit, die Arbeiter der mechanisierten Massenproduktion durch beschleunigte Umschichtung ihrer Nationalitäten (sogenanntes Rotationsprinzip) (249), also durch eine kapitalistisch kontrollierte Mobilität von den übrigen Schichten der Klasse zu isolieren, bestand fast uneingeschränkter Konsens. Gerade hier waren die Gewerkschaften mehr denn je bereit, ihre Rolle zu spielen. (250) Die beidhändigen Kleinstzeitverfahren bekamen endgültig ihren gewerkschaftlichen Segen, und die diversen Gewerkschaftsakademien nahmen sie in die Schulungsprogramme ih-

(251) Vgl. beispielsweise: H. Pornschlegel, R. Birkwald, H. Wiesner, Menschliche Leistung und Arbeitsergebnis. Hrsg. Vorstand der IG Metall, Abt. Bildungswesen, Köln 1967; H. Pornschlegel, R. Birkwald, Verfahren vorbestimmter Zeiten. Hrsg. Vorstand der IG Metall, Abt. Bildungswesen, o.O. und J.

(252) In diesem Zusammenhang sollte der programmatische Aufsatz des IG Metall-Vorstandssekretärs Arno Schwarting gelesen werden: Rationalisierung und Gewerkschaften, in: Rationalisierung, 24. Jg. 1973, H. 1.

(253) Hier ist zu bedenken, daß zu Beginn der siebziger Jahre auch in der BRD die heute weltweit geführte Diskussion über die "Requalifizierung" des Fließbandarbeiters begann.

(254) Und zwar auf der Einführung des sog. Volumen-Sektionsbaus. Zur aktuellen Umwälzung in der Werftindustrie vgl. Proletarische Front (Hrsg.), Rationalisierung und Massenarbeiter, Trikont-Verlag, München 1973.

(255) Dieser Funktionswandel ist ausführlich beschrieben in dem Artikel: Neue Form der IG M-Politik: Programm-Prämienentlohnung, in: Arbeiterpolitik, 1971, Nr. 3/4, S. 22 ff.

(256) Über die spätkeynesianische Struktur des BRD-Wirtschaftssystem seit 1969/70 vgl.: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland, op. cit. S. 154 ff.

(257) Dieser Tatbestand wurde von den Unternehmern sehr wohl konstatiert. So versuchte ein Continental-Manager, das "Problem" der schlechten Arbeitsmoral der Arbeitemigranten folgendermaßen anzugehen: "Zusammengefaßt läßt sich eine zweifache Teilung des Problems (...) finden:
1. Gegenwärtiger Bestandteil: erhöhte Fluktuation - erhöhter Krankenstand - erhöhter Abfall - verlängerte Anlernzeit - weniger Leistung.
2. Zukünftiger Bestandteil: Arbeitsniederlegung - Handgreiflichkeiten - Anwachsen der unter (1) genannten Probleme - keine Führungskräfte aus dem Kreis der ausländischen Mitarbeiter." (W. Gogoll, G. Hiesler, Das Problem mangelnder Deutschkenntnisse (1) der Gastarbeiter und seine Lösung im Bildungswesen einer industriellen Unternehmung, in: Arbeit und Leistung, 25. Jg. 1971, H. 7, S. 124).

rer Betriebskader auf. (251) Denn die Gewerkschaften hatten inzwischen hinreichende Gründe, um sich "rationalisierungsfreundlicher" (252) denn je zu geben. Den reformkapitalistischen Akteuren war klar, daß ihr Programm der strukturellen Evolution von der Ausbeutung der subproletarischen Pariaschicht der Arbeitsemigranten, Frauen und dequalifizierten deutschen Desperados lebt - wer sollte sonst die enormen Mehrwertmassen schaffen, die für die weitere Umwälzung der Grundstoffindustrien und vielleicht irgendwann auch einmal der technologisch stagnierenden Sektoren (253) erforderlich waren? Vor allem war sehr viel Luft nötig, um wenigstens die deutschen Arbeiterschichten von Lohngruppe VII an aufwärts nach den gefährlichen Eruptionen von 1969 wieder in die Konventionen des Wirtschaftssystems hineinzunehmen. Seit 1969/70 wurde von der IG Metall, dem Eisberg des gewerkschaftlichen Fortschritts, mit neuen exemplarischen Modellen der Identifikation dieser Arbeitergruppen mit dem Produktionsziel experimentiert. Das Ziel war, vor dem zunehmenden Arbeiterangriff die Zergliederung der Arbeitsoperationen und die daraus resultierende Monotonie der Arbeitstakte zu stoppen und das Kommando über den Arbeitsablauf an die jeweiligen Arbeitsgruppen zu delegieren. Beispielsweise wurde auf der HDW-Werft in Kiel seit 1969/70 aufgrund einer IG Metall-Initiative eine neue kollektive Entlohnungsform eingeführt, die auf einer weit fortgeschrittenen Arbeitsweise im Schiffsbau basierte. (254) Der Programm-Prämienlohn, zwischen Abteilungsgruppe und "Prämienführer" ausgehandelt, sollte im Interesse übersichtlicher Serienproduktionspläne pro Produktionsstufe das Erreichen eines festgelegten Arbeitsprogramms in einer möglichst kontinuierlichen Höhe garantieren. Dabei wurden die IG Metall-Vertrauensleute zu Vorarbeitern und "Prämienführern" in einem, die Überwachung der Arbeitsdisziplin stand nicht mehr dem Funktionsmeister zu, sondern wurde zu einer internen Angelegenheit der jeweiligen "homogenen Gruppe", die sich jetzt im Interesse des an der kontinuierlichen Stückzahl fixierten Prämienlohns selbst gegenseitig im Arbeitstempo stimulierte. (255) Hier war erstmals die betriebliche Gewerkschaftsbasis in ein Instrument der unmittelbaren Kontrolle über die Arbeiter umgewandelt worden. Ein Beispiel von vielen, das zeigt, wie die Gewerkschaften seit 1969/70 paktierten. Die Gewerkschaften waren endgültig dabei, sich als moderner Lückenbüßer des in der Wirtschaftskrise aus den Fugen geratenen Unternehmerkommandos zu profilieren. Für die Unternehmer handelte es sich dabei hingegen nur um die Einbeziehung des modernen Arbeiterreformismus in ein allzu brisant gewordenes Geschäft der Klassenpolitik. Was die Periode hoher Tariflohnsteigerungen zwischen 1969 und 1972 betrifft, die damit verbunden war, konnten sie sich in Sicherheit wiegen. Da war ja auch noch die Sozialdemokratie, der "politische" Arm des Arbeiterreformismus, der die neue Revolutionierung der "effektiven Nachfrage" im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Systems regulieren und inflationieren bzw. wegsteuern würde. (256) Dessen ungeachtet war das Problem des politisch-repressiven Klassenkommandos natürlich nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil: dank des neuen reformkapitalistischen Manövers war die Klassenspaltung der sechziger Jahre auf qualitativ neuer Stufenleiter reproduziert, und damit auch die materielle Basis für die damals aus der NS-Ära übernommenen und modernisierten Strukturen der innerbetrieblichen Unterdrückung. Das Kernstück war erhalten geblieben; nur, was sich seinerzeit darum gerankt hatte -Werkschutz usw. - war inzwischen Makulatur. Da die Unternehmer die Gewerkschaften am kapitalistischen Kommando über die Arbeiter unmittelbar zu beteiligen begannen, und da sie diesen Schritt mit einer vollen Entwicklung des plankapitalistischen Systems kombinierten, war die äußere Einkreisung der Arbeiterautonomie jetzt zu einer zweitrangigen Frage geworden. Der "verdeckte Krieg" hatte in der Tat begonnen - aber nur in den Abteilungen, im Zentrum der industriellen Ballungsgebiete. (257) Er basierte auf einer harten und unerbittlichen Klassenscheidung, an der nicht wenige Gruppen der neuen Linken, die seit 1969/70 systematisch in die Betriebe gingen, resignierten. Zu schnell waren sie - wider bessere Absicht - innerhalb der Arbeitsorganisation auf Posten abgeschoben worden, die wegen ihres arbeitsvorbereitenden oder -kontrollierenden Charakters zu den delegierten Kommandofunktionen über die multinationalen Massenarbeiter gehörten. (258)

258) Das war - und ist noch immer - das Problem von Gruppen der Westberliner neuen Linken, soweit sie 1969/70 in die Betriebe gingen. Bis heute gibt es noch keinen kompetenten Versuch, die daraus resultierende Krise dieser Gruppen auch nur zu artikulieren.

(259) Wie weit heute die Transformation des manuellen Teilarbeiters am Fließband zum beidhändigen Arbeitsaffen perfektioniert ist, läßt sich anhand einer Spezialstudie im Rahmen des schon öfter zitierten RKW-Forschungsprojekts erurieren: W. Rohmert, J. Rutenfranz, E. Ulich, Das Anlernen sensomotorischer Fertigkeiten. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsprojekt des RKW, Bd.7 Frankfurt 1971.

(260) Vgl. dazu einen Bericht über die Lage der Arbeiter in der Druckereiindustrie anläßlich der jüngsten Streikbewegung: Die Tarifbewegung in der Druckereiindustrie, in: Arbeiterpolitik, Sonderblatt 1. Mai 1973.

Im Vergleich zu den sechziger Jahren waren über das Lohnsystem hinaus alle Instrumente der Hierarchisierung im Arbeitsprozeß forciert: die repetitiven Tätigkeiten der mechanisierten Produktionszweige wurden hemmungslos weiter zerlegt, neue Anlernmethoden für die kontinuierliche Ausübung "sensomotorischer" Fertigkeiten wurden durchgesetzt, die dem Unternehmeranspruch genügten, das Arbeitstempo durch Einschränkung stärker motorisch bedingter Bewegungselemente des Hinlangens und Transportierens und entsprechende Leistungssteigerung in komplexen manuellen Arbeitsvorrichtungen wie Greifen und Montieren zu forcieren. (259) Im Gegensatz dazu wurde bei allen Manövern zur Vereinfachung und Ent-Intellektualisierung der Steuer-, Kontroll- und Instandhaltungstätigkeiten mehr denn je Wert auf eine konfliktfreie Hingabebereitschaft an das Produktionsziel seitens der unqualifizierten deutschen Facharbeiterreste Wert gelegt; ein enormer Katalog von reformistischen Integrationsmanövern, der von der beruflichen Qualifizierung bis zu Rationalisierungsschutzabkommen für ältere deutsche Arbeiter reicht, sollte Gewerkschaften und SPD-Betriebsgruppen die soziale Hegemonie über diese Arbeiterschichten erleichtern. Bis heute hat das reorganisierte System der Klassenspaltung in mobile und jederzeit auswechselbare Massenarbeiter und in unqualifizierte Spezialarbeiter der teilautomatisierten Produktion eine bemerkenswerte Stabilität erreicht. In Frage gestellt wird es von Unternehmern und Gewerkschaften nur noch in Randsektoren - überall da, wo ihnen im Interesse eines abrupten technologischen Innovationssprungs - wie z.B. gegenwärtig in der Druckereiindustrie (260) - ein kalkulierter und begrenzter Konflikt mit dem Gesamtarbeiter unabdingbar erscheint.

Es mangelt nicht an Belegen, die die Entschlossenheit des 1970/71 reorganisierten Wirtschaftssystems dokumentieren, die solcherart effektivierte Klassenspaltung als Basis für die Rekonstruktion des politisch-repressiven Klassenkommandos zu begreifen.(261) Die Gewerkschaften stehen inzwischen auch hinsichtlich der Probleme der Arbeitsorganisation voll auf Unternehmerseite. Arbeiterinteressen werden von ihren Institutionen nur insoweit aufgegriffen und transportiert, als es die Stabilität des Kontakts mit den unqualifizierten deutschen Arbeiterschichten erheischt. Nur unter diesem Aspekt werden Konzessionen ausgehandelt, und nur in diesem Kontext wird politischer Druck ausgeübt: die Mitbestimmungsbewegung zielt beispielsweise ausschließlich darauf ab, die Gewerkschaften und deren selektierte Basis innerhalb der Klasse auch auf gesellschaftlicher Ebene an den Perspektiven des Systems zu beteiligen. Und nicht zuletzt haben sich auch diverse traditionelle Arbeiterorganisationen, die ihre Arbeitermitglieder inzwischen zum systematischen Aufstieg innerhalb der prospektiven Mitbestimmungshierarchie verpflichten - allen voran die DKP - entschieden, ihre Rückwärtsgewandtheiten zu modernisieren und sich an die Stabilisierungsperspektive des Systems anzuhängen. (262) Soweit die materielle Basis für ein flexibel reorganisiertes Klassenkommando, das inzwischen auf spektakuläre äußere Einkreisungsmanöver verzichtet und alle Kräfte darauf konzentriert, die Initiative von der Abteilungsebene her wiederzugewinnen. Es ist dies der Ausgangspunkt für die politisch-repressive Disziplinierung jener Arbeiterschichten der mechanisierten Massenproduktion, die sich mit dem Produktionsziel nicht mehr identifizieren, die mehr denn je durch ihre alltäglichen Kampfformen die Existenzberechtigung eines reifen Kapitalismus bestreiten. An dieser Disziplinierung, die die Hingabebereitschaft an die Mehrwertproduktion offen und politisch bewußt erzwingt, sind die Gewerkschaften voll beteiligt. Es demonstriert ihre konsequente Klassenlinie und ist keinesfalls als skandalöser faux pas zu werten, wenn wir hören, daß eben diese Gewerkschaften, die 1967 noch scheinheilig die volle "Aufdeckung" der Werkschutzaffäre forderten (263), 1970 zur Gründung eines "Arbeitskreises Werkschutz im DGB" fortgeschritten sind. (264) Heute sind 80 Prozent aller Werkschutzpolizisten gewerkschaftlich organisiert (265) - ein weiterer Beleg dafür, daß die Gewerkschaften kaum mehr Arbeiterorganisationen, sondern zu allererst einmal Zusammenschlüsse von Meistern, Vorarbeitern, Kalkulatoren, Arbeitsvorbereitern mit einem gewissen Rückhalt bei den unqualifizierten deutschen Arbeitergruppen sind, denen inzwischen sogar ein Refa-Ingenieur als Bundesvorsitzender präsidiert. (266) Sie alle machen inzwischen aus ihrer Überzeugung, daß die Arbeitsmoral als Garant krisenfeien wirtschaftlichen Fortschritts notfalls auch gewaltsam aufrechterhalten werden muß, keinen Hehl mehr. Seit 1970 geht auch der DGB

(261) Es sei auf ein herausragendes Beispiel hingewiesen, nämlich auf die Publikationsserie: "Wie schütze ich meinen Betrieb" in der Unternehmerzeitung "Blick durch die Wirtschaft", die in 35 Teilen vom 6.11.1972 an erschien und inzwischen in "gereinigter" Fassung auch als Buch publiziert ist: J.J.Jeske (Hrsg.), Wie schütze ich meinen Betrieb? Das Handbuch für alle Unternehmensbereiche, Düsseldorf-Wien 1973.

(262) Zum Beispiel verpflichtet die DKP alle Hafenarbeiter, die sich bei ihr organisieren, darauf, so schnell wie möglich in der Hierarchie - der Übergang vom Schauermann zum Kranführer gilt als erstes Sprungbrett - aufzusteigen!

(263) Vgl.: Wurde der Notstand geprobt? IG Metall verlangt Untersuchung, in: Metall Pressedienst, XI/77, 2.Juni 1967.

(264) Vgl. dazu Günther, Wie die Gewerkschaften zum Werkschutz stehen (Wie schütze ich meinen Betrieb, V), in: Blick durch die Wirtschaft, 20.11.1972 (siehe Dokumentarischer Anhang, XX).

(265) Dazu Günther, op.cit., lakonisch: "In der Bundesrepublik gibt es etwa 70 000 Werkschutzangehörige. Sie sind zu 80 Prozent in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert. Unter ihnen sind sowohl Betriebsratsmitglieder als auch Vertrauensleute. Die Notwendigkeit der Werkschutztätigkeit wird allgemein anerkannt."

(266) Nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen wurde dies bei der Wahl Vetters zum Nachfolger Rosenbergs nirgends ernsthaft moniert.

"davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an und bei bestimmten Voraussetzungen Werkschutzeinrichtungen bestehen, wobei der Werkschutz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung innerhalb der Unternehmen dienen soll. Ohne Ordnungsregeln ist ein reibungsloser Produktions- und Verwaltungsablauf nicht denkbar. Die Zulässigkeit der Organisation eines Werkschutzes umfaßt alle Maßnahmen, die der Betriebsinhaber treffen kann, um unerlaubte Eingriffe in seine Rechtssphäre abzuwehren. Die allgemein als schutzwürdig anerkannten Interessen des Arbeitgebers reichen von der Sicherung gegen Eigentumsdelikte und der Erhaltung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit seines Betriebes bis zur Abwehr von Sabotageakten." (267) Klarer kann es gar nicht gesagt werden: seit 1970 hat sich in der BRD die Bekämpfung der Arbeiterautonomie auf spezifische Weise vervollständigt. In der BRD stimuliert der Arbeiterreformismus nicht einfach die Kapitalentwicklung, sondern eine Kapitalentwicklung auf der Grundlage einer umfassenden Klassenspaltung. Seit 1970 ist ein fast hundertjähriger Prozeß des Arbeiterkampfs abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen unwiderruflich und mit demonstrativer Offenheit auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Ohne daß es ihnen schon voll bewußt wäre, haben die multinationalen Massenarbeiter und mit ihnen die als "chaotisch" denunzierten Avantgardeansätze, schon auf Abteilungsebene durch die etablierten Gewalten eingekreist, einen neuen Zyklus revolutionärer Arbeiterkämpfe eingeleitet. (268) Auf jeden Fall ist es nicht bei einem turbulenten September 1969 geblieben. Und keinesfalls vermochten die Tarifbewegungen der letzten Jahre die neue Qualität der Arbeiteraktionen zu kaschieren, die den August 1973 vorbereiteten. Vier Jahre liegen dazwischen, die ausgefüllt sind mit immer neuen lokalen Kämpfen und Abteilungsbewegungen. (269) Vier Jahre, in denen wegen der intensiven gewerkschaftlichen Integrationsmanöver gegenüber den unqualifizierten deutschen Arbeitergruppen die Initiative Schritt für Schritt auf die multinationalen Massenarbeiter in den mechanisierten Fließbandsektoren übergeht. Je länger die Septemberstreiks zurückliegen, desto größer ist die Beteiligung der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen an den Aktionen, desto stärker homogenisieren sich trotz des überwiegend lokalen Charakters die Kampfformen und die Parolen. Und desto konsequenter kehren Unternehmer und Gewerkschaften ihre Entschlossenheit zum rein repressiven Gegenangriff hervor. Dabei hatten sie freilich zunächst erhebliche Schwierigkeiten. Im Januar 1970 kam es zu einer spektakulären Neuauflage der Werkschutzaffäre, diesmal allerdings unmittelbar von Arbeiterseite. Im Kölner Werk des Felten & Guilleaume-Konzerns hatte der Werkschutzleiter Boljahn, ehemals Beamter der Kölner politischen Polizei, neben der betriebsinternen Diebstahlskartei eine politische Geheimkartei angelegt. (270) In ihr waren Informationen über das Privatleben und die politischen Aktivitäten mißliebiger Arbeiter zusammengetragen, was die enge Kooperation mit der politischen Polizei beweist; sie wurden durch einen werksinternen Spitzeldienst ständig auf dem neuesten Stand gehalten. (271) Als die Arbeiter die Beweise in der Hand hatten, warfen sie die Brocken hin, um die Entlassung Boljahns und der prominentesten Werksspitzel durchzusetzen. Sie hatten Erfolg (272), denn auch für den Betriebsrat fand sich in der Geheimkartei kein Zusammenhang mit der ansonsten strikt bejahten Organisation für eine stabile "Werkssicherheit". Diese und andere Aktionen - beispielsweise gegen den Betriebsterrorismus in den Chemischen Werken Marl (273) - waren kaum dazu angetan, eine konfliktlose und stillschweigende Reorganisation der Werkssicherheitsdienste über die Bühne gehen zu lassen. Freilich fehlte ihnen die Stoßkraft, um eine wirksame Wende in der Klassenstrategie der Unternehmer zu erzwingen. Infolgedessen wurde in den lokalen Betriebskämpfen die repressive Präsenz des Werkschutzes und der politischen Polizei mehr und mehr zum alltäglichen Ereignis. Sie schlugen überall da zu, wo die Tarifkampagnen allein nicht ausreichten, um die nach den Septemberstreiks reorganisierte Klassenstrategie durchzusetzen. Das gilt vor allem für die Chemiestreiks im Juni 1971, die im Gegensatz zu den baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks im selben Jahr mit ihren großen, reformistisch gelenkten Demonstrationen (274) an mehreren Punkten der Kontrolle durch die IG Chemie zu entgleiten drohten. (275) Bei der Kalle AG in Wiesbaden, einer Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst, wurden zwei Tage nach Streikbeginn Kommandos der politischen Polizei eingesetzt, die vom Werkschutz denunzierte ausländische Arbeiter offen vor den Werkstoren überfielen und zusammenschlugen. (276) Ähnliches ereignete sich auch in der Kölner Gummifabrik Clouth,

(267) Günther, op. cit.

(268) Allerdings scheint es, als sollte es doch noch eine politisch bewußte Reflexion dieser Entwicklung geben, und zwar im Rahmen der monatlich erscheinenden Zeitung "Wir wollen alles", die seit Anfang 1973 von verschiedenen antireformistischen Gruppen gemeinsam herausgegeben wird.

(269) Zur Berichterstattung darüber vgl. vor allem: Arbeiterpolitik, Jg. 1970 ff.; Wir wollen alles, 1973. Im übrigen müßte die sehr zersplitterte Publizistik der neuen Linken herangezogen werden.

(270) Darüber wurde vor allem in folgenden Zeitungen etwa eine Woche lang ausführlich berichtet: Abendzeitung München, 31.1./1.2.1970 ff.; Express Düsseldorf, 30.1.1970 ff.; Kölner Stadtanzeiger, 30.1.1970 ff. (Siehe dazu Dokumentarischer Anhang, XIX).

(271) Vgl.: Informationen zu Werkschutz vermutlich von Polizisten, in: Kölnische Rundschau v. 14.2.1970, S. 15.

(272) Vgl.: F & G-Spitzel Werkschutz-Chef Boljahn entlassen, in: Unsere Zeit v. 3.5.1970.

(273) Zur Kampagne der SDAJ gegen den Werkschutz der Chemischen Werke Hüls vgl.: Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo! in: Elan-express, Dortmund, März 1971, Titelseite. Die Agitation hatte Ende 1968 begonnen und sich über drei Jahre ergebnislos hingezogen. Dazu auch H.-J. Henecke, Wie man Werkschützer wird, in: elan, Dez. 1968/Jan. 1969, S. 20 ff.; sowie als Beispiel für die apologetische Reaktion der Unternehmerpresse: Elanvoller Attacke folgt eine muntere Entgegnung, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 2.10.1968.

(274) Zu den baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks 1971 vgl.: Zur Tarifrunde in der Metallindustrie, in: Arbeiterpolitik, 1971, Nr. 6, S. 1 f.

(275) Dazu Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Informationsbericht Nr. 7: Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland, Frankfurt o.J.; Von der "Rotfront" der chemischen Industrie, in: Blick durch die Wirtschaft v. 22.6.1971.

(276) Vgl. J. Roth, Ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat?, Darmstadt 1972, S. 73.

wo Einsatzeinheiten der Polizei Chemiearbeiter zusammenprügelten und teilweise schwer verletzten, als diese das Einschleusen von Streikbrechern durch einen Sitzstreik vor dem Werkstor zu verhindern suchten. (277) Darüber hinaus wurde es seither allgemein üblich, aufsässige Arbeiter schon in der Abteilung durch konzerneigene Spitzel zu observieren und zu feuern, um jede Kollektivierung der Kampfformen zu vereiteln. So sprach der VW-Anwalt Henschel bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung nach der Entlassung einer Bandarbeiterin des Emdener VW-Zweigwerks Klartext, als er in der Entlassungsbegründung sagte: "Wenn von einem Punkt im Betrieb ein wilder Streik losgeht, dann breitet sich das aus, auch ohne daß es vorher organisiert wird und ohne Generalstabsplan. Eine Unmutsäußerung genügt schon, um die Sache ins Rollen zu bringen. Darum ist die VW-Werksleitung gezwungen, den Anfängen zu wehren." (278) Besonders hart gingen die Werkschutzeinheiten bei allen Aktionen mit überwiegender Emigrantenbeteiligung vor. Exemplarisch für viele andere lokale Auseinandersetzungen waren die Ereignisse in den Münchner BMW-Werken im Mai 1972 (279), wo sich nach einem Demonstrationszug italienischer Arbeiter Meister, Vorarbeiter, Ingenieure und Werkschutzleute formierten, um die Streikenden zusammenzuprügeln. Aber noch mangelte es der betriebsinternen Gegenstrategie der Unternehmer an Koordinierung und langfristiger Planung. (280) Der Widerstand konnte erst nach einem tagelangen Kleinkrieg, bei dem die Arbeitermilitanten vor Schichtbeginn oder bei Wohnheimrazzien herausgegriffen und zusammengeschlagen wurden, gebrochen werden. Freilich zogen die Unternehmer aus diesen lokalen Konflikten rasch ihre Lehren. Zwischen 1970 und 1972 wurden in den meisten Konzernen die "Sicherungsmaßnahmen" gegen Arbeiterunruhen reorganisiert. Allmählich entstand jenes neue Bekämpfungsschema, wie wir es seit Mai 1973 in seiner praktischen Realität kennen. Es ist beispielsweise in einer "Eil-Nachricht 7/71" der "Sozialpolitischen Abteilung" des Siemens-Konzerns detailliert aufgeführt. (281) An erster Stelle rangiert ein ganzes Arsenal von Maßnahmen, um die politischen Kerne der Aufsässigkeit rasch und lückenlos zu erfassen: "Vorbereitung zur Beobachtung und verstärkten Sicherung besonders gefährdeter Betriebsanlagen und aller Zugänge (...), Leitung größerer Wohnheime mit Sprechfunkverbindung zum Streikbüro ausrüsten (...), zur Beweissicherung für den Fall von Ausschreitungen Fotoapparate." Dann kommt die "Kontaktaufnahme mit Polizei; Karte des Betriebsgeländes rechtzeitig an Polizei und Feuerwehr. Anschriften der Wohnheime, Namen der Heimleiter und Angaben über die im Heim wohnenden Nationalitäten an die örtliche Polizeidienststelle." Und zu guter Letzt werden Meister, technische Kader usw. für den "Notdienst" rekrutiert. Es ist klar, daß die "Notdienst"-Einheiten als Hilfstruppen der im "Streikbüro" zusammengefaßten Werkssicherheitsdienste fungieren; daß sie nicht nur nach Möglichkeit die Produktion aufrechterhalten, sondern die Kontingente für einen genau kalkulierten gewaltsamen Angriff gegen die Kristallisationspunkte der streikenden Arbeiter stellen. Die Unternehmer verstanden es sehr wohl, sich auf die reorganisierte Konfrontationslinie mit den Arbeitern vorzubereiten. Die Ereignisse bei John Deere und Ford zeichneten sich bei den vielen kleineren Auseinandersetzungen seit 1970 deutlich ab; sie waren die notwendige Konsequenz, die aus den Strategiedebatten von Unternehmern und Gewerkschaften nach den Septemberstreiks resultierte. (282)

Sobald die Zielsetzung des neuen Werkssicherheitsprogramms: Einkreisung der Massenarbeiter schon auf Betriebsebene, für die Konzernleitungen und Gewerkschaften endgültig feststand, machten sie sich daran, ihre neue Schwerpunktstrategie auf der Ebene ihrer Verbandsstrukturen zu rekonstruieren. Dabei setzten sie in größerem Ausmaß als je zuvor auch hochqualifizierte Unternehmen ein, die offen damit hausieren gehen, sie seien ausschließlich auf die systematische Bekämpfung aller Ansätze von Arbeiterkampf spezialisiert. Sowie der Konzern-Werkschutz zu einer wohlausgerüsteten Polizeitruppe avancierte, der sich sogar an der Jagd auf die "Rote Armee-Fraktion" beteiligte (283), war auch die Zeit der traditionellen "Wach- und Schließgesellschaften" weitgehend vorbei. (284) Eine "Werkschutz GmbH" mit Sitz in Frankfurt machte sich anheischig, für jede spezielle Konfliktkonstellation ein perfektes "Sicherheitssystem" zu liefern.(285) Ein Kasseler Werkschutzunternehmen (Mihm OHG) wagte es in aller Offenheit, sich den Unternehmern als wohltrainierte Killer-Organisation zu offerieren - seine "Mitarbeiter" kommen fast ausnahmslos aus dem Unteroffizierskorps der Bundeswehr und aus Spezialeinheiten der Polizei.(286) Und schließlich hat inzwischen auch in Hamburg eine "Tiedemann und Co.-Institut für Wirtschaftsschutz GmbH" in einer breit angelegten Kampagne den norddeutschen Unternehmern ihre qualifizierten Dienste angeboten: "Unsere Mitarbeiter

(277) Vgl.: Kommunistische Pressekorrespondenz Nr. 26 v. 29. 6. 1971; Stuttgarter Zeitung v. 22. 6. 1972.
(278) Dazu: Hanne Harm's zweiter Sieg, in: Unsere Zeit v. 3. 4. 1971.
(279) Vgl. Arbeitersache München: Streik bei BMW, München o.J.
(280) Das geht aus dem Bericht der Gruppe Arbeitersache hervor. Vgl. die Abschnitte: "Werkschutz und Werksfeuerwehr kommen", "Werkschutzbullen verprügeln Arbeiter" usw.
(281) Vgl. dazu: Internes aus der Kampfzentrale des Super-Konzerns Siemens, in: Unsere Zeit v. 4.12.1971.
(282) Das Ergebnis dieser Diskussionen ist in der schon erwähnten Werkschutz-Serie von "Blick durch die Wirtschaft" (vgl. Anm. 261) nachzulesen. Besonders wichtig sind folgende Artikel: A. Riester, Auch Gastarbeiter werfen Sicherheitsprobleme auf, BdW v. 14.12.1972; H. Sczesny, Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, BdW v. 8.1.1973; W. Heidenreich, Die Sicherheitsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, BdW v. 25.1.1973; C. Triesch, Was tun bei politischen Störungen? ebd. 8.2.1973; H. Neukirchner, Wenn vor dem Werkstor Flugblätter verteilt werden, ebd. 19.2.1973; H. Stohr, Was bietet die Technik für die Betriebssicherheit?, ebd. 8.3.1973.
(283) Vgl.: Bayer-Werkschutz mischt mit, in: Die Pille, Betriebszeitung der DKP für die Bayer-Belegschaft, Nr. 3, März 1971.
(284) Allerdings wurden riesige Anstrengungen gemacht, um das "Bewachungsgewerbe" in eine radikalisierte Werkssicherheits-Konzeption zu reintegrieren. Vgl. E.-G. Kusch, Was die Wach- und Schließgesellschaften bieten, in: BdW v. 11.1.1973.
(285) Dazu H. Sczesny (Chef der Werkschutz GmbH), Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, in: BdW v. 8.1.1973.
(286) Vgl. vor allem: Behörden schweigen Mihm-Apparat tot, in: Unsere Zeit v. 13.4.1973; Betriebsrat bespitzelt und erpreßt - Mihm-Privatarmee auf Werksgelände, ebd. 1. Mai-Ausgabe; sowie vor allem H. Gebhardt: "Der erste Schuß muß tödlich sein", in: Stern, Hamburg, Nr. 14 v. 29.3.1973.
(287) Tiedemann & Co. Institut für Wirtschaftsschutz GmbH. Hamburg, Betr.: Wirtschaftsschutz von Industrie- und Handelsunternehmen, den 4. Oktober 1973 (siehe Dokumentarischer Anhang, XXII).

sind von uns im Hinblick auf ihre Spezialaufgaben sorgfältig ausgesucht, zur strengen Verschwiegenheit verpflichtet und in jeder Hinsicht überprüft worden. Sie stammen alle aus einschlägigen Bereichen von Wirtschaft und Staatsdienst und sind aufgrund ihrer Ausbildung und jahrelanger Erfahrung Spezialisten auf ihren Fachgebieten." (287)

Die Ressourcen waren also zur Hand, um im Rahmen der Wirtschaftsverbände ein neues "Sicherheitsnetz" aufzubauen, das nicht alten Reminiszenzen anhing, sondern fähig war, sich an der neuen Qualität des Arbeiterkampfes zu orientieren. Die Stoßrichtung war klar: zunehmende Kampfbereitschaft bei den Arbeitsemigranten (288) und den deutschen Restgruppen vor allem in den Montageabteilungen (289); die Gruppen der neuen Linken, angefangen von ihren Betriebskadern bis hin zu Flugblattverteilern vor den Werkstoren (290); und vor allem jene schwer faßbare informelle Militanz der Arbeiter gegen die kaputtmachende Arbeitsorganisation mit ihren Folgen für die Unternehmer: "Gefährdung (...) durch Sabotage, Betriebsmittelbeschädigung, innere und äußere Störversuche und illegale Streiks" (291), jene Konfrontationslinie mit dem "Terror aus dem Untergrund" (292), wie der Unternehmerstaat den heute sich ausweitenden Zyklus der Arbeiterkämpfe bezeichnet. Die Parole hieß: Aufbau hochspezialisierter Unterdrückungsinstitutionen gegen die "zunehmenden aggressiven Aktivitäten des internen politischen Untergrunds" (293). Kurz nach der Auflösung der "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft (GSW)" machen sich die drei Spitzenverbände der westdeutschen Unternehmer daran, von ihren regionalen Zentren aus eine neue "Sicherheitsorganisation" zu installieren. Den Kristallisationspunkt bildeten Arbeitskreise von "Abwehrbeauftragten" der zentralen Großbetriebe in den einzelnen Bundesländern. Sie wurden noch 1969 in einer "Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft (KSW)" zusammengeschlossen. (294) Die KSW erfaßt über den Pool der regionalen Abwehrbeauftragten (295) alle wichtigen Informationen über proletarische Widerstandsformen und gibt seit nunmehr drei Jahren einen internen Informationsdienst, die "KS-Mitteilungen", heraus. (296) Selbst die "GSW" ist inzwischen wieder, umbenannt in "Verband für die Sicherheit in der gewerblichen Wirtschaft (VSW)", als zentrale Ausbildungsakademie für Werkschutzkader in Erscheinung getreten. (297) Es hat den Anschein, als wäre sie jetzt fähig, im Konkurrenzkampf mit den spezialisierten Pinkerton-Unternehmen zu bestehen und ihre Positionen auszubauen.

So ist eine neue komplexe Spezialorganisation des Unternehmerkommandos gegenüber den Arbeitern im Entstehen. Sie verfolgt eine klare strategische Linie: erstens systematisierter Gebrauch der Klassenspaltung, um zweitens jene Schichten der Arbeiterklasse schon auf Abteilungsebene einzukreisen, die aufgrund ihrer Ausbeutungssituation und der Diskriminierung von vornherein als nicht integrierbar in die Perspektiven des Systems gelten. Diese Entwicklung ist alles andere als die Realisierung einer "besonders reaktionären" oder "aus dem Rahmen fallenden" Unternehmerstrategie. (298) Hier entsteht vielmehr d i e entscheidende Verteidigungslinie des vergesellschafteten Kapitals gegen die Arbeiter, und hier tauchen auch wieder, eingebettet in die Gewaltmaschinerie des Systems, die Gewerkschaften auf. Seit Ende 1970 bilden Unternehmer-, DGB- und Polizeifunktionäre die neuen Werkschutzkader in gemeinsamen zentralen Lehrgängen aus. (299)

(288) Vgl. dazu A. Rieser, Auch Gastarbeiter werfen Sicherheitsprobleme auf (Wie schütze ich meinen Betrieb, XII) in: Blick durch die Wirtschaft v. 14.12.1972.

(289) Dazu vor allem G. Triesch, Was tun bei politischen Störungen? (Wie schütze ich meinen Betrieb, XXV), in: Blick durch die Wirtschaft v. 8.2.1973.

(290) Zur Bekämpfungsstrategie gehört natürlich auch die Ausbildung der Unternehmensmanager in einer deftigen Gegen-Agitation. Vgl. dazu: Polit-Unterricht: Haut die Linken, in: Capital, 1972, H. 10, S. 26 ff.

(291) A. Rieser (Vorsitzender der Landesstelle für Betriebsschutz e.V. Stuttgart), Wo der Geheimschutz zum Staatsgeheimnis wird, in: Blick durch die Wirtschaft v. 13.11.1972, S. 5.

(292) H. Sczesny, Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, ebd. v. 8.1.1973.

(293) Sczesny, ebd.: "Den aggressiven Aktivitäten des internen politischen Untergrunds stehen viele Unternehmen noch recht hilflos gegenüber. Anarchisten oder Terroristen sind sich in ihren Bestrebungen einig, die Fundamente der Ordnung und Stabilität in den Betrieben zum Einsturz zu bringen, um auf den Trümmern ihren zweifelhaften Weizen blühen zu lassen. Nach der unkomplizierten Grundregel 'Der Feind steht immer oben' gilt ihr Angriff primär den Autoritäten, vom Vorstand bis zum Vorarbeiter; auch der Betriebsrat bleibt hiervon nicht verschont. (...) Sie gehen in jüngster Zeit dazu über, aus streng konspirativer Tarnung heraus ihre gezielten Angriffe zu führen."

(294) Vgl. BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 140.

(295) Dazu äußert sich der baden-württembergische Abwehrchef und Sicherheitsbeauftragte von Daimler-Benz, A. Rieser: "Je nach Größe und Geschäftszweig sind (die Sicherheitsbevollmächtigten) auch für die Bekämpfung der nichtpolitischen Betriebskriminalität, Beobachtung der sich ständig verstärkenden subversiven Propaganda, die den Sicherheitsstatus mancher Betriebe beeinträchtigen, für die Steuerung der Werkschutzausbildung, den Aufbau des betrieblichen Katastrophenschutzes und anderes mehr verantwortlich(...)." (Wo der Geheimschutz zum Staatsgeheimnis wird, in: BdW v. 13.11.1972).

(296) Vgl. Anm. 294; die KS-Mitteilungen enthalten detaillierte Informationen über die Gruppen der neuen Linken. Vgl. beispielsweise die KS-Mitteilungen vom Juli 1972, in denen über die Umwandlung des norddeutschen "Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlings-Zentrums" (SALZ) in "Kommunistischer Bund" berichtet wird.

(297) Vgl. K. Günther, Wie die Gewerkschaften zum Werkschutz stehen, in: BdW v. 20.11.1972 (siehe Dokumentarischer Anhang, XX).

(298) Also genau das Gegenteil zu jener Hypothese, mit der beispielsweise die DKP ihre Kritik am Werkssicherheitssystem begründet.

(299) Dazu Günther, op. cit.: "Seit über einem Jahrzehnt wird außerbetrieblich eine intensive Schulungsarbeit, zum Beispiel vom Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (VSW) Essen, in Haltern betrieben. Die Lehrpläne und Inhalte wurden in Absprache mit den bestehenden Werkschutz-Arbeitskreisen festgelegt. (...) Seit dem letzten Vierteljahr 1970 wirken Referenten des DGB bei diesen Lehrgängen mit."